D 8008 E /C/0001 0007
WISCHNER, ANDREAS
PRINZREGENTENSTR. 46
1000 BERLIN 31

Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E Vertrieb: ASH-Krebsmühle 6370 Oberursel Nr. 17/Jahrgang 3 Februar '86 3.00 DM

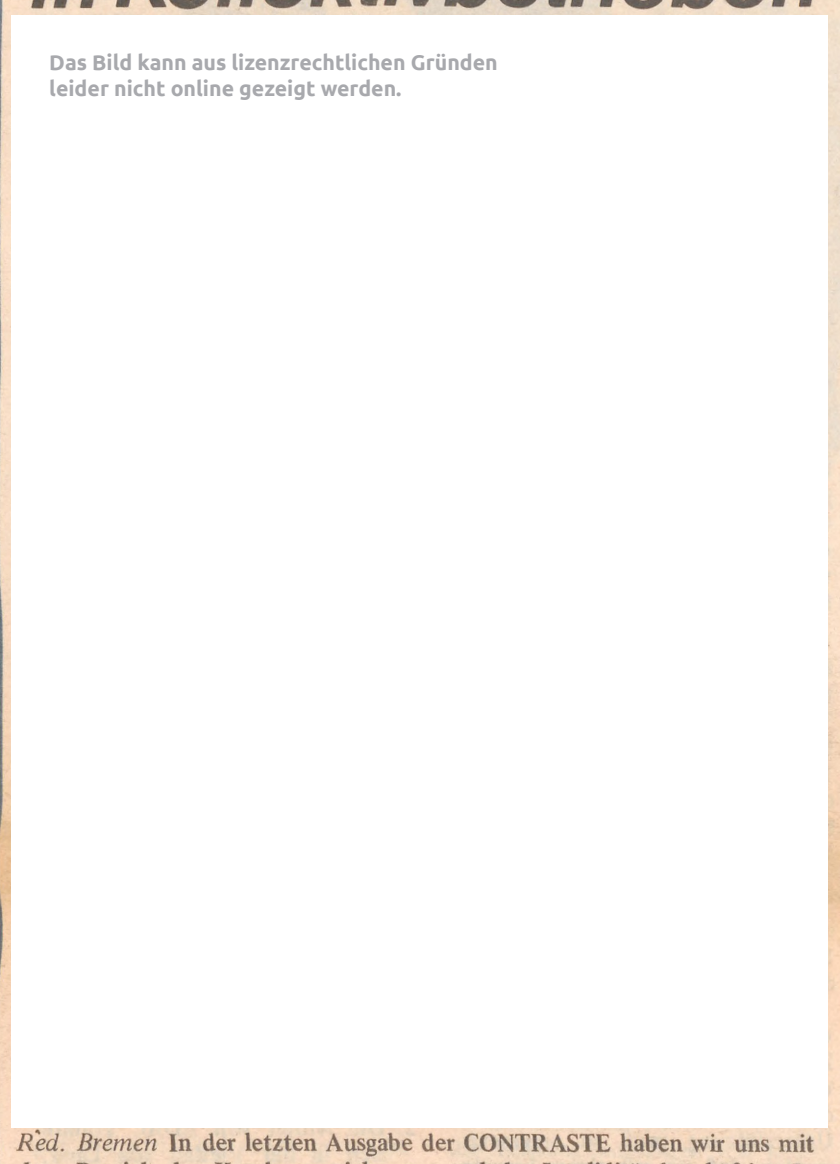
Einfältige Autonomie

Ist politische Bewegungsarmut der selbstverwalteten Arbeit ungesund für Herz und Kreislauf?
Gibt es eine Krise unserer politischen Kultur? Bewegt sich die Selbstverwaltungswirtschaft an den Grenzen des eigenen (qualitativen) Wachstums und gibt es eher Anzeichen für ein Scheitern an diesen Grenzen als ein Überschreiten derselben?
Thesen und Forderungen zu diesen und weiteren Fragen in einem Beitrag von Bolle und Michael G. auf Seite 6

Bankgründung - und wie weiter?

Halbzeit bis zur Ökobank – die Vorgenossenschaft ist gegründet (CONTRASTE Nr. 16) und von den 6 Millionen Kapital, dem Treugeld, das für die Gründung einer bundesweiten Bank erforderlich ist, *sind inzwischen über 3,2 Millionen zusammen gekommen.*
Der Verein der Freunde und Förderer der Ökobank hat *einen Großteil seiner Aufgaben erfüllt. Es stellt sich nun* die Frage nach der Weiterentwicklung des Vereines. Eine Weiterentwicklung verbunden mit der Umbenennung der „Freunde und Förderer der Ökobank" in die „Gesellschaft für Ökologie und Selbstverwaltung".
Mit diesem Namen und einer entsprechenden Zweckbestimmung wäre der Verein in der Lage, die Belange der Ökologie und Selbstverwaltung bundesweit zu vertreten.
Ein Diskussionsbeitrag von Karl Bergmann auf den Seiten 9 und 10

Soziale Absicherung in Kollektivbetrieben



Red. Bremen In der letzten Ausgabe der CONTRASTE haben wir uns mit dem Bereich der Krankenversicherung und der Invalidität beschäftigt. In dieser zweiten Folge geht es um die Frage der Altersversorgung, die zunehmend auch Kollektivmitglieder zu beschäftigen scheint. In diesem Artikel geht es nicht nur darum, sich mit dem Thema „Altersversorgung" ein wenig theoretisch zu beschäftigen, sondern auch die Frage nach Alternativen aufzuwerfen. Bislang gibt es keine. Was es aber gibt, sind Überlegungen, eigene Versorgungseinrichtungen zu schaffen. Einige Ideen sind in diesem Beitrag enthalten, sollen aber keine abschließende Aufzählung sein, denn der Phantasie sind insoweit keine Grenzen gesetzt, als daß man auch zu neuen Formen, wie Sparvereinen, Investmentfonds für Alternativbetriebe usw. kommen kann. Die in dieser Ausgabe enthaltenen Beiträge sollen der Anfang für eine weitere Diskussion sein, insbesondere auch einer politischen Diskussion über unsere weitere Zukunft, unseren Umgang mit Geld, unserem Verhältnis zur eigenen sozialen Absicherung. Nicht Renditegesichtspunkte müssen hierbei entscheidend sein, sondern unsere politische Zukunft.
Schwerpunktthema auf den Seiten 4, 5 und 6.

Ein Brief aus der Abo-Verwaltung

kurze Vorstellung einer neuen Mitspielerin der nationalen Formation CONTRASTE

Also, wer's bislang noch nicht gemerkt hat, die Abo-Abschnitte gehen nicht mehr an Jutta Gelbrich, sondern an Bärbel Delto. Ich bin eine langjährige Mitarbeiterin in der Krebsmühle in Oberursel. Vorher stand ich fast ausschließlich am Herd und habe für den ganzen Betrieb, unsere Restaurant-Besucher, vielen Freunde, und manchmal auch Feinden, kurz, mittlerweile Massen von Menschen das Essen zubereitet; dafür gesorgt, daß sich jede/r in unserem Hause wohlfühlt und versorgt ist. Ich habe mir also über die langjährige Tätigkeit in diesem Bereich ein großes Maß an so typisch weiblich zu bezeichnenden Fähigkeiten und Kenntnissen angeeignet bzw. weiterentwickelt. Nebenbei habe ich natürlich auch noch dafür gesorgt, daß ein großer, für uns nach wie vor wichtiger Arbeitsbereich mit 10 bis 14 Mitarbeitern wirtschaftlich und funktionstüchtig läuft. Bis dann nach etlichen Jahren der Punkt für mich kam, wo ich nicht mehr nur „versorgen" wollte, über den Rand meiner vorzüglichen hausfraulichen Fähigkeiten hinaus wollte. Nur noch abgeschottet in der Küche stehen, dem Streß standhalten und danach seine Ruhe haben wollen, um dann wieder weitermachen zu können. Am liebsten ganz weg, ganz was anderes machen. An diesem Punkt fing meine Arbeit bei CONTRASTE an.

Also, die Jutta suchte jemand, der/die ihr die Arbeit abnehmen sollte, da sie anderweitig eingebunden war. Jetzt bekomme ich ständig die Post von interessierten Lesern, und solchen Menschen, die CONTRASTE abonnieren wollen. Außerdem sorge ich dafür, daß die Kohle stimmt, d.h. daß die Abos auch bezahlt werden, selbst solche, die schon beinahe ein ganzes Jahr kostenlos laufen, weil das Bezahlen wahrscheinlich vor lauter Freude beim Lesen vergessen wurde. (Prüft bitte bei der Gelegenheit mal nach, ob Ihr Euer Abo schon bezahlt habt! Spart uns Porto für weitere Rechnungen und Mahnungen und wir brauchen das Geld wirklich dringend.)

Meine Erfahrungen bis jetzt? Kann ich noch nicht viel dazu sagen.

Ich sitze erst seit 3 Monaten im CONTRASTE-Büro und der Unterschied zu meiner vorherigen Tätigkeit ist groß. Ich sammle also erst noch die Erfahrungen. Ich kann allenfalls feststellen, daß die meisten Zuschriften mit einem netten Gruß oder mit einem begeisterten Zuruf –, wie die „die Zeitung ist spitze", „das, was Ihr macht, finden wir gut", „macht weiter so" – ... unterschrieben sind. Wirklich, die meisten!

Gruß Bärbel

In dieser Ausgabe:

Ökologische Entwicklungsarbeit in Peru
Notstandsgebiete im nördlichen Andenhochland von Peru. Die Bodenerosion hat solche Ausmaße angenommen, daß der peruanischen Regierung kein anderer Weg blieb. Dadurch wird erneut deutlich, daß auch die Länder der sogenannten „3. Welt" kein Beispiel für intakte Umwelt mehr darstellen.
Anhand der Arbeit des EDAC-Teams, wird dargestellt, wie ein Projekt, ohne staatliche Unterstützung, zum größten Teil von Bauerngruppen und Dorfgemeinschaften getragen, Entwicklungsarbeit leistet, die ökologisch und politisch sinnvoll ist. **Seite 2**

Tips & Tricks
Unter dieser neuen Rubrik findet Ihr einige wichtige Änderungen für das Jahr 1986. Arbeitslosengeld, Rentenversicherungsbeiträge und Geringverdienergrenze. **Seite 6**

Haftungsassoziation - ja bitte!
F.-J. Bartsch und Michael Wielage über das Geld und die politische „Sendepause" bei den Selbstverwaltungsbetrieben.
Und dann noch ein paar Anmerkungen zur Geldmoral
von Michael Makowski **Seite 7**

Von der Rundfunk- zur Gewerbefreiheit?
Das neue Landesmediengesetz in Baden-Württemberg – Gesetz zum Schutz vor Meinungsvielfalt und freier Presse. Ein Bericht von Karlheinz Krieger **auf Seite 11**

Sonst noch:
Ökobank (Seite 8/9), Bildungstag (Seite 12), Kulturarbeit & Ästhetik (Seite 13), die 2. Folge von Kollektiv & Recht über das Lohnausgleichsverfahren (Seite 5), Rubrik Randnotiz über: Aktivitäten für einen gemeinnützigen Verein helfen Steuern sparen (Seite 15)

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . . .
Adresse: . . . . . .
Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 24.– für Kollektive oder Arbeitslose, Studenten und Schüler / sonst DM 36.– (incl. Versand).
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.
Kontoinhaber:. . . . . .Geldinst.: . . . . . .
Konto-Nr.:. . . . . .BLZ.:. . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** wiederrufe.
Unterschrift:. . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorrauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.
Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an Bärbel Delto, c/o ASH-Krebsmühle, 6370 Oberursel einsenden.

Ökologische Entwicklungsarbeit in Peru

Die peruanische Regierung mußte jetzt einige Regionen im nördlichen Andenhochland (wie Jaen) zu Notstandsgebieten erklären. Die Bodenerosion hat solche Ausmaße angenommen, daß eine solche Maßnahme notwendig wurde. Dadurch wurde erneut deutlich, daß auch die Länder der sogenannten „3. Welt" kein Beispiel für eine intakte Umwelt mehr darstellen.

Wie bei uns auch, sollten alle Anstrengungen unterstützt werden, die den Raubbau einschränken, ohne die Lösung dieser großen Probleme wieder nur im technischen Bereich allein zu suchen.

Anhand der Arbeit des EDAC-Teams (Team zur ländlichen Entwicklung in Cajamarca, Peru) können wir sehen, wie ein solches Vorhaben in einer fortschrittlich-politischen Arbeit aussehen kann.

Am Anfang steht die Kenntnis der Probleme:

Wie gut tut ein heißer Tee in einer Bauernhütte nach einem langen Fußmarsch. Aber, welche Energieprobleme sind damit verbunden?

Im Department Cajamarca leben knapp 1 Million Menschen, davon sind über 2/3 arme Kleinbauern. Die ländliche Bevölkerung kocht zu 80% ohne elektrische Energie, jährlich werden über 1 Million Kubikmeter Holz (inkl. Äste und Gestrüpp) verbraucht; bisher wurden nicht einmal 5% wieder angepflanzt.

Die Ernteerträge sind im Department niedrig. Die Abwanderung in die Städte, in die Elendsviertel, auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen, ist weiterhin sehr hoch: Cajamarca ist die stärkste Abwanderungsregion in Peru.

Die Bodenerosion in der „Mikroregion" bei Cajamarca, wo EDAC arbeitet, ist so stark, daß die erste Bodenschicht meist schon abgetragen ist. Durch die Erosion „verschwindet" immer mehr landwirtschaftlich nutzbares Land. Wenn es regnet, kann das Wasser nicht aufgefangen werden. Die Abholzung bringt es mit sich, daß die gesamte Biomasse weniger wird.

Die Verringerung der Nahrungsmittelproduktion durch die „ausgelaugte" Erde, durch die vorher genannten Faktoren, bringt vermehrte Unterernährung und Zunahme der Kindersterblichkeit und den Zwang zur Abwanderung mit sich.

EDAC hat aufgrund dieser Problemlage gesehen, daß eine engagierte Entwicklungsarbeit auf folgende Säulen aufbauen muß:

Boden-, Wasser-, Pflanzen- und Selbstorganisation.

Gegen die Erosion müssen mit den campesino-Organisationen Maßnahmen zur **Boden-Erhaltung** getroffen werden. Dazu gehören: Anlegen von Kanälen, in denen das Wasser abfließen kann, das Errichten von Schutzmauern, damit die Erde bei starken Regenfällen aufgehalten wird. Besonders gehört dazu das Errichten bzw. Wieder-Errichten von Terassen zum Anbau von Lebensmitteln. Hier zeigt sich, daß diese inkaische Landbearbeitungsform sehr hoch entwickelt war und sinnvoll ist.

Wichtig ist, daß diese Arbeit in der in dieser Region gebräuchlichen Form der MINGA stattfindet. Die „minga" ist eine Form gegenseitigen Austausches der Arbeitskraft und der gemeinsamen Arbeit. Sie ermöglicht den campesinos mehr Identität und stärkt die Solidarität in der Dorfgemeinde. Diese Arbeitsform ist ökologisch und kulturell sinnvoll, dazu, wie in der Praxis herausgefunden wurde, auch sehr effektiv:

Wenn 1 Person alleine Terassen aus dem Berg heraushaut, schafft sie pro Tag 2,5 Kubikmeter; in „minga-Form" arbeiten in der Dorfgemeinschaft Tual 30 Personen gleichzeitig. Dabei hatte jede Person umgerechnet 9 Kubikmeter „bewegt".

Ein solches Rückbesinnen auf andine Techniken ist sinnvoll, seriös und zukunftsweisend. Die Rückbesinnung auf andine Pflanzen wie die Quinua Lupinen usw. ist ebenso notwendig.

Zeitungsmeldungen, wie die der „Entdeckung" einer „Wunderpflanze" wie die Kiwicha, sind eine Propagandamöglichkeit für Präsident Garcia. Wenn selbst die TAZ so einen „Schmarrn" nachdruckt, wird man mir meine Gedankenverbindung an Asterix und Obelix und dem Zaubertrank des Drusen nicht nehmen können. Wenn zur gleichen Zeit, wo diese „Wunderpflanze" die Ernährungsprobleme Perus lösen soll, der Landwirtschaftsminister zurücktreten muß, wird deutlich, daß auch hier kein APRA-Wunder zu erwarten ist.

Es ist nötig, die Nahrungsmittelproduktion zu steigern, ohne ökologisch weitere Schäden zu verursachen. Hierzu arbeitet EDAC mit dem Bau von Biogasanlagen.

Die campesinos sehen die Biogasanlage zuerst als **Bio-Dünger-Anlage** und erst dann als **Energie-Anlage**. Biodünger hilft mit, daß das Land fruchtbar wird, daß das vorhandene organische Material nicht verlorengeht, daß die Nahrungsmittel besser und gesünder werden, daß viele Krankheitskeime in der Biogasanlage zerstört werden, was eine wichtige, vorbeugende Gesundheitsmaßnahme, besonders bei den Wurmkrankheiten darstellt.

Die Wiederaufforstung mit einheimischen Sträuchern und Bäumen, was EDAC bevorzugt, ist besser als das Anpflanzen von Eucalyptusbäumen.

Eine authentische Projektarbeit ist nur möglich, wenn die Arbeit **mit** den bestehenden Organisationen der campesino-Bevölkerung (Dorfgemeinschaften, Wasserkomitees, Frauenkomitees, Gesundheitskomitees, Festkomitees usw.) stattfindet, nicht nebenher läuft oder gar „über ihnen" steht.

In diesem Sinne ist EDAC den solidarischen Projektansätzen verpflichtet,

- die die andine Kultur ernst nehmen,
- die, bevor eine Arbeit angefangen wird, mit den campesinos vorher die Probleme besprechen und auf die Entscheidungen der campesinos eingehen,
- die einen Schwerpunkt auf die Selbstorganisation der Betroffenen legen.

Eine solche Arbeit benötigt natürlich eine basisdemokratische Struktur.

Im Organisationsschema sieht das bei EDAC so aus:

aus Takila, Peru

EDAC bekommt keine staatliche Unterstützung. Besonders bei der jetzigen APRA-Regierung wäre die Gefahr sehr stark, daß dadurch eine autonome Arbeit unmöglich würde. Die Finanzierung der vielfältigen Arbeit sieht so aus:

45% werden durch die beteiligten Bauerngruppen, Dorfgemeinschaften usw. selbst aufgebracht,
30% gibt es durch CIED, speziell für Gehälter,
15% der Kosten bekommt EDAC dadurch, daß sie für konkrete Vorhaben versuchen, von staatlichen Stellen kostenlos Handwerkszeug, Arbeitsmaterial, von der Universität kostenlos den Druck von Basisbildungsheften etc. zu bekommen,
10% sind Spenden, speziell durch die Selbstbesteuerer in Deutschland.

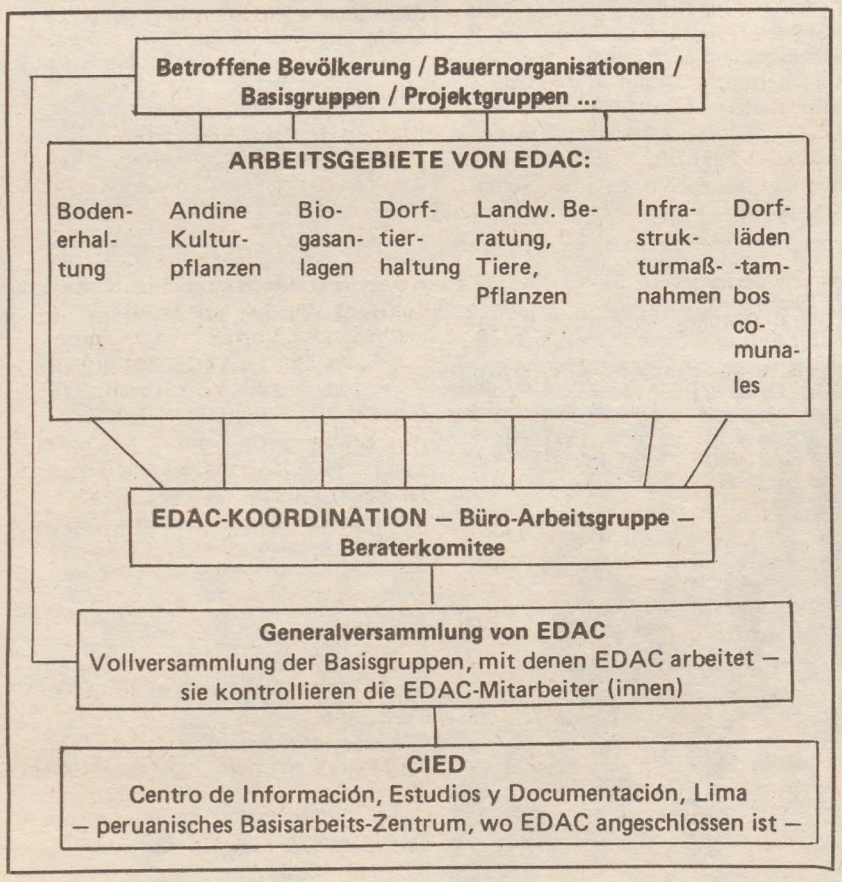
Das bedeutet, daß es nötig ist, vielschichtig zu arbeiten. Alle Beteiligten müssen sich auf die Mittel und Möglichkeiten besinnen, die in der Region vorhanden sind. Eine Unterstützung muß so eingesetzt werden, daß sie mit einem Einsatz nicht verbraucht ist, daß sie also neue Möglichkeiten auslöst.

Es gibt traurige Erfahrungen, auch in Peru, daß ein Projekt nur solange läuft, wie einheimische oder ausländische Experten mit viel Geld die Bevölkerung „motiviert". Aus diesen Fehlern hat EDAC gelernt und sieht ganz klar, daß eine engagierte Projektarbeit eine dauernde Bildungsarbeit sein muß, die auch ein gegenseitiger Prozeß der Bewußtseinsbildung darstellen muß. Die Arbeitsform soll dafür sein: Praxis – theoretische Reflexion – verbesserte Praxis.

Dazu gehört auch, daß die betroffenen campesinos selbst zu „Promotoren" zu „Experten" ihrer Entwicklung werden. Sie selbst sollen den Terrassenanbau in ihren Dörfern organisieren und technisch-organisatorisch anleiten können, sie selbst sollen die Biogasanlagen warten können usw. usw. Dazu dient die vielfältige Kursarbeit und die vielen praktischen Übungen mit den Beteiligten.

Zusammenfassend die wichtigsten Ergebnisse für EDAC:

1. Es gibt im „Projektgebiet" jetzt vermehrt Zusammenschlüsse und Organisationen der Bauern, die mehr mit der landwirtschaftlichen Produktion zu tun haben.
2. Die Arbeit von EDAC konnte sich in der Vielfalt von Land, Wasser, Pflanzen entwickeln, was dazu beiträgt, daß die campesinos eher auf dem Land bleiben können.
3. Die Arbeit konnte sich darauf konzentrieren, zu mehr Nahrungsmittelproduktion beizutragen, die für den Eigenverbrauch bestimmt sind.
4. Die Wiederaneignung der Gemeinschaftsarbeit „minga" als wichtige Arbeitsform auf dem Lande.
5. Klarstellung der Selbstverwaltung (autogestión) als eine Säule für eine positive, harmonische Entwicklung auf dem Lande im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung.



Ausführliche Informationen gibt es (nur bei 2,00 DM in Briefmaken) über die Peru-Gruppe München: Mailaden, Maistr. 29, 8 München 2.

In Peru ist die ökologische Diskussion in letzter Zeit verstärkt worden.
So gibt es z.B.

- das Instituto de Desarrollo y Medio Ambiente – mit der Zeitschrift „Medio Ambiente", Apto. 228339, Lima 11, Peru.
- und „Peru Viviente", Apto. Postal 467, Lima 100, Peru.

Über diese Arbeit von EDAC stellen wir in der Peru-Gruppe München eine Tonbildserie zusammen, die über uns von interessierten Gruppen gerne ausgeliehen werden kann.

Heinz Schulze

IMPRESSUM

CONTRASTE erscheint monatlich

Redaktionsschluß:
jeweils zum 15. des Monats

Herausgeber: Peter Haß
Lochmühlstr. 43, 6 Frankfurt 56

Eigenverlag
Die Anzeigenpreisliste (Nr. 1/85) ist über die Vertriebsanschrift zu erhalten.

Redaktionen:

Bremen
Harald Deerberg, Postfach 10 61 51, 2800 Bremen 1
Tel. (0421) 7 20 93

Berlin
STATTwerke e.V., c/o Michael Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel.: (030) 6 11 59 04

Frankfurt
blätterwald e.G.
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 7 80 12

Heidelberg
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel.: (0 62 21) 1 34 02

Bayern:
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821

Graphische Betriebe (Branchenseite):
Constantin Bartning, c/o Oktoberdruck, Paul-Lincke-Ufer 44a,
1000 Berlin 36

Kultur:
Eckard Holler
c/o Club Voltaire e.V.
Haaggasse 26 b
7400 Tübingen 1
Tel.: (0 70 71) 5 15 24

Robert F. Mayer
Guntershäuserstr. 6
3501 Fuldabrück 3
Tel.: (05665) 45 89

V.i.S.d.P.:
Harald Deerberg, Heinz Bollweg (Bremen), Michael Makowski (Berlin), Dieter Poschen, Peter Tejkl (Heidelberg), Heinz Schulze (München), Karlheinz Grieger (Freiburg), Eckhard Holler (Tübingen), Jochen Reinalda, Karl Bergmann (Oberursel), Robert F. Mayer (Fuldabrück), Jochen Abeling (Hamburg), Jutta Gelbrich (Ökobank-Verein)

Herstellung
Zünd-Satz GbR, Postfach 10 45 20
Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1
Tel.: (0 62 21) 1 34 02

Druck
Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt/Main 11

Vertrieb
Bärbel Delto, c/o Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (0 61 71) 7 30 16

Konto
Postgiroamt Frankfurt/Main
Kto.-Nr.: 3836 87 - 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Altersvorsorge - alternativ

Red. Bremen **Es ist unerheblich, wann jede/r den Zeitpunkt des sich-zur-Ruhe-setzen für sich festlegt. Fest steht nur, daß auch dann Geld zum Leben gebraucht wird, also zu bestimmten Zeiträumen notwendige Geldbeträge zur Verfügung stehen und zwar für einen relativ langen Zeitraum. Fest steht auch, daß dieses Geld nicht mehr das Ergebnis täglich geleisteter Arbeit ist, sondern nur aus vergangener Arbeit stammen kann oder aber durch die Arbeit anderer Menschen erbracht wird. Spätestens jetzt schlägt jede/r Selbstverwalter/in die Hände über den Kopf zusammen, weil hier scheinbar das Prinzip Selbstverwaltung auf den Kopf gestellt wird. Schließlich soll Selbstverwaltung nicht dazu dienen, individuellen Reichtum zu schaffen oder durch die Arbeit anderer Menschen seinen Lebensunterhalt zu bestreiten.**

Denken wir mal realistisch, ungeachtet der Frage, wie groß die Chancen sind, alt werden zu können (Kriegsgefahr, Umweltzerstörung etc.). In der Hoffnung alt zu werden, leben wir, versuchen wir andere Formen des Arbeitens und Lebens zu entwickeln, streiten wir für eine andere Gesellschaft und bessere Umwelt. Aus diesem Grunde kommen wir auch nicht umhin, uns auch um die Versorgung im Alter Gedanken machen zu müssen. Die Realität spricht dafür, daß immer mehr Menschen diese Frage beschäftigt, auch wenn man über den Stellenwert, den diese Frage einnimmt, streiten kann.

Altersvorsorge heißt – wie auch immer – ein Vermögen zu bilden, alleine oder kollektiv mit anderen, um aus der Existenz dieses Vermögens heraus, oder dessen Erträge seine Reproduktionskosten decken zu können. Nun gibt es verschiedene Möglichkeiten Vermögen in Form von Geld- oder Sachwerten zu bilden:

- Sparen
- Haus- und Grundbesitz
- Wertpapiere oder andere Anlagen
- Lebens- oder private Rentenversicherung
- Gesetzliche Rentenversicherung

Alle Formen finden wir auch in der Praxis. Meist wird die Form individuell entschieden und in seltensten Fällen kollektiv betrieben.

Individuelle Vermögensbildung hat für mich erst mal nichts mit persönlichem Reichtum zu tun. Von daher widerspricht es auch nicht dem Selbstverwaltungsgedanken, sondern dieses Vermögen ist einerseits notwendige Grundlage der zukünftigen Reproduktionsbefriedigung und nicht Grundlage der Ausübung von Macht, andererseits ist es auch eine ökonomische Basis für die politische Auseinandersetzung.

Ohne diese Vermögen begeben wir uns erneut in Abhängigkeiten, von denen wir uns eigentlich lösen wollten. Von daher wäre es paradox, einmal einen selbstverwalteten Betrieb mit kollektivem Eigentum aufzubauen, um sich von traditionellen Abhängigkeiten ein Stück zu lösen, um sich andererseits mit einer Kurzsichtigkeit – wenn nicht Blindheit – erneut in Abhängigkeiten zu begeben.

Nicht die Existenz der selbstverwalteten Betriebe wird diese Gesellschaftsordnung ändern, sondern nur wir, wenn wir unsere Betriebe als ökonomische Basis begreifen. Dazu gehört für mich auch, sich möglicher zukünftiger Abhängigkeiten soweit wie möglich zu entledigen.

Entscheidend ist für mich, wie wird diese Vermögensbildung betrieben und mit welchem Zweck. Ich kann mein Geld zur Bank bringen, um eine Summe anzusparen, um später aus den Zinserträgen dieser Summe meine Reproduktion zu finanzieren. Allerdings kann ich auch diese Summe dafür verwenden – auch vorab – um diese in Wertpapiere, Investment- und Rentenfonds zu investieren, um die Erträge durch höhere Zinsgewinne zu steigern. Es ist schon schlimm genug, sein Geld den Banken zur Verfügung stellen zu müssen. Noch schlimmer ist es, über Investmentfonds direkt auf eine optimale Ausbeutung der Dritten Welt zu bauen, oder im Glauben an das Funktionieren des huberschen Dualwirtschaftsmodells das Geld in der Industrie anzulegen, sich über Dividenden an den Profiten der Konzerne beteiligen zu können, während man selbst getreu diesem Modell im Selbsthilfesektor vor sich hinwurschtelt.

Welche Form ich aber auch immer wähle, sparen und Zinsen zu erhalten bedeutet auch bei einer Ökobank und selbst bei dem Aspekt, nur einen Inflationsausgleich zu erhalten oder einen niedrigen Ertrag, der die Reproduktionskosten deckt, von der Arbeit anderer Menschen zu leben. Dem wird sich auch eine alternative Wirtschaft nicht entziehen können. Ich kann ein Vermögen auf den Tisch legen und dort wochenlang liegen lassen – es vermehrt sich nicht, um keine Mark.

Bei der Lebensversicherung wissen wir wenigstens, was die sich einkaufen. Sie ist nichts anderes als ein Sparvertrag, kombiniert mit einer Risikoversicherung für den Todesfall, mit nicht garantierter Überschußbeteiligung und niedriger Verzinsung. Zudem wird i.d.R. auf lange Sicht die Verfügungsgewalt über das Kapital entzogen, sprich, eine lange Laufzeit vereinbart. Trotz bestehender Kündigungsmöglichkeiten kommt man nur mit finanziellen Verlusten aus den Verträgen raus.

Verbleibt noch die private Rentenversicherung, die gar keine „Versicherung" ist, sondern ein Sparvertrag, nur eben bei der Versicherungswirtschaft angesiedelt. Diese Sparform hat gegenüber Banken den Vorteil, daß die Beiträge steuerlich geltend gemacht werden können und die Erträge steuerfrei sind.

In der gesetzlichen Rentenversicherung sind Arbeitnehmer pflichtversichert, Selbständige und Freiberufler können freiwilliges Mitglied oder Pflichtmitglied werden.

Die gesetzliche Rentenversicherung war vom Ursprung her nichts anderes als kollektive Vermögensbildung. Nur dieses Vermögen wurde, weil dem Zugriff der Versicherten entzogen, anderweitig verwendet, z.B. bei der Staatsfinanzierung. Grundlage der gesetzlichen Rentenversicherung ist nunmehr der Generationenvertrag. Das bedeutet, daß die Beitragszahler von heute bereits die Leistungsempfänger von heute finanzieren.

Nun kann hochgerechnet werden, wann die gesetzliche Rentenversicherung endgültig im Eimer ist, ob nun im Jahre 2015 oder erst 2025. Ich halte es für müßig. Auch wenn die Solidarversicherung ein richtiges Prinzip ist, so entzieht sie sich der Verwaltung durch die Versicherten. Sie unterliegt dem Gesetzgeber, denn der ist berechtigt, Eingriffe in die Reichsversicherungsordnung vorzunehmen, und diese ist Grundlage der gesetzlichen Sozialversicherung. Hinzu kommt, daß die Sozialversicherung immer weniger eine Sozialversicherung ist.

Die Situation in den Betrieben ist sehr unterschiedlich. Im wesentlichen läßt sich die Situation in drei Punkten beschreiben:

1. Die Betriebe werden subventioniert durch den Verzicht oder teilweisen Verzicht auf soziale Absicherung.
2. Wenn Vorsorge getroffen wird, dann fast ausschließlich individuell.
3. Die Vorsorge für das Alter findet meist in unzureichendem Maße statt, d.h., wenn gespart wird (Bank, Lebensversicherung etc.), dann handelt es sich meist um geringe Beträge.

Wie nun aus diesem Dilemma herauskommen? Die ökonomische Situation der meisten Betriebe ist alles andere als stabil. Entsprechend sieht die Einkommenssituation aus, die wiederum auch nur eine geringe Vorsorge zuläßt.

Betrachtet man das einmal von der Frage der Verantwortung einer Gemeinschaft für das einzelne Mitglied dieser Gemeinschaft, dann kann man sagen, dieses Handeln ist verantwortungslos, letzlich aber Resultat einer Zwangssituation.

Wie nun aber lassen sich mangelnde Finazierungsquellen und wenigstens minimale Vorsorge unter einen Hut bringen?

Der Gedanke, „alternative" Vorsorgeeinrichtungen zu gründen, ist sicherlich reizvoll, aber meines Erachtens real derzeit nicht machbar. Die Bewegung ist in sich einem viel zu großen Wechsel unterworfen, als daß sie eine rechenbare, kalkulatorische Grundlage darstellt.

Denkbare, realisierbare Modelle müssen sich an den vorhandenen Bedingungen orientieren, d.h., an einem geringen Organisations- und somit auch Kommunikationsgrad, einem stetigen Wechsel der Mitglieder, einer instabilen ökonomischen Situation der Betriebe. Zudem müssen sie überschaubar und flexibel sein, d.h., den Bedürfnissen entsprechend veränder- und vor allem entwickelbar.

Grundlage eines Modells ist die kollektive Vorsorge, wobei diese nur vorerst als ergänzende Vorsorge verstanden werden kann.

Ungeachtet der rechtlichen Probleme (und ggfs. notwendigen Winkelzüge) möchte ich die verschiedenen Formen kollektiver Vorsorge darstellen. Hintergrund ist, mangelnde Kapitalausstattung der Betriebe und Verzicht auf soziale Vorsorge gleichzeitig zu verkehren, dahingehend, daß durch die kollektive Vorsorge zwar den Betrieben geringe Geldmittel entzogen werden, diese aber wieder den Betrieben zur Verfügung gestellt und somit neue Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Kollektiver Haus- und Grundbesitz
Hierbei ist daran gedacht, durch Zwischenschaltung einer ganz normalen gemeinsamen Unterstützungskasse, in welcher Geld angesammelt wird, in Verbindung mit einer Verwaltungsgesellschaft Produktions- und Wohnstätten zu erwerben. Der Vorteil besteht darin, den Betrieben die Verfügungsgewalt über Haus- und Grundbesitz zu sichern. Der Nachteil ist, daß dieses Anlagevermögen, aus welchem später Renten an die ehemaligen Betriebsmitglieder nach einem bestimmten Schlüssel gezahlt werden, erst sehr spät den Betrieben zugute kommt, also vorerst mehr Geld entzogen wird.

Kollektives Sparen
Auf betrieblicher oder regionaler Ebene wird lediglich individuelles durch kollektives Sparen ersetzt. Festgelegte oder variable Beträge werden an zentraler Stelle zusammengeführt. Dieser Fond wird in Form von Darlehen für Betriebsinvestitionen an die beteiligten Betriebe zur Verfügung gestellt. Um das Risiko abzusichern, wird diese Darlehnssumme durch Rückbürgschaften abgesichert (Haftungsassoziation), z.B. private Bürgen, Netzwerke und sonstige denkbare Einrichtungen. Ein denkbarer Nachteil besteht darin, daß Bürgen in Anspruch genommen werden und zugleich Produktionsmittel, die von diesen Darlehen angeschafft wurden, dem Konkurs zum Opfer fallen.

Kollektives Anlagevermögen
Das wahrscheinlich sinnvollste und rechtlich unbedenklichste Modell besteht in der Gründung einer Unterstützungskasse und einer Leasing-Gesellschaft. Die hier angesparten Gelder werden direkt in Produktionsmitteln angelegt, von der Schreibmaschine, über den Kopierer bis zur Drehbank. Diese Produktionsmittel werden an die Betriebe vermietet. Für sie fallen also keine hohen Investitionen an. Zudem erhalten die Betriebe die Möglichkeit, die abgeschriebenen Produktionsmittel zum Restbuchwert zu kaufen.

Im Falle eines Konkurses sind diese Produktionsmittel dem Zugriff der Gläubiger entzogen. Der Werterhalt erfolgt durch die Zahlung einer Miete, die zugleich Kosten und wenigstens Inflationsausgleich decken muß, und dem jeweiligen Restwert des Produktionsmittels. Für die Solidargemeinschaft wird also ein Sparvorgang organisiert, für die Betriebe wird das Geld dort angelegt, wo es am dringendsten ist, um ökonomisch zu überleben.

Mögliche Verluste können relativ gering gehalten werden, da diese Produktionsmittel auch anderweilig einsetzbar sind.

Zusammenfassend scheint es mir dringlich, daß sich diese Bewegung eigene Formen überlegt, um ihre ökonomische Existenzfähigkeit und einhergehend Unabhängigkeit auszubauen und zu erhalten und zwar über den Tag des Ausscheidens aus dem kollektiven Arbeiten hinaus.

Wenn Altersvorsorge betrieben wird, werden Unsummen an staatliche Institutionen oder private Träger gezahlt und der Bewegung entzogen. Wird keine Vorsorge betrieben, begibt man sich eines Tages genau wieder in die Abhängigkeiten, aus denen man heraus wollte.

Soll diese Gesellschaft verändert werden, wird man außer der politischen Kraft auch eine ökonomische brauchen und aus diesem Grunde kommt keiner umhin, sich auch Gedanken um das leidige Thema soziale Vorsorge zu machen.

Harald Deerberg/Hans-J. Iske

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Altersvorsorge als Finanzquelle

Zwei Fliegen mit einer Klappe

Wie könnte es gelingen, eine eigene Altersversorgung und damit gleichzeitig eine neue Finanzierungsstütze für selbstverwaltete Betriebe und Projekte aufzubauen? Da fällt der Blick auf die Formen betrieblicher Altersvorsorge, die es schon gibt, steuerlich hoch begünstigt und natürlich auch an einige Voraussetzungen geknüpft ist.

Es sind fünf verschiedene Typen, von denen es vier näher zu betrachten lohnt: die Ruhegeldzusage, die Unterstützungskasse, die Pensionskasse und die Direktversicherung. Von der fünften, der Freiwilligen Sozialversicherung, brauchen wir nicht weiter zu reden, sie ermöglicht keine Vermögensansammlung. Die anderen jedoch bieten die Chance, die Finanzen des Betriebs mittelbar oder unmittelbar aufzustocken.

1. Die **Direktversicherung** eröffnet den steuerfreien Zugriff auf Versicherungsansprüche, bevor sie an die Mitarbeiter schließlich ausgezahlt werden. Nicht der Betrieb selbst baut einen Fonds für Altersversorgung auf, er schließt vielmehr für seine Mitarbeiter – seien sie Arbeitnehmer oder nicht – Versicherungsverträge bei einem privaten Versicherungsunternehmen ab. Diese Verträge werden zu günstigen Konditionen zu haben sein, da Gruppenverträge ausgehandelt werden können.

Die Finanzierungsleistungen (Jahres- oder Einmalbeträge) sind als Betriebsausgaben steuerlich voll abzugsfähig, der entstehende Versicherungsanspruch wird (nach §4b EStG) nicht dem Betriebsvermögen zugerechnet. Dennoch kann sich das Unternehmen die Ansprüche aus den Verträgen abtreten lassen, sie beleihen oder als sog. Policen-Darlehen vorauszahlen lassen. Bei diesen Belastungen des Versicherungsanspruchs bleibt die Steuerfreiheit erhalten, wenn sich das Unternehmen den Mitarbeitern gegenüber verpflichtet, sie bei Eintritt des Versicherungsfalls so zu stellen, als wären die Vorausbelastungen nicht erfolgt.

Körperschafts-, Gewerbe- und Vermögenssteuer für diese Gelder fallen nicht an; aber auch von der Umsatzsteuer ist der Abschluß von Direktversicherungen nach §4 Nr. 27 UStG befreit.

Diese Form der Altersvorsorge wird in erster Linie Klein- und Mittelunternehmen sowie konjunkturabhängigen Unternehmen empfohlen. Sie läßt sich mit geringem organisatorischen und verwaltungsmäßigen Aufwand schaffen und bietet dennoch eine günstige Finanzquelle. Wer diese Form wählt, macht natürlich den privaten Versicherern eine Freude – und zieht sich auch die dort eingefahrene (und durch die Versicherungsaufsicht kontrollierte) Leistungsstruktur an Land...

2. **Pensionskassen** dagegen erfordern den Aufbau einer rechtlich selbständigen Einrichtung. Sie sind als – meist sog. kleiner – Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG) zu installieren (vgl. zu dieser Rechtsform den Beitrag von Holger in der letzten CONTRASTE). Ein oder mehrere Trägerunternehmen finanzieren die Kasse durch Zuwendungen als Jahres- oder Einzelbeiträge, die wiederum als Betriebsausgaben voll abziehbar sind. Von der Umsatzsteuer sind sie ebenfalls befreit.

Steuerfrei bleibt das Vermögen allerdings nur bis zu der Höhe, die zur Gewährleistung der Leistungsfähigkeit der Kasse für erforderlich gehalten wird. Diese Höhe entspricht dem Betrag der Verlustrücklage, die gemäß § 37 VAG zu bilden ist. Gerade wenn Erträge aus dem Vermögen erwirtschaftet werden, kann es über diesen Betrag hinauswachsen. Dieser übersteigende Teil ist voll steuerpflichtig (vgl. z.B. § 4a KStG).

Auch bei dieser Versicherungsform können die Versorgungsleistungen uneingeschränkt vorfinanziert werden – mit der Folge, daß ein entsprechend großes, zwischenzeitlich auch anderweitig einsetzbares Vermögen steuerfrei angesammelt werden kann. Die Vermögensverwendung ist allerdings nur im Rahmen der Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) möglich; gerade auch Darlehen an das/die Trägerunternehmen sind nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde zulässig.

Überhaupt unterliegt die Pensionskasse der Versicherungsaufsicht. Sie muß definitionsgemäß feste Rechtsansprüche auf die Versorgungsleistungen einräumen und unterliegt somit gem. § 1 VAG staatlicher Aufsicht. Rechtsfähig wird sie durch Zulassung zum Geschäftsbetrieb seitens dieser Behörde. Die prüft die Zulassungsvoraussetzungen, deren wichtigste die folgenden sind:

- Die Leiter der Kasse müssen ehrbar und fachlich vorgebildet sein. Letzteres kann durch eine zusammenhängende dreijährige leitende Tätigkeit bei einem Versicherungsunternehmen nachgewiesen werden.
- Ein Satzungsentwurf muß vorliegen mit Aussagen zum Beitrags- und Leistungssystem, samt einem Gutachten dazu von einem versicherungsmathematischen Sachverständigen, das nachweist, daß die satzungsmäßigen Leistungen erfüllt werden können.

Für Klein- und Mittelunternehmen ist die Konstruktion der Pensionskasse reichlich kompliziert; der Aufwand könnte allerdings lohnen, wenn sich mehrere Betriebe/Projekte zusammentun und eine Gruppenkasse aufbauen. Mit der Pensionskasse wird sich aber nur besonders schwer eine eigenständige Leistungsstruktur verwirklichen lassen, die nicht das Muster der Verteilung hoher und niedriger Einkommen, langer und kurzer Erwerbszeiten usw. zugrundelegt und somit „die Verhältnisse" in die Zeit der Altersversorgung hinein verlängert. Ob die Versicherungsaufsicht Nutzungen des Vermögens zuläßt, die für die selbstverwalteten Betriebe und Projekte günstig sind, das kann ich nicht einschätzen.

3. **Unterstützungskassen** ähneln Pensionskassen insofern, als auch sie als rechtlich eigenständige Einrichtung durch ein oder mehrere Trägerunternehmen einzurichten sind. Sie gewähren betriebliche Versorgungsleistungen, ohne einen Rechtsanspruch darauf einräumen zu dürfen. Deshalb unterliegen sie nicht der Versicherungsaufsicht, und auch die Rechtsform ist ihnen freigestellt. In der Praxis gibt es sie meist als eingetragenen Verein (geringe Gründungskosten, kein Anfangskapital erforderlich usw.), seltener als GmbH (Siemens, BASF u.ä.) und nur vereinzelt als Stiftung (wegen der staatlichen Stiftungsaufsicht).

Auch die Steuerfreiheit der Unterstützungskasse hängt davon ab, ob sie Leistungen nur freiwillig und ohne Rechtsanspruch gewährt (vgl. § 4 Abs. 1 Nr. 7 KStG). Die Rechtsprechung hat jedoch den Vertrauensschutz im Bereich der betrieblichen Altersversorgung derart ausgedehnt, daß es dennoch ziemlich unmöglich ist, die vorgesehenen Leistungen zu kürzen oder zu versagen.

Das oder die Trägerunternehmen finanzieren die Kasse durch Zuwendungen. Anders als bei der Direktversicherung oder bei der Pensionskasse dürfen die Mitarbeiter, die Leistungsempfänger sein werden, nicht zu Beiträgen oder Leistungen herangezogen werden (zur Finanzierung der Ruhegeldzusage übrigens auch nicht), sonst verliert die Kasse ihre Steuerfreiheit (§ 11 Nr. 2 KSt-Durchführungsverordnung). Bei den Mitarbeitern entsteht deshalb eine Lohnsteuerpflicht erstmals, wenn die Auszahlungen beginnen.

Das Vermögen der Unterstützungskasse darf nicht auf der Grundlage einer Vorfinanzierung der Leistungen aufgebaut werden. Es beschränkt sich vielmehr nach dem Grundsatz des Kapitaldeckungsverfahrens auf einen Beitrag, aus dem die laufenden Leistungen gezahlt werden können. Steuerlich abzugsfähig sind deshalb nur Zuwendungen bis zu einer bestimmten Höhe des Kassenvermögens, die sich unter anderem nach versicherungsmathematischen Regeln errechnet. Wenn ich das System richtig verstehe, bedeutet das: Solange noch keine Leistungen zur Zahlung anstehen, gibt es bis auf ein Reservepolster praktisch kein Kassenvermögen; und auch sonst bleibt es relativ klein. Soweit ein Kassenvermögen aufgebaut werden kann, darf es allerdings frei angelegt werden – solange die Kasse sich damit nicht eigenständige, neue Zwecke setzt. Darlehen an das/die Trägerunternehmen sind möglich und üblich.

Anders als die Pensionskasse muß die Unterstützungskasse eine Insolvenzsicherung (also für den Fall eines Konkurses) vornehmen, indem sie dem Pensionssicherungsverein (PSV), der für alle entsprechenden betrieblichen Versorgungseinrichtungen geschaffen wurde, beitritt und einen Beitrag je nach Höhe der abzusichernden Leistungen zahlt. (Unternehmen, die die Direktversicherung praktizieren, müssen ebenfalls beitreten, soweit sie unwiderruflich gewordene Versicherungsansprüche beliehen oder auf andere Weise belastet haben.) Für weitere Risiken der Unterstützungskasse kann eine private Rückversicherung abgeschlossen werden.

Bei den drei beschriebenen Typen von Altersversorgung erhalten die Mitarbeiter die Versorgungsleistungen nicht vom Unternehmen selbst. Gerade darauf läuft jedoch die Altersversorgung des vierten Typs hinaus, die

4. **Ruhegeldzusagen** (auch Direktzusage, Pensions- oder Versorgungszusage bzw. Ruhegeldverpflichtung genannt). Hier findet keine Versicherungsaufsicht statt, obwohl das Unternehmen in der Regel rechtlich verbindliche Zusagen geben wird: Nur dann kann die Ansammlung des Vermögens steuerbegünstigt vor sich gehen.

Hier entsteht das Vermögen innerhalb des Unternehmens selbst (also: keine rechtliche Eigenständigkeit des Ruhegeldfonds) und zwar, indem sogenannte Pensionsrückstellungen vorgenommen werden. Die Zuführungen zu diesem Fonds werden steuerlich voll als Betriebsausgaben anerkannt. Hier kann wieder vorausfinanziert werden, somit also ein größeres Vermögen steuerfrei – bis auf Umsatzsteuerpflicht – gebildet werden.

Dabei sind eine Reihe von Regeln zu beachten, die darauf hinauslaufen, einerseits ein angemessenes Verhältnis zwischen Höhe der Pensionsrückstellung und Höhe der Versorgungsleistungen zu gewährleisten, andererseits die Zuführungen des Unternehmens jedoch so flexibel zu ermöglichen, daß eine günstige Verteilung des steuerlich anerkannten Aufwands je nach Ertragslage vorgenommen werden kann.

Auch hier spielen wieder – auf dem Weg über die steuerliche Prüfung – die Regeln der Versicherungsmathematik eine Rolle; sie bilden den Maßstab bei der Frage, welche Höhe von Pensionsrückstellungen gerechtfertigt erscheint (im Rahmen des sog. Teilwertverfahrens).

Über das Vermögen kann das Unternehmen frei verfügen. Es ist über den PSV gegen Insolvenz abzusichern; häufig wird das verbleibende Risiko auf eine private Rückversicherung abgewälzt.

Vier Typen mit je eigenen Schnörkeln und Schleifen... Um noch etwas mehr über ihren Charakter und ihre Eigenschaften anzudeuten, jetzt noch eine Stippvisite bei ihrem Umfeld und Hintergrund.

Die betriebliche Altersversorgung wird allgemein als „zweite Säule" (von dreien) im System der Altersversorgung betrachtet. Die erste Säule, die gesetzliche Rentenversicherung, ist nur als „Grundversorgung" gedacht; ca. 45% der letzten Bezüge können bestenfalls erwartet werden, die nur ein Existenzminimum, vielleicht ein wenig mehr decken.

Deshalb wurde es als sozialpolitische Aufgabe betrachtet, eine privatwirtschaftlich finanzierte betriebliche Altersversorgung staatlich zu unterstützen. Man blieb dabei, am Erwerb aus Arbeit anzuknüpfen. Und da es den Unternehmen frei stehen soll, ob sie zur Sicherung ihrer Mitarbeiter beitragen wollen, muß staatliche Unterstützung über finanzielle Anreize entfaltet werden: Hier die Rechtfertigung für Steuerfreiheiten, für Verzicht auf Steuereinnahmen.

Bevor 1974 das Betriebsrentengesetz in Kraft trat, hatte man schon einige Erfahrungen mit dem Aufbau steuerfreier Vermögensmassen, deren Größe nicht mehr unbedingt zu erklären war mit dem, was für die Versorgungsmaßnahmen nötig gewesen wäre. Zudem war es in einem Maße möglich, in Aussicht gestellte Versorgungsleistungen schließlich gar nicht zu erbringen, daß die Leistungsempfänger stärker geschützt werden mußten. Hieraus erklärt sich der Zuschnitt, der jetzt möglichen Formen von Altersversorgung durch Unternehmen.

- Wie es den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen entspricht, sind natürlich immer noch recht günstige Vermögensansammlungen „drin". Und auch deren zwischenzeitliche Verwendbarkeit für unternehmerische Zwekke blieb erhalten.
- Orientiert bleibt die betriebliche Altersversorgung auf Arbeitnehmer. Es können zwar auch leitende Angestellte, Gesellschafter oder die Unternehmer selbst samt ihren Angehörigen einbezogen werden; die Steuerfreiheit, etwa der Unterstützungskasse, hängt jedoch davon ab, daß sie nicht die Mehrheit der Leistungsempfänger stellen. Der Höhe nach orientiert sich auch das System der betrieblichen Altersversorgung an Lohnniveaus und an seiner Rolle als „zweite Säule" – zu der als dritte Säule noch etwas hinzukommen muß, um zu erreichen, was unter Vollversorgung verstanden wird: die private Vorsorge; dein eigenes Häuschen, deine individuelle Vorsorge brauchst du schon noch dazu.
- Die Struktur der Leistungen betrieblicher Altersversorgung schreibt außerdem tendentiell Einkommensunterschiede usw. fort, ist überhaupt nicht dazu gedacht, einen Ausgleich zu ermöglichen.

Daraus etwas fürs Gedeihen der Selbstverwalter/innen zu stricken – es wird mal wieder besonderer Power bedürfen.

Getrud Janzer-Bertzbach

(Ich kann euch genaueres Handwerkszeug nennen; schreibt ans Projekt Selbstverwaltung & Recht, ZERP, Universitätsallee GW I, 2800 Bremen 33)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

ALTERSVORSORGE:

Zwei Beispiele aus der Schweiz

Foto: Dieter Poschen

STIFTUNG ABENDROT

„Für uns war die Ausgangslage klar: Wenn schon zwangsweise gespart werden muß, dann wollen wir die Verfügungsgewalt über die Gelder behalten."

Eine Arbeitsgruppe von 10 Leuten aus sechs verschiedenen Betrieben aus der Region Basel bearbeiteten die Fragen einer eigenen Vorsorgestiftung. Die Arbeitsgruppe kam zur Überzeugung, daß in der Region Basel genügend Substanz für eine eigene Stiftung vorhanden sei, und man fühlte sich auch etwas als Gegenpol zu einer allzu zentralistischen Lösung (warum immer alles in Zürich?). Zu einer breit angelegten Informationsveranstaltung erschienen zur Überraschung der Initianten etwa 80 Einzelpersonen und Vertreter von Betrieben. Besonderes Erstaunen: Nicht nur selbstverwaltete Betriebe zeigten ein großes Interesse für eine selbstverwaltete Pensionskasse.

Das „Basler-Modell"

Gemäß Statuten kann die Stiftung Abendrot gesamtschweizerisch tätig werden. Zur Zeit sind 75 Betriebe und Selbständigerwerbende (davon die Mehrheit nicht selbstverwaltet) mit insgesamt 250 Versicherten angeschlossen. Die meisten Betriebe haben ihren Sitz in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Land oder im angrenzenden Fricktal. Vereinzelt sind auch Betriebe aus den Kantonen Zürich, Bern und Genf angeschlossen. Oberstes Organ der Stiftung Abendrot ist die Delegiertenversammlung. Die Vertretung der Betriebe in der DV richtet sich nach der Beschäftigtenzahl (keine Lohnsummenvertretung). Im Stiftungsrat, der die Beschlüsse der DV zu vollziehen hat, sitzen im Moment 4 Mitglieder (Minimum). Der Stiftungsrat muß paritätisch aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengesetzt sein. Es können nur Versicherte Einsitz nehmen. Ihm zur Seite stehen zwei Ausschüsse: der Anlageausschuss, der sich mit den Geldanlagen befaßt und der Leistungsausschuss, der die Leistungen an die Versicherten überwacht. Die Mehrheit der Ausschußmitglieder müssen Versicherte sein, doch können auch externe Berater beigezogen werden. Die Administration wird von der Verwaltung geführt.

Die Stiftung Abendrot ist für den Risikoteil bei der Winterthur versichert.

Wohin fließt das zwangsgesparte Geld?

Über Fragen, wie das Kapital angelegt werden soll, bestehen in der Stifung Abendrot sehr konkrete und detaillierte Vorstellungen. Zur Zeit liegt ein Entwurf über „Anlagekriterien für Investitionen der Stiftung Abendrot" vor, ausgearbeitet von der Arbeitsgruppe „Anlagekriterien".

Hier einige wichtige Punkte aus diesem Entwurf:

1. Die Anlagen müssen, was Sicherheit, Streuung und Rendite betrifft, den gesetzlichen Anforderungen (BVG) entsprechen.
2. Um Bedürfnisse und Intentionen der Versicherten im Rahmen des BVG verwirklichen zu können, müssen wir uns nicht nur in den Prioritäten, sondern vor allem in den Inhalten von den üblichen BVG-Anlagen unterscheiden. Die Versicherten sind sich klar, daß sie ihre Stiftung zu einem modellhaften Verhalten verpflichten.
3. Die Anlagen müssen
   - gesund für die Mitwelt (soziale Verantwortung)
   - gesund für die Umwelt (ökologische Verantwortung)
   - gesund für die Nachwelt (Verantwortung gegenüber Ressourcen) sein.
4. Unsere Mittel sollen nicht in die üblichen Finanzkanäle fließen.

Im weiteren wird sehr detailliert darauf hingewiesen, daß in Liegenschaften investiert werden soll, die den Kriterien der Selbstverwaltung genügen, und daß die Gelder auch Betrieben zufließen sollen, deren Strukturen heute noch als alternativ gelten.

Man rechnet mit einem jährlichen Investitionsvolumen von ca. 400-500'000 Fr... Er meint auch, daß auf dem Liegenschaftsmarkt ein Segment möglicher Liegenschaften (Baujahr 1910-1940) da sei, die im Sinne der Stiftung erworben und sanft renoviert werden könnten.

Die Stiftung Abendrot hat noch kein Liegenschaftsprojekt realisiert, könnte aber Hinweise auf geeignete Häuser gut gebrauchen. Im Moment kauft die Stiftung Wertpapiere, so z.B. Eurofima (Eisenbahnen), Pro Rheno (Kläranlagen) und Anleihen des Kantons Basel-Stadt. Ein besonderes Problem ergibt sich für die Stiftungen, die alternativ investieren wollen, bei der Sicherung der Liquidität. Man kann nicht gut das Geld auf einem Kontokorrent belassen, bis das gewünschte Projekt auftaucht (zu wenig Zins) oder als Gegensatz nur in langfristige Objekte investieren, sonst fehlt plötzlich die Liquidität. Es besteht somit die Gefahr, daß die Bank, mit der man zusammenarbeitet, die kurzfristigen Anlagen nicht den Stiftungsstatuten entsprechend investiert.

Hat man sich mit dem „Basler-Modell" von den übrigen Bestrebungen im Alternativbereich abgeschottet? Nein, gemäß den bisherigen Erfahrugen seien regionale Lösungen zwar sinnvoll und gut überschaubar. Doch es ist wichtig, daß unter den alternativen Personalvorsorgestiftungen eine Zusammenarbeit aufgebaut werde. Nicht jede Stiftung verfüge im richtigen Zeitpunkt über genügend Projekte oder über ausreichende Mittel für ein bestimmtes Projekt. Hier könnte eine Zusammenarbeit von Bedeutung sein. Offenheit sei wichtig, Meinungsaustausch notwendig.

Gemeinschaftsstiftung Netzwerk für Personalvorsorge

Im Herbst 81 bildete sich eine Arbeitsgruppe, die sich mit dem Gesamtarbeitsvertrag für das Gastgewerbe, der vorzeitg ein Pensionskassenobligatorium vorschrieb, befaßte und im Zusammenhang mit dem BVG erwog, ob eine eigene Pensionskasse gegründet werden sollte.

Im August 82 beschloß das Netzwerk deren Gründung und beauftragte die Arbeitsgruppe 2. Säule, die nötigen Schritte zu unternehmen. Nach der Gründung der Netzwerk-Stiftung NEST im Frühling 1983 schlossen sich erste Betriebe aus dem Bau- und Gastgewerbe an. Im Januar 85 waren es rund 70 aus allen Branchen; unterdessen hat sich diese Zahl mehr als verdoppelt. Momentan sind noch Verhandlungen mit ca. 100 Betrieben im Gange, täglich kommen neue Interessenten dazu.

Klares Ziel: Zwangsgespartes Geld muß von den Betroffenen selber verwaltet werden können. Das NEST will auf gesamtschweizerischer Ebene arbeiten, davon ausgehend, daß mit größeren Summen bessere Anlagen getätigt werden können. Längerfristig gesehen soll die Verteilung der Anlagen ungefähr der regionalen Verteilung der angeschlossenen Betriebe entsprechen. Das NEST wurde primär für selbstverwaltete Betriebe geschaffen, ist aber auch offen für Betriebe, die der Selbstverwaltungsidee nahestehen und eine menschen- und umweltgerechte Anlagepolitik unterstützen möchten.

Die angeschlossenen Betriebe entscheiden

Neben den vorgeschriebenen Organen (Stiftungsrat und Kontrollstelle) bestehen als demokratisches Entscheidungsgremium die Verwaltungskomissionen. Diese werden von den Versicherten jedes angeschlossenen Betriebes gewählt, sind Kontaktpersonen und Vermittler zwischen den Versicherten und dem NEST, entscheiden über die wichtigsten Fragen, wählen den Stiftungsrat und den Anlageausschuß und können über ein Vetorecht die Anlagepolitik beeinflussen. Es ist wichtig, daß die angeschlossenen Betriebe Kontaktpersonen wählen, von denen sie sich vertreten fühlen, d.h. diese müssen sich gut informieren und weiterinformieren.

Der **Anlageausschuß** besteht aus Fachleuten (mit Bankerfahrung und Fachkenntnis im Immobilienbereich). Es bearbeitet die einzelnen Anlage-Gesuche und unterbreitet dem Stiftungsrat Vorschläge, sodann erstellt er die Prioritätenliste für zukünftige Anlagen zuhanden der Verwaltungskommissionen. Der **Stiftungsrat** ist vor allem ausführendes Organ, vertritt die Stiftung nach außen und gegenüber den Behörden und schließt Verträge ab. Detailentscheide fällt er selbständig.

Man hofft, mit dieser Entscheidungsstruktur ein Modell gewählt zu haben, das einerseits Demokratie, andererseits auch Effizienz gewährleistet.

Die Anlagerichtlinien

Die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen sind das BVG und die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen. Innerhalb dieser Bestimmungen gewähren die Anlagerichtlinien folgendes:

- größere Betriebe können im Rahmen der Anlagekriterien und des Gesetzes im Prinzip selbständig über einen Großteil ihrer Pensionskassengelder entscheiden. (Unter Vorbehalt der Vorschriften über die Reinvestitionen der Betriebe.)
- Pensionskassengelder bleiben in der Region.
- Das Pensionskassengeld vieler Kleinbetriebe, die alleine nichts mit ihrem Geld machen könnten, kann sinnvoll eingesetzt werden, und die Mitsprache bei den Investitionsentscheiden ist gewährleistet.

Investiert wird nach folgender Prioritätenordnung (Art. 1 der Anlagerichtlinien):

1. Gesuche von angeschlossenen Betrieben, die 70% des vom Betrieb selbst eingebrachten Kapitals nicht übersteigen. ...
2. Gesuche von angeschlossenen Betrieben, die 70% des vom Betrieb selbst eingebrachten Kapitals übersteigen.
3. Übrige Investitionen.

Es wird auf Sicherheit und eine angemessene Rendite geachtet (Art. 2).

Gewisse Investitionen werden ausgeschlossen (Art. 3):

- Waffenindustrie
- Atomindustrie
- Industrien, die gegen Humanität, Natur-, Tier- und Umweltschutz verstoßen
- Institutionen und Unternehmungen, die Regierungen faschistischer Länder bzw. der Apartheid unterstützen.

Die angeschlossenen Betriebe können durch ihre Vertreter auf die Investitionsentscheide direkt Einfluß nehmen (Wahl der verschiedenen Gremien, Vetorecht) und Vorschläge unterbreiten.

Die Anlagekriterien müssen in der Praxis erst noch auf ihre Realisierbarkeit überprüft werden.

Das momentane jährliche Investitionsvolumen beträgt ca. 550-600'000 Franken. Das Vermögen der Stiftung wird sich gegen Ende des Jahres auf ca. 900'000 Franken erhöhen. Ein Teil des Geldes liegt auf einem Anlagekonto und ist in Wertpapieren angelegt. Verschiedene Hypotheken wurden bereits gewährt, es wird in dieser Richtung weitergearbeitet.

Für nähere Anfragen und Beratung haben wir Euch hier die uns bekannten Anschriften kollektiver Versicherungsbüros, die mit der Dienstleistung Versicherung anders umgehen, zusammengestellt:

Harald Deerberg, Iske & Koll.
Wulwestr. 25
2800 Bremen
Tel.: (0421) 7 20 93

Friedels Versicherungsbüro
Bundesallee 81
1000 Berlin 41
Tel.: (030) 852 90 31/32

Fersicherungsladen Jupp Wichers
Müschen 23
4518 Bad Laer
Tel.: (0251) 37 45 49

Fersicherungsladen Heiner Stede und Partner
Jakobstr. 13
3000 Hannover 91
Tel.: (0511) 44 29 59

Kollektive Versicherungsagentur, Alfred & Klaus, Märkische Str. 53,
4000 Düsseldorf
Tel.: (0211) 28 10 91 (10-15 Uhr)

Fairsicherungsladen
Fehr & Friedrich oHG
Annenstr. 1, 4600 Dortmund 1
Tel.: 0231/16 01 53

---

2. Folge

Kollektiv & Recht

Das Lohnausgleichsverfahren

Der § 1 des Lohnfortzahlungsgesetzes (LFG) regelt, daß, wenn ein **Arbeiter** nach Beginn der Beschäftigung infolge Krankheit an seiner Arbeitsleistung gehindert wird, ohne daß ihn ein Verschulden trifft, so verliert er nicht den Anspruch auf Arbeitsentgelt für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit bis zur Dauer von 6 Wochen. Das LFG regelt weiterhin, daß der Arbeitgeber, wenn er bestimmte Voraussetzungen erfüllt, 80% dieser Lohnfortzahlung von den Ortskrankenkassen, den Innungskrankenkassen, der Bundesknappschaft und den See-Krankenkassen erstattet bekommen kann. Voraussetzung ist die Teilnahme am sogenannten Lohnausgleichsverfahren. Diese Lohnausgleichskassen sind selbständige, bei den jeweiligen Ortskrankenkassen angesiedelte Unternehmen, an die ein Beitrag zu entrichten ist. Diese Beitragssätze sind unterschiedlich, liegen aber in der Regel bei ca. 2,3% der Lohnsumme. Betriebe, die an diesem Verfahren beteiligt werden wollen, müssen folgende Bedingungen erfüllen:

Der Betrieb darf maximal 20 Arbeitnehmer beschäftigen, hierzu zählen nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Angestellten.

Wichtig ist, daß ausschließlich **Arbeiter** an dem Verfahren beteiligt sind. Das bedeutet, daß für die Angestellten der Betrieb keine Erstattung bekommt. Die Teilnahme an dieser Form des Lohnausgleichsverfahrens ist freiwillig. Für Kollektive, deren Kollektivmitglieder Arbeitnehmer des Betriebes sind, kann die Teilnahme an diesem Verfahren durchaus sinnvoll sein. Durch das Beschäftigungsförderungsgesetz 1985 gibt es mit Wirkung vom 1.1.86 an ein zweites Umlageverfahren. **Die Teilnahme ist Pflicht.** So **muß** jeder Betrieb mit in der Regel nicht mehr als 20 Beschäftigten – diese Zahl kann örtlich gemäß Satzung der Lohnausgleichskasse auch auf 30 Arbeitnehmer erhöht werden – an dem U 2-Verfahren teilnehmen.

Der Beitragssatz beträgt 0,1% der Lohnsumme bei Vollzeitbeschäftigten, 0,05% für Teilzeitbeschäftigte mit nur 20 Wochenstunden, für Teilzeitkräfte mit 30 Wochenstunden 0,075%. Bei der Frage, ob der Betrieb aufgrund der Beschäftigtenzahl an diesem Verfahren teilnehmen muß, dürfen Auszubildende, Schwerbehinderte, Heimarbeiter und Zivildienstleistende nicht mitgezählt werden, ebensowenig Personen, die weniger als 45 Stunden im Monat im Betrieb arbeiten.

Geleistet werden von der Lohnausgleichskasse ebenfalls 80%

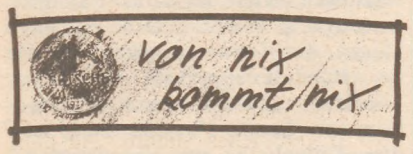
- der Lohnkosten bei Krankheit bis zu 6 Wochen von Auszubildenden (egal ob Arbeiter oder Angestellte)
- des Mutterschaftsgeldes innerhalb der Schutzfristen.

Die Betriebe, die von den Ortskrankenkassen noch nicht erfaßt sind, müssen sich selbst anmelden, denn es besteht eine Anmeldepflicht.

Nähere Auskünfte über die beiden Lohnausgleichsverfahren sind bei den Ortskrankenkassen zu bekommen.

Harald Deerberg
Redaktion Bremen

Tips & Tricks



Einige wichtige Änderungen für das Jahr 1986

Arbeitslosengeld
Die Bemessungsgrundlage zur Zahlung des Arbeitslosengeldes sind nicht mehr die letzten 20 Arbeitstage, sondern der Durchschnitt **der letzten 60 Arbeitstage** (ohne Überstunden und Sonderzulagen).

Zur Arbeitslosen**hilfe** steigen die Freibeträge, bis zu denen das Einkommen des Ehegatten nicht auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet wird, 1986 um rund 50 Prozent. 1987 verdoppeln sich die bisherigen Freibeträge. Der Grundfreibetrag steigt damit von wöchentlich 75 Mark über 115 Mark auf 150 Mark, Der Erhöhungsbetrag je Kind steigt von 35 Mark über 55 Mark auf 79 Mark wöchentlich.

Mehr Geld gibt es ferner für Arbeitnehmer, die sich weiterbilden. Das Unterhaltsgeld erhöht sich in der Regel von 63 auf 65 Prozent.

Wer zeitweise nicht arbeitete, um zu Hause Kinder zu betreuen, erhält nun auch bei einer Teilnahme an einer Teilzeit-Bildungsmaßnahme ein Teil-Unterhaltsgeld. Im übrigen wurde die Altersgrenze von 22 auf 25 Jahre erhöht. Zuschüsse gibt es nach der Gesetzesänderung jetzt auch für befristete Arbeitsverhältnisse und bei Teilzeitbeschäftigten tritt die Arbeitslosenversicherungspflicht bereits nach einer wöchentlichen Arbeitszeit von weniger als 19 Stunden ein. Hier lag die Grenze vorher bei 20 Stunden.

Beiträge in der Rentenversicherung
Die monatlichen Beitragsleistungen sind in der Rentenversicherung von 79 Mark bis 1.075 Mark gestaffelt. So beträgt der monatliche Mindestbeitrag für versicherungspflichtige Selbständige 79 Mark, der monatliche Mindestbeitrag für freiwillig Versicherte 92 Mark, der monatliche Regelbeitrag für pflichtversicherte Handwerker 549 Mark, der monatliche Höchstbeitrag für versicherungspflichtige Selbständige 1.075 Mark. Versicherte, die eine Wartezeit von 60 Monaten für die Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente erfüllt haben, können sich ihren Invaliditätsschutz dadurch sichern, daß sie weiterhin regelmäßig Rentenversicherungsbeiträge zahlen. Der monatliche Mindestbeitrag für diesen Versicherungsschutz beträgt 92 Mark.

Geringverdienergrenze
Geringfügig entlohnte Beschäftigungen bleiben versicherungsfrei, wenn das monatliche Einkommen 410 Mark nicht übersteigt und die Arbeitszeit weniger als 15 Stunden wöchentlich beträgt. Bisher lag die Geringverdienergrenze bei 400 Mark im Monat.

Friedel Rohde

Ein Virus, der das andere Leben und Arbeiten bedroht

Einfältige Autonomie

Es gibt in der Bremischen Selbstverwaltungswirtschaft wenigstens zwei Beispiele aus jüngster Zeit, die deutlich machen, daß die politische Bewegungsarmut der selbstverwalteten Arbeit ungesund für Herz und Kreislauf sind:

Die selbstverwalteten Betriebe haben es über ein ganzes Jahr Vorbereitungszeit hindurch nicht vermocht, einen Ausbildungsverbund zu organisieren.

Zwischen den Bremer Fahrrad-Kollektiven schwelen Konflikte um Marktanteile und Selbstverständnis, die in einer Art Religionskrieg ausgetragen werden.

Augenfällige Begründungen sind mangelnde Fähigkeiten bzw. mangelnder Wille zu Kooperation und Koordination.

Für weitere Betrachtung und Argumentation sind die erwähnten Beispiele unerheblich, sie sollen nur den Einstieg in eine Auseinandersetzung um die Krise unserer politischen Kultur bieten. Eine Krise linker, politischer Arbeits- und Organisationsformen, die weit über die Probleme der selbstverwalteten Arbeit hinausgeht.

Wir sind der Meinung, daß sich die Selbstverwaltungswirtschaft schon einige Zeit an den Grenzen des eigenen (qualitativen) Wachstums bewegt und es eher Anzeichen für ein Scheitern an diesen Grenzen als für deren Überschreitung gibt.

Dazu einige Thesen:

1. Gegenüber den verknöcherten Polit-Strukturen der Linken zu Beginn der 70er Jahre stellte der extrem dezentrale Aufbruch in der selbstverwalteten Wirtschaft eine köstliche Erfrischung dar. Er war notwendige Reaktion auf die abstrakte und spinnerte Parteidisziplin und bescherte uns Schwerpunkte des Handelns und Entfaltens in überschaubaren Strukturen, die dem einzelnen – zumindestens vorübergehend Anerkennung und Identität vermittelten.
2. Gleichwohl sind diese Strukturen über uns hereingebrochen, wie zuvor Kader-Organisationen und Spontikultur. Das heißt, wir haben es bis heute nicht gelernt, strategisch mit politischen Arbeitsstrukturen umzugehen. Es gab eben nur das (eigentlich sehr gefühlsmäßige) entweder Zentralisierte bis zu Verkrampfung/Untergang oder dezentralisierte Autonomie bis hin zu Konfusion / Verwirrung / Vereinzelung.
3. Beide Organisations-Extreme besitzen immerhin Vorteile, die sich gleichzeitig gegenseitig weitgehend ausschließen. Die zentrale Struktur ermöglicht nun mal schnell, unbürokratisch und einsam die falschen Entscheidungen zu treffen – während dezentrale Organisation durchaus vermeidet, überhaupt Entscheidungen zu fällen und so Fehler und Weiterentwicklung verhindert.

   Ernsthaft: Zentralismus für Formulierung und Formierung, Durchsetzen von Interessen. Dezentralismus für das Finden und Entwickeln von Identität, Ideen und Interessen.
4. Beide Strukturen setzen unterschiedliche Funktionsmuster voraus. Zentralismus: Disziplin und Sanktionsmöglichkeiten – oder Selbstdisziplin und die Souveränität, die „Zentrale" anzugreifen und zu korrigieren. Lebensgrundlage für Zentralismus waren bisher entweder Machtverhältnisse, politisch religiöse Gruppenmotivationen oder Versuche der Interessen-Delegation (Gewerkschaften, Parlamentarismus, Arbeitgeberverbände usw.). Dezentralismus: Handlungsfähigkeit des einzelnen, Weitsichtigkeit, definierte Interessen und Souveränität in der Arbeitsteilung.
5. Zur Durchsetzung unserer politischen Vorstellungen (haben wir überhaupt gemeinsame oder sind sie nicht nur ein Produkt einzelner?) greifen wir wieder zurück auf bekannte Strukturen „Politik zu machen" und Formen öffentlicher Auseinandersetzung: Verbände, Vertreter, Podiumsdiskussionen und Öffentlichkeit sind auch unsere politischen Aktionsformen geworden, ohne daß wir sie wirklich angenommen und begriffen haben, ihre Funtkionsweise verstehen und dementsprechend mit ihnen umzugehen lernen. Von einzelnen werden diese politischen Aktionsformen benutzt - fast in volontaristischer „Verzweiflung", doch etwas zu vermittlen, von dem was wir wollen, etwas zu sagen, wo andere aus Unsicherheit schweigen, Lücken zu füllen oder Brücken zu schlagen. Persönliche Profilierung wird diesen „Einzelkämpfern" häufig vorgeworfen und es scheint durchaus ein Motiv zu sein, denn das gemeinsame politische und ökonomische Interesse für das einzustehen und politisch zu kämpfen es sich lohnt, ist für die Selbstverwaltungswirtschaft und Alternativbewegung noch nicht bestimmt.
6. Unsere Diskussionen sind harmlose Plauderstündchen, wir treffen uns unvorbereitet, in wechselnder Zusammensetzung, erzählen, was uns gerade einfällt, gehen ohne Arbeitsaufträge auseinander und treffen uns dann wieder, ohne daß es auf dieser Basis jeweils etwas wirklich Neues zu erzählen gäbe. In den Diskussionen ist es unproduktiv, für sich in Anspruch zu nehmen, „Vertreter der Basis" zu sein. Es wirkt auf Leute, die nicht in alternativen oder kollektiven Projekten arbeiten diskriminierend und ausgrenzend und es schafft eine Atmosphäre der Angst. Alles ist vorher mit einer vermeintlichen Basis abzustimmen. Niemand wagt sich mehr vor, traut sich seine Ideen unbefangen und vielleicht ungeschützt vorzutragen. Wir verstecken uns häufig auch hinter einer vermeintlichen Basis, nach dem Motto: Wir sind auch nur so gut, wie die Bewegung gut ist.
7. Angenommen, man könnte sich aussuchen, welche Strukturen zielorientiert für die eigenen (politischen) Interessen einzusetzen wären, so käme es, so banal es klingt, eben nur darauf an, sehr genau zu wissen, was man will. Das heißt, ohne eine klare Definition der mittelfristigen Interessen bleibt eine „Basis" Opfer irgendeiner Zentrale bzw. bei dezentraler Organisation, Opfer der Unfähigkeit, die Kurzfristigkeit des eigenen Denkens zu überwinden.
8. Die Selbstverwaltungswirtschaft wird als politische Kraft permanent überschätzt. Sie fand gewissermaßen ein Vakuum der bürgerlichen Ökonomie und Soziologie vor, das heute mit allerlei Seminaren und Examensarbeiten aufgefüllt ist. Wir selbst haben es aber bis heute nicht verstanden, wissenschaftlich mit dem eigenen Handeln umzugehen: Wir experimentieren zwar seit Jahren, aber unsere Reflexionen sind Gejammer geblieben und Schlüsse zu ziehen überlassen wir denen, deren Geschäft der unproduktive Defaitismus ist (vgl. Huber, Horx etc.).
9. Das Profitinteresse, als Motivationsmotor der vorherrschenden Wirtschaftsweise, hat immerhin den anderen Unternehmen geholfen, von uns zu lernen: Es werden Marktnischen besetzt, die wir aufgespürt haben und bewußt strategisch kooperative und dezentrale Strukturen in den Betrieben eingesetzt, da wo es sinnvoll, das heißt profitträchtig ist. Insofern sind die selbstverwalteten Betriebe extrem systemerhaltend: Wir helfen, die Krise der Ethik in der kapitalistischen Ökonomie zu überwinden, nicht aber die Wirtschaftsweise selbst.
10. Wir haben es bis heute nicht verstanden, unsere Interessen deutlich zu formulieren. Dabei entsteht der Eindruck, daß wir uns davor drücken, auch und gerade ökonomische Interessen zu benennen (wiewohl sie existieren und heimlich unseren Umgang mitbestimmen – z.B. Fahrradläden).

    Offensichtlich besteht das Mißverständnis, daß ökonomische Interessen nur als Profit-Interessen existieren. Solange wir keine höherwertige, ökonomische Orientierung dem Profit-Interesse entgegensetzen können, stellt unsere Arbeit einerseits keine Herausforderung an die bestehende Wirtschaftsordnung dar – und muß unsere immer müdere Moral als Handlungs-Motivation verschleißen.
11. Unsere Zusammenschlüsse, Vereine und Verbände sind dementsprechend „Solidarverbände", Ausdruck unserer politischen Moral. Diese politische Moral bestimmt unser Verhalten in den Verbänden als auch das Selbstverständnis der Verbände (es gibt dort keine funktional-ökonomische Interessenorientiertheit, sondern idealistische Überhöhung unserer politischen Ansprüche).

Forderungen:
1. Nur noch vorbereitet diskutieren!
2. An die sogenannte Basis: Organisiert gefälligst Eure Betriebe so gut, daß Euch Zeit für politische Arbeit bleibt.
3. An den sogenannten Überbau: Stellt politische Forderungen an die Basis, macht die eigenen Interessen deutlich und verdeutlicht den politischen Wert Eurer Arbeit und versteckt Euch nicht hinter der „Basis" und sucht nicht ständig Entschuldigungen für die eigene Tätigkeit.
4. Auseinandersetzung über und Formulierung von politischen und ökonomischen Interessen der Selbstverwaltungswirtschaft und ihrer Verbände.
5. Einstieg in die Struktur-Debatte hin zum strategischen Einsatz von zentralen und dezentralen Strukturen.

Bolle und Michael G.

Selbstverwaltete Tischlereien in Berlin haben einen Arbeitskreis gegründet

Positive Erfahrungen

In den letzten Jahren herrschte bekanntermaßen bei den Tischlereikollektiven ein regelrechter Gründungsboom. Diese an sich erfreuliche Entwicklung birgt allerdings die Gefahr in sich, daß neben dem Wettbewerbsdruck von außen auch die Kollektive untereinander in Konkurrenz geraten. Dem rauhen Wind des Wettbewerbs muß deshalb eine verstärkte Vernetzung der Betriebe entgegengesetzt werden.

In Berlin wurde dieser Entwicklung Rechnung getragen. Die Tischlereikollektive gründeten den AKST e.V.!

Alternativbetrieben schwebt als Idee, Wunschbild oder Traum, eine Form selbstbestimmten Arbeitens vor, anders als in herkömmlichen Firmen, näher an dem, was sie produzieren, näher an denen, für die sie Aufträge durchführen. Vielfach durchsetzt von politischen Überlegungen, andererseits einfach von dem Gedanken getragen, neue Arbeitsformen auszuprobieren. Dies schließt auch den Anspruch der Kooperation und Vernetzung mit ein, doch in der Praxis bleibt es häufig beim Anspruch. Bei den Tischler/innen hat es lange gedauert, bis sie ihre Zielvorstellungen auf einen gemeinsamen Nenner hin überprüften und den Versuch unternahmen, ihre Probleme gemeinsam und solidarisch anzugehen.

Anfang Juni 85 saßen etwa 50 Tischler/innen im Mehringhof zusammen und trugen ihre Ideen und Einschätzungen vor.

Man/frau kam überein, sich turnusmäßig alle drei Wochen zu treffen. Folgende Vorstellungen kristallisierten sich im Laufe der Zeit heraus:
- Eine Zusammenarbeit wo möglich heißt für jeden einzelnen Betrieb Existenzerleichterung
- Gemeinsamer Einkauf führt zu spürbaren Einsparungen
- Austausch von Spezialwerkzeugen senkt die Investitionskosten
- Planungs- und Erfahrungsaustausch drückt die Fehlerquote und beschleunigt die fachliche Weiterentwicklung
- Ausbildung von Fachkräften kann gemeinsam getragen werden
- Problembewältigung auf breiter Basis macht den einzelnen mehr Mut und schafft Raum für Kreativität und Kraft zur täglichen Arbeit
- Größere Aufträge können in Arbeitsgemeinschaft von mehreren Betrieben abgewickelt werden.

Man/frau wurde sich schnell darüber klar, eine Form der Zusammenarbeit finden zu müssen, die so verbindlich wie nötig und so wenig zwingend wie möglich sein sollte. Schließlich fand der Vorschlag, einen e.V. zu gründen, die meiste Zustimmung. Arbeitskreis Selbstverwalteter Tischlereien, kurz AKST e.V., heißt er, hat mittlerweile 20 Betriebe als Mitglieder und ist unter der Netzwerknummer 691 30 05 mit Michael als Kontaktmann zu erreichen. Bei den Lieferanten hat dieses jüngste Kind in der Berliner Alternativscene schon für einigen Wirbel gesorgt. Das Rabattbarometer zeigt auf „schön Wetter", sehr zur Freude der Betriebe.

Positive Erfahrungen mit der „AKST" lassen hoffen, daß andere Branchen motiviert werden, ebenfalls stärker zusammenzuarbeiten.

Gerd Sandkuhl
QUERHOLZ-Tischlerei

Haftungsassoziation – ja bitte!

Doch Geld allein macht nicht glücklich

Mitte November wurde sie offiziell gegründet: die Haftungsassoziation, eine Bürgschaftsbank für selbstverwaltete Betriebe. Anläßlich der Gründung hatten STATTWERKE zusammen mit dem Amt für Industrie- und Sozialarbeit der Evangelischen Kirche zu einer Tagung über alternative Finanzierungsmöglichkeiten eingeladen.

Niemand kann ernsthaft bestreiten, daß die Haftungsassoziation ein notwendiges und nützliches Finanzierungsinstrumentarium für selbstverwaltete Betriebe darstellt. Ebensowenig kann etwas dagegen eingewendet werden, im Rahmen einer Tagung über alternative Finanzierungskonzepte nachdenken und diskutieren zu wollen.

Doch wenn der Tagungsreader an einigen Stellen so aussieht: „Finanztechnisch könnte die Qualifizierung des Entscheidungsproblems Eigenfinanzierung versus Fremdfinanzierung in folgende Formel gepreßt werden:

Kann man schon ins Grübeln kommen und sich fragen, Quo vadis Alternativszene?

Unverkennbar reduziert sich die Diskussion in und um den Alternativsektor zunehmend auf das Problem Gelder (in Form von Krediten oder Förderungsprogrammen) aufzutreiben, und dies geht einher mit einem Entpolitisierungsprozeß der Szene.

Unserer Meinung nach wird dieser Entpolitisierungsprozeß durch die Diskussion um Finanzierungsmöglichkeiten zwar nicht allein verursacht, aber mitbegünstigt: Indem den Projekten von allen Seiten die Schwierigkeiten bei der Kapitalbeschaffung als das Poblem eingeredet wird, werden oft andere Mängel überdeckt. Natürlich sind die Projekte auf dem Kapitalmarkt benachteiligt, und der Bedarf ist zweifelsohne da. Ob die Erschließung zusätzlicher und auch wichtiger Finanzierungsquellen aber der deus ex machina für Problemlösungen der Betriebe ist, muß bezweifelt werden.

Statt einzeln um Kredite bei der Kreditvermittlung bzw. Haftungsassoziation zu konkurrieren, würden die Betriebe aktiv zusammenarbeiten und sich vernetzen. Andere Schritte, z.B. gemeinsame Organisation des Einkaufs, können sich daran anschließen. Solche Möglichkeiten bieten sich dem etablierten Unternehmer nicht. Ein echter Vorteil der Projektscene, den es auszunutzen gilt. In der alltäglichen Vernetzung kann das gemeinsam Politik machen seine Grundlagen haben. Die Diskussion um Finanzierungsmöglichkeiten bezieht sich in erster Linie auf Kapitalmangel und macht diesen (fast ausschließlich) für die schlechte ökonomische Situation der Projekte verantwortlich. Die Betriebe werden verleitet, dies kritiklos zu übernehmen. Problemlösungen, die die Effizienz der Betriebe steigern und z.B. an der Organisationsstruktur ansetzen, sollten darüber nicht vernachlässigt werden. Transparente Informationswege, effiziente Formen der Willensbildung innerhalb der Gruppe usw. sparen viel Zeit, helfen, Konflikte im Vorfeld zu erkennen und damit zu vermeiden und steigern letztlich ebenfalls die Produktivität erheblich.

Es gilt, dem aufreibenden Chaos in den meisten Betrieben zu begegnen. Kredite helfen da nicht unbedingt, schon gar nicht neue monetäre Belastungen. Der hohe, aber nicht immer produktive Zeitaufwand als Folge mangelnder Organisationsstrukturen muß vermindert werden, damit wieder Zeit bleibt für eigene Wünsche, damit das Arbeiten wieder Spaß macht und mehr Zeit für politische Auseinandersetzungen bleibt. Hier den Betrieben konkret Hilfestellung im Alltag zu bieten, fällt den Beratungsinstitutionen immer schwerer. Ihre Tätigkeit entwickelt sich mehr und mehr zu Finanzmangement, ist entsprechend kompliziert und zeitaufwendig. Die immer weitere Entfernung der „Spezialisten" von der „Basis" ist vorprogrammiert.

Es ging den Projekten offensichtlich ziemlich am Arsch vorbei, was die STATTWERKE-Leute sich da ausgedacht und umgesetzt haben. Eine Projekte-Öffentlichkeit, die die Entstehung der Haftungsassoziation kritsch begleitet hätte, gab es nicht (wobei STATTWERKE-Leuten nicht unterstellt werden soll, sie hätten nicht versucht, eine breitere Diskussion in der Scene zu organisieren.

Was außerdem auffällt, ist die Tatsache, daß es zu der Diskussion um's Geld z.Zt. kein politisches Gegengewicht gibt. Diskussionen um gesellschaftsverändernde Perspektiven, ja Utopien finden kaum mehr statt. Wozu auch, wenn in der öffentlichen Auseinandersetzungum den Alternativsektor letztlich doch nur das Arbeitsplatzargument zählt. Wo bleibt die politische Thematisierung des Bedürfnisses nach sinnvoller und sozialer Arbeit, wo die Forderung nach einer Wirtschaftspolitik, die nicht wachstums- und profitorientiert endlich mit dem alten, aber nicht weniger wirksamen Wertesystem der Leistungsgesellschaft bricht? Da ist zur Zeit Sendepause. Es wäre jedoch zu einfach, den Mangel an Utopien und gesellschaftsverändernder Perspektive nur der „Wende" zuzuschreiben oder den Legitimationsdefiziten der etablierten Parteien, die aus diesem Grunde die öffentliche Diskussion um den Alternativsektor aufgreifen und mit dem Arbeitsplatzargument oder dem Selbsthilfepostulat dominieren. Wir sind selbst dafür verantwortlich, insoweit nämlich die Diskussion um Finanzierungsmöglichkeiten für Alternativprojekte die politische Perspektive verschoben hat. Statt alternativ im Sinne eines anders und auch gegen (die bestehende Gesellschaftsordnung, das traditionelle Wirtschaften) ist jetzt Gleichstellung (mit den normalen Betrieben) angesagt.

So sehr z.B. die Haftungsassoziation dazu beitragen soll, daß selbstverwaltete Betriebe ihre Identität trotz der Inanspruchnahme von Fremdkapital behalten können, so sehr sollten wir uns darüber im klaren sein, daß kein Vertreter der Kirche, des Senats oder einer Bank mit uns reden würde, wenn wir statt des gleich das gegen betonen würden. Welcher Banker wäre zur STATTWERKE-Tagung erschienen, wenn wir morgens vor der Bank z.B. gegen das Südafrika-Engagement der Banken demonstriert hätten?!

Hat man sich aber erst mal offiziell auf das „gleich" geeinigt, dann ist das „andere", das „gegen" nur noch eine Frage der Identität, und die hat man ja im Inneren, die braucht man ja nicht nach außen zu tragen. Alles andere sind dann „Kommunikationsprobleme" zwischen Alternativ- und traditionellem Sektor (die im Rahmen einer Tagung beseitigt werden können). Als wenn dahinter nicht konkrete Macht-, Finanz-, und Herrschaftsverhältnisse stünden, einschließlich eines anderen Verständnisses von Politik und Ökonomie.

Wofür wir plädieren ist nicht, sich keine Gedanken mehr über Finanzierungsprobleme selbstverwalteter Betriebe zu machen. Das wäre zynisch, gemessen am tatsächlich vorhandenen Bedarf. Was wir bedenklich und kritikwürdig finden ist, daß dieses Thema die politische Auseinandersetzung um den Alternativsektor weitgehend bestimmt. Dabei sind es vor allem die Beratungsinstitutionen, die dieses Thema auf die politische Tagesordnung setzen. Deshalb ist es auch zuerst an uns, wieder mehr über Politik und weniger über Geld zu reden. Hier auf die Projekte warten zu wollen ist nicht mehr als eine schlechte Ausrede.

F.-J. Bartsch
Michael Wielage

Geld und Moral

Ein paar Anmerkungen zur Geldmoral:

Gutes GELD in schmutzigen HÄNDEN und schmutziges GELD in guten HÄNDEN

Geld macht nicht glücklich, sagen die Moralisten, aber es beruhigt, fügen die Pragmatiker hinzu.

Ursprünglich sollte das Geld abgeschafft werden. Projektarbeit war politische Arbeit, und die ist unbezahlt. Das geht solange, wie es BAFöG oder Arbeitslosenhilfe gibt, solange die Jobberei genügend abwirft. Die Einsicht, daß auch Projektarbeit bezahlt werden muß, stellte sich dann auch bald ein. Aus dem Spiel wurde Ernst, aus der Spielwiese eine Existenz. Eine kärgliche Existenz, aber immerhin (über-)lebensfähig. Um die Existenz besser abzusichern, wurde die Betriebswirtschaft eingeführt. Buchführung, Kalkulation, Planung und manchmal sogar Werbung. Bessere Maschinen und Arbeitsmittel wurden angeschafft und das Geld spielte immer mehr eine gewichtige Rolle. Ob Ausweitung oder Lohnkürzung, Produktpalette oder Lieferantenrabatt, immer mehr bestimmt das Geld den Projektalltag. Der typische selbstverwaltete Betrieb sieht sich permanent in der Zwickmühle, Geld als kapitalistisches Schmiermittel zu verabscheuen und als betriebswirtschaftliche Notwendigkeit anzuerkennen. Dementsprechend gibt es Betriebe, die auf die reine Lehre schwören (zumindest nach außen) und Geld mit fast religiöser Inbrunst zum Teufel wünschen und solche, deren erschreckender Pragmatismus im Umgang mit Geld so manchen Neid in Geschäftemacherkreisen erzeugt.

Es ist sicher, daß wer das Geld hat, auch die Macht hat, daß an Geld Blut klebt und das alle Arten von Aggressionen häufig durch Geld motiviert sind. Bei Geld hört die Freundschaft auf und Geld zerstört soziale Bindungen, es gibt weder eine Moral des Geldes noch eine Geldethik.

Und was tun wir? Wir verschleiern (auf den richtigen Umgang mit Geld kommt es an), stilisieren (eigene Geldkreisläufe entwickeln) und machen einen Fetisch draus (den Banken das Geld wegnehmen). Es wird kritisiert (Deutsche Bank wegen Südafrika) und pauschalisiert (Zinsen sind Ausbeutung).

Doch was sind die Alternativen? Den Zins abschaffen oder den negativen Zins einführen – im Sinne des anarchistischen Geldtheoretikers Gesell? Davon träumen doch nur weltfremde Möchte-Gern-Volkswirtschaftler in abstrusen Zirkeln.

In einer Gesellschaft, wo Geld leihen Geld kostet bzw. Geldverleihen eine Menge Geld bringen kann, so manche Existenz durch Verschiebereien und Spekulationen mit Geld gesichert wird, führt ein Abweichen unweigerlich ins (ökonomische) Abseits. Es wäre auch zu plump, dem Computer einen manuellen Rechenschieber entgegenstellen zu wollen, mit dem Anspruch, konkurrieren zu können.

Doch genug klug doziert: Wie sieht sie nun aus die Utopie des Geldes oder das alternative System von Geld und Kredit? Das Ziel ist klar: Geld muß auf seine Tauschfunktion reduziert werden (Proudhon), was vor allem heißt, Geld von seinem Wertaufbewahrungsmythos (Gesell) zu befreien.

Das Patentrezept des Alternativökonomen heißt: „Vernetzung". Konkret heißt das Bildung von Einkaufs- und Verkaufs-Coops, Maschinen- und Gebäude-Genossenschaften, Abnehmer- und Zulieferketten und die Einführung eines eigenen Verrechnungssystems. Je weniger Geld in den eigenen Kreisläufen gebraucht wird, desto mehr steht zur Verfügung für den Austausch mit dem kapitalistischen Umfeld. Ein faszinierender Gedanke: Für 30 Wochenstunden Arbeit gibt es mietfreies Wohnen, Müsli und Biobrot umsonst, freie Benutzung von Fahrädern, freier Eintritt in allen Alternativkinos und -theatern und 400 DM Taschengeld für kapitalistische Gelüste, wie HiFi und Kreta-Urlaub.

Doch die Utopie verblaßt, angesichts der Vernetzungsprobleme eines solchen gedanklichen Entwurfs. Man/frau stelle sich nur die Querelen vor, wenn die Konsum-Coop mit der Verkaufsgenossenschaft der Biobauern über Verrechnungseinheiten diskutiert, wenn die Bioläden untereindander um Abnahmequoten von der Verkaufsgenossenschaft feilschen, wenn es um die Vergleichbarkeit der Arbeitseinheiten geht oder die verschiedenartigen Konsumgewohnheiten.

Oder man/frau denke nur an die Verpflichtungen der allseits vernetzten Alternativpersönlichkeit. Mieterversammlung besuchen, Protokoll der letzten Konsum-Coop schreiben, Kollektiv-Ausflug aufs Land zwecks interner Diskussion. Einladungen für das Stadtteil-Kommitee verschicken und das Fest der Kultur-Ini vorbereiten. Ganz zu schweigen von dem Engagement in der Kinder-, Frauen- oder Männergruppe oder der Selbsterfahrungsgruppe.

Irgendwie ist das alles ziemlich vertrackt. Doch was sollen wir tun? Zunächst vielleicht ein bißchen mehr Ehrlichkeit und Offenheit beim Umgang mit Geld.

Michael Makowski

Anzeige

Der dritte Band der Karl-May-Reihe ist da!

Matthias Neuling Auf fremden Pfaden
Ein Leitfaden der Rechtsformen für selbstverwaltete Betriebe und Projekte

Wie muß ein Betrieb strukturiert sein, um den Ansprüchen nach Selbstverwaltung und Kapitalneutralisierung gerecht zu werden?
Gibt es bei den bürgerlichen Rechtsformen die Chance, alternative Betriebsmodelle zu verwirklichen?

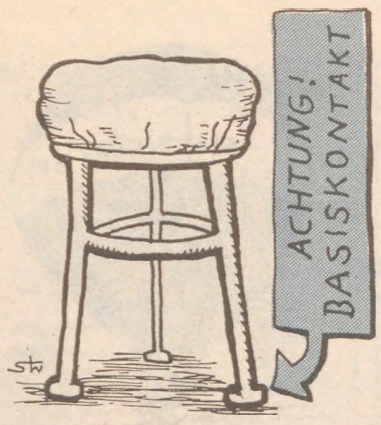
Der Autor befaßt sich mit diesen Kernfragen sehr detailliert - und siehe da - es läßt sich durchaus unter den Röcken der vorhandenen Rechtformen selbstverwaltet leben.

Wie man das zu machen hat, gegen den internen Zoff und vor dem Notar, dafür liefert der Autor eine Vielzahl von praktischen Beispielen.

184 Seiten, DM 16 ISBN 3-922778-08-9

Wer die Karl-May-Leitfäden komplett bestellt, bezahlt nur DM 37.

Der Verlag für sachdienliche Hinweise.
STATTBUCH
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
☎(030) 691 30 94/5



Gremienhocker

Termine

Aktiventreffen in Karlsruhe
Sa 15.02.86, 13.00 Uhr im Dritte Welt Laden, Kronenstr. 4.

Mitgliederversammlung für Bayern
Am 15.02.86 um 11.00 Uhr, der Ort ist bei Hans Jürgen Kühn, Tel. 830644 oder Reinhard Böttger, Tel. 396223 zu erfragen.
Auf der Tagesordnung steht:
1. Wahl des Landesvorstandes
2. Bericht des bisherigen Vorstandes
3. Perspektiven des bayrischen Landesverbandes
4. Vorbereitung auf die Bundesmitgliederversammlung

Veranstaltung in Wiesbaden
über Sinn und Zweck der Ökobank.
Am 13.02.86 um 20.00 Uhr im Cafe Klatsch, Marcobrünnerstr. 9.

Delegiertenratssitzung

2. Sitzung des Delegiertenrates am 11. und 12. Januar 1986 in der ASH-Krebsmühle/Oberursel

Zum zweitenmal trafen sich die Delegierten der Landesverbände und Regionalgruppen zu einer Arbeitssitzung mit dem Vorstand des Vereins. Erstes Fazit: trotz der Verärgerung einiger Delegierter über die Form, in der der Vorstand die Gründung der Vorgenossenschaft durchgeführt hat, konnte weitergeführt werden, was in Nürnberg begonnen wurde, eine unpolemische, sachbezogene, kritische Diskussion der Arbeit des Vorstandes und der weitergehenden politischen Perspektiven des Vereins.

Das Treffen begann mit einem Bericht des Vorstandes, in dem dieser noch einmal den Verlauf der Vorgenossenschaftsgründung und die Intentionen bei der personellen Besetzung dieses Gremiums aus seiner Sicht nachzeichnete.

Für die Mehrheit der Delegierten, das zeigte die anschließende Diskussion, stand nicht die Entscheidung selbst im Mittelpunkt der Kritik, sondern die Informationspolitik des Vorstandes. Es wurde deutlich, daß beide – Vorstand und Delegiertenrat – zu kurz im Amt sind, um schon allen Erwartungen und Anforderungen die in ihre Arbeit gesetzt werden, auch gerecht zu werden. Auf einen Vorschlag aus Baden-Württemberg hin, einigten sich beide Gremien darauf, daß in Zukunft die Bundesgeschäftsstelle die Delegierten mit einem ausführlichen Protokoll der Vorstandssitzungen über alle aktuellen Überlegungen und Diskussionen im Vorstand informieren wird.

Damit müßte für die Zukunft des Vereins sichergestellt sein, daß die Delegierten nicht noch einmal von Entscheidungen des Vorstandes „überrascht" werden.

Anschließend gab Torsten Martin einen Bericht des Aufsichtsrates der Vorgenossenschaft. Insbesondere schilderte er das Procedere für Satzungsänderungen und Erweiterungen des Kreises der Gründergenossen. Die Delegierten stellten es den bisher in der Vorgenossenschaft **nicht** vertretenen Landesverbänden frei, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Der Aufsichtsrat kündigte an, daß er Torsten Martin und – als geschäftsführendes Vorstandsmitglied – Herrn J. in den Vorstand wählen wird. Nach den Vorstellungen des Aufsichtsrates soll Herr J. nach Gründung der Bank die Leitung dieses Instituts übernehmen. Die Wahl des zweiten, die fachliche Voraussetzung zur Führung eines Kreditinstituts nach KWG erfüllende Person will der Aufsichtsrat zum 15. Mai, spätestens aber zum 15. August vornehmen.

Nach einer kurzen Kaffeepause ging der Delegiertenrat an die Realisierung seines in Nürnberg gefaßten Beschlusses, die Diskussion der politischen Perspektive des Vereins zum Hauptthema dieser Sitzung zu machen.

Anhand eines Papiers von Karl Bergmann (siehe den Aufsatz „Bankgründung – und wie weiter?" in dieser Ausgabe), prüften Vorstand und Delgierte in einer über sechsstündigen konzentrierten Diskussion die weiteren Aufgaben und Möglichkeiten des Vereins. Übereinstimmung bestand schließlich darin, daß der Verein den politischen Anspruch, den er öffentlich für die Ökobank reklamiert, nur durchsetzen und kontrollieren kann, wenn er über den Gründungstermin der Bank hinaus aktiv an der Gestaltung einer „Wirtschaft von unten" teilnimmt.

Die Ökobank soll die Bank der Friedensbewegung ebenso werden, wie die Bank der Ökologie- und die Bank der Frauenbewegung. Erfüllen kann sie diese Erwartungen nur, wenn sie Instrument eines neuen wirtschaftlichen Denkens und einer neuen wirtschaftlichen Praxis wird. Denn nur diese Praxis kann der Friedensbewegung „den anderen Umgang mit Geld" garantieren, der Ökologiebewegung das „ökologische Wirtschaften" und der Frauenbewegung den Aufbau „nichtpatriachalischer nichtzentralistischer Strukturen".

Träger dieses neuen wirtschaftlichen Denkens, dieser neuen wirtschaftlichen Praxis zu sein, beansprucht die Selbstverwaltungswirtschaft – man und frau werden sie an diesem Anspruch prüfen. Einverständnis herrschte schließlich auch darüber, daß die Ökobank und damit der Verein, dem gesamten Spektrum der neuen sozialen Bewegung verpflichtet ist und daß das Ziel, einer anderen Form des Wirtschaftens den Weg zu bereiten, nur erreicht werden kann in enger Zusammenarbeit und Kooperation mit den anderen Finanzierungsinstrumenten dieser Bewegung, also mit Netzwerken, Stattwerke, Ökofonds usw. Delegierte und Vorstand kamen überein, die erweiterte Programmatik des Vereins auch im Namen des Vereins sichtbar zu machen.

Sie beschlossen, der nächsten Mitgliederversammlung eine Erweiterung des Namens „Freunde und Förderer der Ökobank" zu empfehlen.

Vorgeschlagen wurde von Karl Bergmann der Zusatz „Gesellschaft für Ökologie und Selbstverwaltung". Weitere Vorschläge sollen bis zur Mitgliederversammlung in den Regionen erarbeitet werden. Um die jetzt notwendige programmatische Arbeit innerhalb des Vereins voranzutreiben, soll eine Art „Programmkommission" eingesetzt werden.

Auch der zweite Sitzungstag zeichnete sich durch ein sachliches Diskussionsklima aus, in dem dann auch für ein so schwieriges Problem wie die Finanzierung der zukünftigen Vereinsarbeit nach Lösungen gesucht und perspektivisch auch gefunden werden konnte.

Die nächste Delegiertenratssitzung – so der Beschluß am Ende dieser Tagung – wird mit der Mitgliederversammlung am 1. und 2. März in Köln zusammengelegt. Zentrales Arbeitsthema dieser Sitzung: Diskussion und Verabschiedung des Werbekonzepts für 86.

Auf die Mitglieder wartet also zum erstenmal eine „Arbeitsversammlung".

DR

Meldung

Frankfurter Rundschau vom 24.12.85:

Förderkreis „Ökobank" kritisiert GGW-Verbot

MÖRFELDEN-WALLDORF. Mit Unverständnis nahm der Förderkreis „Ökobank" Mörfelden-Walldorf das Verbot der Gewerbegemeinschaft Walldorf zur Kenntnis, der mit einem Informationsstand am Walldorfer Weihnachtsmarkt teilnehmen wollte. Darauf weist Jürgen Weißenrieder als Vertreter des Kreises in einem offenen Brief an den Vorstand der Gewerbegemeinschaft hin.

Nicht akzeptiert werden könne von ihm, Weißenrieder, die Begründung, die Ökobank stehe einer politischen Partei nahe und dürfe deshalb nicht mit einem Stand auf dem Markt vertreten sein. Dies bedeute letztlich, daß auch die Gewerbegemeinschaft — entsprechend ihrer Zusammensetzung — als einer politischen Partei nahestehend betrachtet werden müßte. Danach hätte sich dann die Gewerbegemeinschaft selbst vom Markt auszuschließen.

Es wird bekräftigt, daß es sich beim Förderkreis „Ökobank" um eine politisch unabhängige Organisation mit überparteilischem Charakter handelt. An die Gewerbegemeinschaft wird die Bitte gerichtet, bei Teilnahmegenehmigungen für zukünftige Veranstaltungen anders zu verfahren. fein

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Mitgliederversammlung

EINLADUNG
zur
MITGLIEDERVERSAMMLUNG
des Vereins „Freunde und Förderer der Ökobank"

Termin: Sa 1.03.86, 13.00 Uhr
So 2.03.86, 10.00 Uhr
Ort: Jugendherberge
Siegesstraße
5000 Köln-Deutz
(direkt am BHF Köln-Deutz)

Diese Mitgliederversammlung organisiert der Landesverband NRW, um dem Wunsch nach wechselnden Tagungsorten gerecht zu werden. Die Erfahrungen der letzten Mitgliederversammlung im September 85 haben gezeigt, daß ein Tag für die Diskussion nicht ausreicht und durch den Zeitdruck schließlich nur noch die Abstimmungsmaschinerie in Gang gesetzt wird.

Aus diesem Grund und damit auch mal Pausen zum Kennenlernen möglich sind, erstreckt sich diese Mitgliederversammlung über zwei Tage.

Tagesordnungspunkte werden u.a. sein:

TOP 1 **Bericht des Vorstandes** über seine geleistete Arbeit, die Finanzen usw.
TOP 2 **Bericht des Aufsichtsrates der Vorgenossenschaft der Ökobank**
TOP 3 **Perspektiven und Aufgaben des Vereins über die Bankgründung hinaus**
Verdeutlichung der Aufgabenstellung durch eine Namenserweiterung
TOP 4 **Verabschiedung des Werbekonzeptes für 1986**

Organisatorisches
Die **Anmeldung** bitte mit u.s. Coupon bis zum 14. Februar an
Axel Simen
Görrestr. 3
5000 Köln 1
Tel.: 0221/244652 schicken.

Am Samstag ist der Tagungsort erst ab 12.00 Uhr geöffnet.
Die **Kosten** sind im voraus bei Axel Simen zu entrichten (der Anmeldung einen Scheck beifügen).

ANMELDUNG

Name: ..... Adresse: .....
Tel.: .....

Ich nehme an der Mitgliederversammlung teil (8,– DM) und möchte
O Übernachtung und Frühstück (24,– DM)
O Übernachtung, Abendessen, Frühstück und Mittagessen (35,– DM)
O nur Abend- und Mittagessen (20,– DM)

Alle Preise sind incl. der 8,– DM Teilnahmegebühr (für Kaffee usw.)

O privat übernachten (tel. mit Axel absprechen)

Kontaktadressen:

Berlin
Ökobankverein Berlin, c/o Netzwerk, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61, Tel. 030/6913072
Hamburg
Aktion Dritter Weg, Jochen Abeling, Schwanenwik 32, 2000 Hamburg, Tel. 040/223047
Schleswig-Holstein
Ökobankinitiative Schleswig-Holstein, Initiativzentrum, Königsweg 65, 2300 Kiel, Tel. 0431/673997 Do von 10.00 bis 18.00 Uhr
Niedersachsen
Alf Baumhöfer, Netzwerk, Lindenallee 4 , 2900 Oldenburg, Tel. 0441/76636 oder 04486/1565
Uwe Brockmann, Fontanestr. 21, 3000 Hannover, Tel. 0511/8437076
Nordrhein-Westfalen
Verein Freunde und Förderer der Ökobank, Kirchfeldstr. 11, 4000 Düsseldorf, Tel. 0211/313046
Walter Neumann, Lange Str. 30a, 4400 Münster, Tel. 02501/8629
Rolf Bielefeld, Althoffstr. 25, 4600 Dortmund, Tel. 0231/161531
Anke Schlingmann, Karolingerring 49a, 4950 Minden, Tel. 0571/47107
Rheinland-Pfalz
LID, Gerhard Kern, Dörrwiese 4, 5552 Morbach-Merscheid, Tel. 06533/3534
Klaus Wehrend, Jakobstr. 21, 5500 Trier, Tel. 0651/44951
Hessen
Werner Simmen, Friedrich-Ebert-Str. 147, 3500 Kassel, Tel. 0561/777966
Jochen Mende, Hausertorstr. 24, 6330 Wetzlar, Tel. 0641/770053 oder 06441/42894 privat
Hans Joachim Pohl, Heidenreichstr. 21, 6100 Darmstadt
Bayern
Freunde und Förderer der Ökobank, Bismarckstr. 11, 8000 München, Tel. 089/830644
Berthold Söder, Wörderhauptstr. 66, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/537722
Baden-Württemberg
Jos Fritz Buchhandlung, Michael Berger, Wilhelmstr. 17, 7800 Freiburg, Tel. 07668/7672
Ak Ökobank, c/o Korngarbe e.V., Augsburgerstr. 660, 7000 Stuttgart
Christine Allgaier, Brühlstr. 33, 7500 Karlsruhe 41, Tel. 0721/492766
neu:
Axel Birk, Richener Str. 24, 7519 Gemmingen, Tel. 07267/1061

Die Liste der Kontaktadressen ist nicht vollständig. Aus Platzgründen wurden nur einige hier aufgeführt. Weitere Adressen sind bei den Kontaktpersonen oder bei der Bundesgeschäftsstelle, Postfach 5125, 6370 Oberursel 5, Tel. O6171/75030 zu erfahren.

Treugeldstand per 13.01.1986	**3.236.561 DM**
Treugeldgeber	**7.724**
Vereinsmitglieder	**1.924**
Treugeldstand nach Regionen	
Berlin	190.440 DM
Hamburg	137.436 DM
Schleswig-Holstein	102.436 DM
Bremen/Niedersachsen	304.602 DM
Nordrhein-Westfalen	608.943 DM
Rheinland-Pfalz	118.500 DM
Hessen	607.860 DM
Saarland	25.800 DM
Baden-Württemberg	724.403 DM
Bayern	404.360 DM
Ausland	10.897 DM

Europäischer Garantiefonds für Arbeiterproduktivgenossenschaften

Einige Vorschläge zur Gründung

Nach einem europäischen Garantiefonds (FGE) werden Produktivgenossenschaften wesentlich einfacher an die Gelder herankommen, die sie zu ihrer Gründung, Entwicklung und Festigung brauchen. Als ein Beweis europäischer Gemeinsamkeit wird der FGE das Interesse von Finanz- und Politikwelt wecken und bei diesen die Durchsetzung unserer Forderungen erleichtern. Wichtig ist daher, daß sich die der produktivgenossenschaftlichen Bewegung nahestehenden Finanzierungsinstitute zusammenschließen, damit sie dann durch Vereinheitlichung der notwendigen Verfahren gemeinsam agieren können.

Den unterschiedlichen finanzwirtschaftlichen Gegebenheiten eines jeden Landes (und somit des jeweiligen Finanzierungspartners) wird bei diesem Zusammenschluß Rechnung getragen, gemeinsam aber bleiben die

Ziele des FGE:

Mehr Geld für langfristige Investitionskredite
Da der FGE der Europäischen Investitionsbank (Banque Européenne d'Investissement = B.E.I.) mit Garantien haftet, kann diese mehr Geldmittel bereitstellen. Dann können übrigens auch die Kreditbeträge dem jeweiligen Kreditbedarf angeglichen werden, da durch eine FGE-Garantie (Globalgarantie) die Schranke der Mindesthöhe von 25.000 Ecus (ca. DM 33.000) unterlaufen werden kann.

Mehr Geld zur Eigenmittelbevorschussung, d.h. für die Bildung von Eigenkapital bei Produktivgenossenschaften.
Bei Gründung von Genossenschaften oder deren Übernahme nach Konkurs durch die Beschäftigten, ist es oft schwer, das erforderliche Eigenkapital sofort auf die Beine zu stellen.

Auch hier können Gelder von der B.E.I. losgeeist werden, wenn der FGE eine (Kreditbesicherungs-) Garantie stellt.

a) Stärkung der europäischen Produktivgenossenschaftsbewegung durch Überwindung nationaler Hemmnisse (Vorschriften, Auflagen)
b) Zugang zum europäischen Kapitalmarkt, dadurch höhere Rendite = höherer Ertrag (da keine Mindestreserve erforderlich), der den Förderprojekten zugute kommt.
c) Ausbau des Auslandsgeschäftes der jeweiligen Finanzierungspartner, daß u.a. das Wechselkursrisiko abgesichert werden kann.

Jedes Land erhält einen bestimmten Anteil an der Garantiestellung des FGE. Wenn jedoch dieser Anteil ausgeschöpft ist, können aus den Anlageerträgen des FGE-Kapitals zusätzliche 10-20% besichert werden, dies aber nur unter der Voraussetzung, daß ein regionaler und/oder nationaler Fonds gebildet wird, der die auch dann wieder benötigten Garantien stellt.

Als „Hausaufgaben" für die nähere Zukunft gibt es u.a. folgende Themen:

Wie soll der FGE aussehen?
Eine feste, juristisch abgesicherte Einrichtung, mit einem Minimum an Personal zwecks Koordinierung **oder** ein lockerer Zusammenschluß zum Erfahrungsaustausch, der jedoch die Bearbeitung des jeweiligen Geschäftes beim betroffenen Finanzierungspartner beläßt?

Sollen gemeinsame Auswahl- bzw. Kreditvergaberichtlinien erarbeitet werden – die es allerdings bei transnationalen Projekten von Anfang an geben müßte **oder** kann jeder Finanzierungspartner weiterhin nach eigenen Maßstäben beurteilen?

Fortsetzung folgt

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Pressemitteilung

Pressemitteilung der SPD
Gründungsversammlung der Ökobank eG in Frankfurt: Die Neubelebung des Genossenschaftsgedankens erhält Konturen

Nach einer längeren Vorbereitungsphase haben am 18. Dezember 1985 17 Personen die Gründungsversammlung der geplanten bundesweiten Ökobank eG durchgeführt. Hinter der Ökobank eG steht der Versuch, Ökologie und Ökonomie so zusammenzuführen, daß ökologische und selbstverwaltete Projekte besser gefördert werden.

Die Ökobank eG ist eine konsequente Weiterentwicklung der seit einigen Jahren verstärkten Bemühungen, den Genossenschaftsgedanken neu zu beleben, um „anders zu arbeiten und anders zu leben".

Die SPD unterstützt auf den unterschiedlichen Ebenen diese Bestrebungen. Dies geschieht beispielsweise durch die Gründungshilfen in Ländern und Kommunen.

Ziele der beabsichtigten Ökobank sind:
- die Förderung von Genossenschaften auf wirtschaftlichem, sozialpolitischem und kulturellem Gebiet,
- der Förderung selbstverwalteter Betriebe und ökologischer Projekte wird besondere Bedeutung beigemessen,
- die Förderung der gemeinschaftlichen Selbsthilfe und nicht der Gewinnerzielung, so daß Gewinne nach Abzug der Rücklagen für die festgelegten Ziele zu verwenden sind.

Bis zur beabsichtigten Geschäftsübernahme im Januar 1987 ist ein Gründungskapital von 6 Millionen DM erforderlich, von dem bereits mehr als die Hälfte aufgebracht ist.

Wir rufen daher die Sozialdemokraten auf, Mitglied der Ökobank zu werden, um die Verwirklichung dieses einzigartigen Projektes zu ermöglichen.

Hans-Ulrich Klose, MdB
Michael Müller, MdB

Bankgründung – und wie weiter?

Die Weichen zur Gründung der Ökobank sind gestellt. Die 3 - Millionen - Mark - Grenze im Treugeldeingang ist erreicht und überschritten, mindestens einer der künftigen Bankleiter hat sich gefunden, das BAK signalisiert positiv und selbst der BVR wird angesichts der Gründergenossen der Vorgenossenschaft kaum noch Gründe für eine Ablehnung finden. Zusätzlich wurde in Berlin die erste Kreditgarantiegemeinschaft für selbstverwaltete Betriebe gegründet und es steht zu erwarten, daß im Laufe des Jahres 1986 entsprechende Einrichtungen zumindest in allen ‚A-Ländern' gegründet werden können.

Ein gutes Halbzeitergebnis – Halbzeit, wenn man den Beginn der eigentlichen Kampagne für die Ökobank im Herbst 1984 ansetzt, was der Realität wesentlich mehr entspricht als das Datum der Vereinsgründung im März 84.

Man wird sich sicher auf den Lorbeeren nicht ausruhen können, wird im Gegenteil noch ein Gutteil Phantasie und Arbeit in das Aufbringen der restlichen 3 Millionen Märker stecken müssen, zumal die nicht mehr soviel kosten dürfen wie ihre schon vorhandnen Brüder und Schwestern, wg. Finanzenge.

Trotzdem, kann man sagen, ist die Bank eigentlich gelaufen, und es stellt sich die Frage, wie es denn dann weitergeht mit unserem geliebten Verein. Was der in Zukunft zu tun hat, dann nämlich, wenn die Bank gegründet ist und die Organisation des großen Gründungsfestes (hat eigentlich anfangs jemand ernstlich geglaubt, daß wir das schaffen könnten?) abgeschlossen. Zu fördern wird es dann für die Bank hoffentlich nichts mehr geben und die Freundschaft muß man nicht organisieren. ‚Freunde und Förderer' einer Bank sind darüberhinaus sicher auch nicht die geeigneten Personen, wenn es um die Einrichtung der Kreditvergabebeiräte geht und die Beurteilung der Förderwürdigkeit von Projekten und Betrieben vor Ort – ich stelle mir vor, wie mir zumute wäre, wollte ich bei der BFG einen Kredit beantragen und dieser Antrag würde entschieden von den Freunden und Förderern der BFG. ... ist nicht allzuschwierig, sich dies vorzustellen, weils ja de facto so läuft.

Aber mir geht es nicht um Kosmetik. Ich denke in der Tat nicht, daß eine Auflösung des Vereins ansteht, im Gegenteil.

Ich meine, daß es weiterhin eine ganze Menge zu fördern gibt, daß mit Gründung der Ökobank diese Förderung erst richtig losgehen kann und daß es ein sehr reduziertes Verständnis der Aufgabenstellung des Vereins wäre zu glauben, sein Zweck sei mit Bankgründung erfüllt.

Das haben wir alle anfangs gedacht, und es ist sicher einer der positiven Effekte unserer Dauerauseinandersetzungen mit der ‚Szene', daß wir da sehr bald einen umfangreichen Lernprozeß hinter uns bringen mußten.

Was soll eine Bank einsam in der Landschaft? Soll sie warten, bis ringsumher die zarten Pflänzchen selbstverwalteter und ökologischer Ansätze groß genug geworden sind, um mit Krediten bedient zu werden? In der Zwischenzeit die vielen Einlegermillionen an die ‚normale' Wirtschaft vergeben, weil die Bank ja ein Apparat ist, der Geld kostet und ‚sich rechnen' muß? – Daß es das nicht sein kann, ist unmittelbar klar. Dafür lohnt sich die Arbeit nicht und täte mir nachträglich noch mal jede schlaflose Nacht weh, die mich diese Arbeit gekostet hat. Wenn aber dies nicht, das Aufhalten der segensreichen Gießkanne über alles, was da an Alternativem nun mal zufällig kreucht und fleucht, sozusagen Netzwerk und Ökofonds hoch drei, wenn dies nicht – was dann?

Perspektiven entwickeln sich langfristig. Undenkbares wird ganz allmählich machbar. Wer hätte vor 10 Jahren gedacht, daß aus den bescheidenen alternativen Ansätzen tatsächlich ernstzunehmende Betriebe werden könnten? Wer hätte gedacht, daß es die bundesdeutsche Linke zu einer eigenen Tageszeitung bringen könnte? Wer hätte an den Einzug der GRÜNEN in die Parlamente, überhaupt an die Möglichkeit der Gründung einer eigenen Partei geglaubt? Wer hätte gedacht, daß dieses Gesellschaftssystem so schnell und weitgehend in ernsthafte Legitimationsschwierigkeiten kommen könnte? In diesem Prozeß hat sich unser Spielraum vergrössert, haben sich unsere Möglichkeiten für eine positive Umgestaltung erheblich verbessert.

Die Ökobank so verstanden, als weiteres Mittel zur Umgestaltung dieser unserer Gesellschaft, ist eine heiße Kiste. Mit der Ökobank kann wieder ein Stück weiter geträumt werden: der Aufbau einer Wirtschaft von unten ist angesagt.

Eine politische Offensive

Das ist es eigentlich, was in den Auseinandersetzungen um die Ökobank deutlich geworden ist (und weshalb diese Auseinandersetzungen durchaus ihren Sinn hatten): wir mußten uns freimachen von der angeblich ‚realistischen' Betrachtungsweise, die nur das gelten läßt, was existiert und nähern uns der ‚utopistischen', jener ‚typischen Mischung aus Ignoranz und Selbstüberschätzung', ohne die Erwähnenswertes erst gar nicht existieren würde.

Vermutlich hatten und haben sie recht, die vielen Kritiker der Ökobank, wenn sie angesichts der real vorhandenen Projekte und Betriebe bezweifeln, daß der Kreditbedarf für eine eigene Bank ausreicht. Nur gehen wir in unseren Überlegungen ja nicht von dem aus, was existiert, sondern von dem, was existieren soll: das Bild der Ökobank als Entwicklungsbank für eine menschliche, lebenswerte Gesellschaft. Diese Gesellschaft und ihr Wirtschaftssystem in tragfähigen und übertragbaren Ansätzen zu entwickeln ist unsere Aufgabe, dann ist damit der Verein gemeint. Hier haben sich immerhin 2000 Menschen zusammengefunden, die an der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft interessiert sind, und sei es auch vielfach eher passiv, durch die Überweisung von Mitgliedsbeiträgen, ohne die die Arbeit des Vereins aber nicht machbar wäre.

Wir haben in unseren Förderkriterien schon ansatzweise das Bild der Wirtschaft von unten entwikkelt. Forciert gefördert werden danach solche Betriebe, die gemeinschaftlich organisiert sind und ihr Produktivvermögen und ihre Gewinne in Sozialbindung verwenden. Wir haben uns klargemacht, daß genau in dieser sozialen Verpflichtung der Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie aufgehoben wird und daß also in dieser Perspektive von Selbstverwaltung die einzige ernstzunehmende Chance liegt, ökologische Prinzipien langfristig durchzusetzen. Unsere Arbeit wird sinnvoll in dem Maß, wie es uns gelingt, solche Gemeinschaftsbetriebe mit Sozialbindung zu propagieren, sie nach Kräften zu fördern, wo sie vorhanden sind und sie wo möglich gründen zu helfen, wenn die Voraussetzungen für Neugründungen gegeben sind.

Ich spreche von einer politischen Offensive, von Lobbyarbeit für ein sozial verantwortliches Wirtschaften, von der Überzeugungsarbeit in Richtung Parteien, Gewerkschaften, Kirchen usw, die notwendig ist, um die äußeren Bedingungen für solche Betriebe zu verbessern. Aber auch von der unmittelbar praktischen Arbeit vor Ort, der notwendigen ‚Marktanalyse', mit der vorhandener Bedarf nach solchen Betrieben festgestellt werden kann, dem Auskundschaften und Sicherstellen räumlicher Möglichkeiten, dem Aufspüren geeigneter Menschen für diese nachgefragten Tätigkeiten, der Vermittlung und/oder Durchführung von Beratung in der Startphase neuer Betriebe. Ich spreche vom know-how, von Fachkenntnissen, die im selbstverwalteten Bereich dringend gebraucht werden und die so manches Vereinsmitglied besitzt und bisher eben nicht dort einbringt. Ich spreche von einer planvollen und zielgerichteten Aufbauarbeit mit all den Möglichkeiten und Notwendigkeiten, die sich aus einem solchen Ansatz ableiten.

Man mag mich steinigen – aber die 125ste Schreinerei am Ort ist sinnlos und bleibt dies auch dann, wenn sie astrein selbstverwaltet arbeitet. Autonomie ist eine feine Sache, verkehrt sich aber ins Gegenteil, wenn damit in erster Linie der Anspruch abgewehrt wird, die eigene Existenz im gesellschaftlichen Kontext zu begreifen. Kleine Einheiten sind sinnvoll, weil sie dem einzelnen Überschaubarkeit garantieren; wo sich solche kleinen Einheiten aber nicht in funktionierende Netze einbauen wollen, weil darüber logischerweise Verbindlichkeiten entstehen und Kompromisse gemacht werden müssen, verurteilen sie sich zur Bedeutungslosigkeit und werden zum Hemmnis für die Weiterentwicklung der Bewegung, soweit sie sich als politische Offensive begreift. Die zum Exzess vorangetriebene Arbeitsteilung produziert die Entfremdung in der Arbeit, unter der wir alle leiden; andererseits ist Arbeitsteilung gesellschaftlich sinnvoll, sind die Lebensbedürfnisse aller ohne gesellschaftliche Arbeitsteilung nicht abzudecken.

Die autonome, unbeeinflußte Entwicklung alternativer und selbstverwalteter Betriebe war richtig und sinnvoll im allerersten Experimentierstadium, in einer Situation der Marktenge und zunehmenden Konkurrenz untereinander einerseits und der potentiellen gesellschaftlichen Relevanz andererseits ist sie schlicht kontraproduktiv und tendenziell reaktionär. Es ist verdammt wichtig, damit Schluß zu machen und dies bald zu tun, und es wäre fatal, wollte man sich vom Wehgeschrei der Autonomisten von dieser Richtung abbringen lassen.

Fortsetzung nächste Seite

SPD Fachtagung: „Arbeit und Demokratie – in neuen Genossenschaften und Selbstverwaltungswirtschaft"

Gründet Genossenschaften!

Am 18. Januar veranstaltete der Bezirk Westliches Westfalen, der sehr einflußreich in der Bundes-SPD ist, diese großangelegte und gut besuchte Jubelveranstaltung zur Förderung des Genossenschaftsgedankens. Tagungsort war die Europahalle in Castrop-Rauxel, der Stadt in der die „Industrie zwischen Wiesen und Wäldern blüht" (Werbeprospekt der Stadt) und trotzdem 16,4% Arbeitslosigkeit produziert wird.

Erster Redner war H. J. Vogel. Der Fraktionsvorsitzende der SPD vor dem Transparent „Arbeit und Demokratie – in neuen Genossenschaften und Selbstverwaltungswirtschaft" – wer hätte das vorausgeahnt? Nach einer langen Phase der Nichtbeachtung von Genossenschaften sollen diese nun programmatisch aufgewertet werden. Erstaunlich deutlich kritisierte Vogel die Reste der alten Genossenschaftsstrukturen im Sektor der Gemeinwirtschaft (COOP-AG und NEUE HEIMAT). Vorschläge zur konsequenten Förderung der neuen Genossenschaften hatte er nicht zu machen.

NRW-Arbeitsminister Heinemann machte gegenüber Vogel deutlich, daß die Sozialdemokratie den Genossenschafts- und Selbstverwaltungsgedanken nicht als gesamtgesellschaftliche Perspektive sieht. Konkret benannte Heinemann die Konflikte:

- die Gewerkschaften fordern die Einhaltung tariflicher Vereinbarungen im Alternativbetrieb;
- die private Wirtschaft befürwortet Marktverzerrungen durch eine Förderung der Selbstverwaltungswirtschaft;
- es besteht die Gefahr, daß Selbstverwaltungsbetriebe von innen heraus transformiert werden, wenn sie einmal aus den Startschwierigkeiten heraus sind.

Konkretere Förderungsvorschläge fehlten auch bei Heinemann. Die Arbeitsgruppe 1 mit dem bombastischen Titel: „Politische und wirtschaftliche Perspektiven für Genossenschaften und selbstverwaltete Betriebe" war beherrscht von der Diskussion um die Dortmunder COOP-Genossenschaft. Deutlich wurde die kulturelle Distanz der Sozialdemokraten zur Selbstverwaltungsszene; sie können sich oft gar nichts unter diesen Betrieben und Projekten vorstellen. Die Arbeitsgruppe 2 „Konzepte und Erfahrungen von Ausbildungsinitiativen – Föderung, Finanzierung und Beratung" forderte eine Bündelung im undurchschaubaren Dschungel der Förderprogramme für Jugendliche. Mit den herkömmlichen Mitteln (Sozialhilfeempfängerprogramme, EG-Gelder, ABM für Ausbilder/innen) könne der Innovationsgehalt der Ausbildungsinitiativen nicht zum tragen kommen. Die Arbeitsgruppe 4 befaßte sich mit „Konzepten und Erfahrungen von Arbeitslosen- und Belegschaftsinitiativen" und stellte fest, daß es immer noch keine Unterstützungsmaßnahmen für Belegschaftsübernahmen gibt.

Die Abschlußdiskussion spiegelte die Widersprüchlichkeit sozialdemokratischer Selbstverwaltungspolitik: „Oben" stellt die Bundesfraktion hoffnungslose Anträge „zur Förderung genossenschaftlicher Wirtschaftsformen", versprechen Vordenker/innen und Vorsitzende die herausragende Berücksichtigung des Genossenschaftsgedankens in Wirtschafts- und Grundsatzprogrammen. In der „Mitte" zaudern die sozialdemokratisch regierten Länder, wirklich durchschlagende Förderprogramme für alternative Betriebe und Wohnungsbaugenossenschaften aufzulegen. Die Basis „unten" ist noch weit davon entfernt, die Selbstverwaltungskultur zu begreifen und erst recht, sie praktisch zu leben. Deshalb:

Genossinnen und Genossen gründet Genossenschaften!

Hanne Bestvater, Dortmund

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fortsetzung von Seite 9

Reines Wirtschaften?

Ich halte unseren Ansatz nicht für lebensfähig, wenn er beschränkt bleibt auf die betriebliche, die ökonomische Ebene. Es geht um einen Entwurf für ein anderes Leben – und Leben erschöpft sich nun mal nicht in der Arbeit.

Die Stärke der Arbeiterbewegung vor dem Faschismus lag genau darin, nicht beschränkt zu sein auf den Kampf für mehr Lohn und kürzere Arbeitszeiten. In den zahlreichen Sport-, Gesangs- und Taubenzüchtervereinen, in den Theater- und Songgruppen, in den genossenschaftlichen Hilfsreinrichtungen, in den festen Zusammenhängen der Arbeitersiedlungen wurde soziale und kulturelle Identität produziert. Es gab sowas wie eine gemeinsame Moral, Solidarität war mehr als ein Spruch. Wer dazugehörte war in gewisser Weise aufgehoben, eingebettet in ein soziales Gemeinwesen.

Wenn ich mich an meine eigene Politisierung erinnere, an das, was mich damals an der Linken interessiert und fasziniert hat, dann war dies ebenso die Attraktivität der Szene, in der ich mich aufgehoben fand. Also: das Netz der Wohngemeinschaften, die gemeinsamen Feste, die Happenings...

Ich halte von daher die Zersplitterung unserer heutigen Szene, also die Aufspaltung in die Friedensbewegung, die Ökologiebewegung, die Frauenbewegung, die Selbstverwaltung und hier wieder die Aufsplitterung in Bürgerinitiativen und soziale Selbsthilfegruppen, in den kulturellen, den politischen und den ökonomischen Bereich und die Tatsache, daß diese Teile eigentlich ein und desselben Ansatzes so wenig miteinander zu tun haben, für verheerend. Die große Aufgabe besteht darin, die verbindenden Punkte tatsächlich zu verbinden oder zu vernetzen.

Es geht um die Entwicklung einer neuen, sozial bewußten und verantwortlichen Wirtschaft innerhalb der existierenden und es geht gleichzeitig um die Entwicklung einer neuen, sich solidarisch begreifenden und verhaltenden Gesellschaft, die so attraktiv ist, daß es Spaß macht, da einzusteigen. Die Bewegung braucht eine neue Kultur, einen veränderten Umgang mit Geld, ein anderes Sozialverhalten, eine neue Moral ... – und vielleicht sind es Wünsche dieser Art, die den tatsächlich praktizierten Umgang miteinander, nicht zuletzt in unserem Verein, doppelt schmerzhaft machen.

Die real vorhandene Mischung in diesem Verein aus Menschen, die sich in der Friedensbewegung engagieren, aus frauenbewegten Frauen, aus wertkonservativen Ökologen und Selbstverwaltern habe ich immer als eine Chance für die gegenseitige Verständigung begriffen, als Ansatz für die Entwicklung gemeinsamer politischer Perspektiven, und ich sehe überhaupt noch keinen Grund, diese Hoffnung aufzugeben.

Es war ein weiter Weg von der radikalen Ablehung dieses Systems, von der totalen Verweigerung hin zu der Erkenntnis, daß dies unser Land ist und daß es unsere Aufgabe ist, dieses Land nach unserem Willen und nach unseren Überzeugungen umzugestalten. Es war schwierig, den eigenen Fortschrittsglauben zu relativieren, zu begreifen, daß unter Umständen rückwärtsgewandtes, konservatives Denken sehr viel fortschrittlicher sein kann. Es war ein mühsamer Lernprozeß von der Parole 'Wir wollen Alles' zu der Einsicht, daß sich Veränderungen in der Realität nur mühsam und schrittweise verwirklichen lassen. Reale Veränderung, reale Politik machen ist die Kunst, immer bis an die Grenzen dessen zu gehen, was in der gegebenen Situation gerade noch möglich ist. Und die Kunst, diese Grenzen schrittweise zu verschieben, zu erweitern.

Von den Menschen, die eine Ökobank unterstützen, glaube ich annehmen zu können, daß sie sich solcher realen Politik verschrieben haben. Testen wir sie also aus, diese Grenzen. Diskutieren wir die Schritte, die Modelle, mit denen sich die Grenzen verschieben lassen. Praktische Entwürfe sind gefragt, und es gibt genügend selbstverwaltete Betriebe, die sich auf die gemeinsame Diskussion um die Veränderung ihrer Praxis bereit sind einzulassen.

Eine sozial verantwortliche, sozial gebundene Wirtschaft kann im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten sehr Vieles tun in Richtung Ökologie, Einbinden von Randgruppen, Durchsetzen der Ziele der Frauenbewegung. Und sie behält darüberhinaus noch Einiges an Kraft zur Finanzierung politischer Aufgaben und Arbeiten. Es gilt, eine solche sozial gebundene Wirtschaft, die Wirtschaft von unten nach Kräften zu fördern, um darüber den weitergehenden Vorstellungen und Zielen eine gesunde Basis zu verschaffen.

Dieses Denken ist zur Zeit noch nicht sehr weit verbreitet. Zu viele haben resigniert oder sich für die bequemere individuelle Perspektive entschieden. Viele hocken in ihren Löchern, in die sie sich nach dem angeblichen Scheitern der Neuen Linken vergraben haben und haben noch gar nicht mitgekriegt, daß die Ansätze von damals sehr lebendig geblieben sind, daß sie weiterentwickelt wurden, daß es höchste Zeit ist, da wieder einzusteigen, weiterzumachen. Das, was wir zu sagen haben, muß sehr viel deutlicher und lauter gesagt werden, wenn jene Löcher zu neuen Startlöchern werden sollen.

Es gibt verdammt viel zu tun. Schließlich herrscht ja bundesweit nicht gerade eitel Freude angesichts unserer Bewegungen. Die Lobby der Gegner ist stark, und wenn die Entscheidung über die Zukunft eine Geldfrage wäre, könnten wir alle sofort einpacken. Geld regiert die Welt, sagt man, aber zum Glück funktioniert das so bruchlos nicht. Der kalten Welt des Geldes unsere Welt der Freundschaft und Solidarität, der Freude an der Arbeit und am Gefühl der Gemeinschaft entgegenzusetzen – dazu bedarf es einer Lobby, die sich rührt und ihre Ansprüche anmeldet.

Wir sind diese Lobby. Unser Verein ist derzeit die einige bundesweit operierende Organisation, die in Frage kommt, diese Aufgabe zu übernehmen. Mit dem Aufbau der Ökobank haben wir uns die Geldmittel für diese Arbeit bereitgestellt. Jetzt können wir uns auf die Punkte konzentrieren die nicht mit Geld zu bezahlen sind, Energie und Phantasie sind gefragt. Ideen sind gefragt und know-how. 'Klug wie die Schlange', meint ein Freund, müssen wir sein, wenn wir das Unmögliche möglich machen wollen. Ich denke, wir sollten das zumindest probieren.

Den neuen Anspruch, mit dem unser Verein bundesweit auftreten sollte, müßten wir im Namen und in der satzungsmäßigen Zielsetzung des Vereins verankern. Mein Vorschlag ist, den Verein Freunde und Förderer der Ökobank in die **Gesellschaft für Ökologie und Selbstverwaltung** umzubenennen. Mit diesem Namen und einer entsprechend geänderten Zweckbestimmung ist der Verein in der Lage, die Belange der Ökologie und der Selbstverwaltung bundesweit zu vertreten. Es wird sehr viel attraktiver werden, Mitglied in diesem Verein zu sein. Wir werden umgekehrt als Gesprächspartner in Sachen Ökologie und Selbstverwaltung (und eben nicht nur in Sachen Finanzierung) sehr viel ernster genommen werden.

Ich erhoffe mir nachdrücklich, daß mit dem Zeitpunkt einer umfassenden politischen Offensive des neugegründeten Vereins vor allem solche Mitglieder dazukommen, die dies aus politschem Interesse tun, im Klartext: ich erwarte, daß sich so was wie eine Sammlungsbewegung all derer ergibt, die in den verschiedenen Kleinvereinen am selben Ziel arbeiten und daß vor allem die dazustoßen, die auf dem 'langen Marsch durch die Institutionen' in ebendiesen irgendwo hängengeblieben sind und vielfach darauf warten, sich sinnvoll irgendwo beteiligen zu können.

Das wäre doch nett, wenn in Zukunft neben dem Rat der Weisen zu Wirtschaftsfragen auch immer eine Selbstverwaltung abgefragt und veröffentlicht würde. Es wäre nett, wenn in den Meldungen über den Stand der Arbeitslosenzahlen gesagt werden müßte, daß im selben Zeitraum nach Angabe der Gesellschaft für Ökologie und Selbstverwaltung soundsoviele neue Arbeitsplätze im selbstverwalteten Bereich geschaffen werden konnten. Und so weiter. So ungefähr kann ich mir das vorstellen.

Ich denke, daß in Diskussionen z.B. mit Vertretern von Arbeitsloseninitiativen nach Möglichkeit für neue Betriebsgründungen gesucht werden müßte. Ich denke, daß es in den Diskussionen um die Übernahme von Pleitefirmen auf eine Lobby ankommt, die stark genug ist, nicht überhört werden zu können. Ich denke, daß – sollte es wirklich mal zu einem echten wirtschaftlichen Gewicht der Selbstverwaltung kommen – es nicht uninteressant sein wird, was die Gesellschaft für Ökologie und Selbstverwaltung zur Einführung von Entschwefelungsanlagen in Kraftwerken, zur Einführung der Geschwindigkeitsbegrenzung oder zum Sinn und Unsinn von Katalysatoren zu sagen hat. Usw. Es ist nicht allzu schwierig sich vorzustellen, wie Lobbypolitik zu machen ist.

Ganz konkret sind die GRÜNEN soeben dabei, einen Gesetzentwurf zur Förderung der Selbstverwaltungswirtschaft zu diskutieren, in dem es um die Einführung des Begriffs der 'Gemeinschaftsbetriebe mit Sozialbindung' geht und wo entsprechend dem Grad der Sozialbindung Steuererleichterungen und -befreiungen eingeführt werden sollen. Eine sehr interessante Geschichte, nicht nur deswegen, weil die Logik hier akkurat der Förderlogik entspricht, wie wir sie für die Ökobank entwickelt haben. In dem Papier findet sich immer wieder der Hinweis auf die nicht vorhandene nationale Organisation der Selbstverwaltung, mit der das Gesetz konkret ausdiskutiert werden könnte.

Entsprechend konkret sind Ansätze bei der SPD, das Genossenschaftsgesetz zu verändern. Auch hier wäre eine massive Einflußnahme 'der Betroffenen' bzw. deren legitimer Vertreter gewünscht und wünschenswert.

Ich will's dabei belassen. Ich wünsche mir, daß wir die Notwendigkeit einer solchen politischen Offensive (und also der entsprechenden Diskussion im Verein jetzt) ernst nehmen und das Ganze nicht wieder daran scheitert, daß wir uns stundenlang um Geldverteilungsgeschichten prügeln. Der Verein lebt über Spenden und Mitgliedsbeiträge. Nur das, was er da einnimmt, kann er auch wieder ausgeben. Und je attraktiver der Verein sich nach außen präsentiert, desto größer wird das Aufkommen an Spenden und Mitgliedsbeiträgen sein. Ich sehe noch nicht die Mitgliedsgrenze für eine **Gesellschaft für Ökologie und Selbstverwaltung**, auf jeden Fall liegt die nicht bei den jetzt vorhandenen 2.000 Mitgliedern. Ich sehe keinen Grund, warum das nicht absehbar 5000 und mehr Mitglieder werden sollten. Allein die Netzwerke haben zu ihren Glanzzeiten über mehr Mitglieder verfügt. Und die hätten sie nie gekriegt, wenn sie nicht von vornherein als **politische** Institution aufgetreten wären. Die Netzwerke waren am Anfang tatsächlich sowas wie ein politischer Hoffnungsträger. Sie haben ihre Chance nicht genutzt. Jetzt sind wir dran.

Karl Bergmann

Von der Rundfunk- zur Gewerbefreiheit

Zum neuen Landesmediengesetz in Baden-Württemberg

Mit einem Großeinsatz der Polizei am 13.1.86 auf dem Gelände der Grether-Fabrik in Freiburg wurde nach sechs Wochen täglichem Betrieb von Radio Dreyeckland die Hetzjagd auf den Freien Sender wieder aufgenommen. Dabei wurden vier Personen, die sich im Büro der Freiburger Stadtzeitung aufhielten, festgenommen und in Handschellen zur erkennungsdienstlichen Behandlung abgeführt. Außerdem beschlagnahmte die Polizei einige Kassettenrecorder, die sich in dem Büro befanden. Angeblich wurde auch ein Studio des Senders entdeckt, aber die Sendeanlage selbst konnte ein weiteres Mal nicht gefunden werden.

Kurz nachdem die CDU im Alleingang ein Landesmediengesetz verabschiedet hatte, zeigt sich damit ein weiteres Mal, inwieweit das Gerede von „Meinungsvielfalt und Freiheit" erstunken und erlogen ist.

1981 erstellte eine Expertenkommission Neue Medien einen „Kommunikationsatlas Baden-Württemberg". Darin war u.a. zu lesen: 40% der Wohnbevölkerung Baden-Württembergs hat nur eine Zeitung zur Information über Lokales zur Verfügung. Die neuesten Lokalnachrichten werden in einer Auflage von 2,2 Millionen Exemplaren verbreitet. Nur noch 17 Vollredaktionen „machen" diese Meinungen und Informationen. Weiterhin wurde, in dieser Expertise, die von der Landesregierung in Auftrag gegeben wurde, festgestellt, daß in Lokalzeitungen ein Drittel aller Wortmeldungen sich auf Repräsentanten der Gemeinde bzw. der Verwaltung und die Sprecher von Vereinen und sonstigen Organisationen beziehen. Zum kritischen Kommentar wurde ausgeführt, daß nur 2,3 bis 4,6% aller Artikel kritische Bemerkungen aufweisen. Höchstens ein Drittel dieser sehr raren Kritik stammt aus der Feder der Journalisten, die restlichen zwei Drittel aus fremdem Mund. Die ohnehin selten geäußerte Kritik trifft kaum einen, denn sie wird – in etwa der Hälfte aller Fälle kritischer Äußerungen – an Objekten und Zuständen geübt, nicht an Personen oder Organisationen. Ein mißlungener Bau etwa, nicht oder nur äußerst selten muß der Bürgermeister mit Kritik rechnen. Dagegen wird mit Lob nicht gegeizt. In bis zu 10% aller Artikel kommen da kommunale Würden-Träger auf ihre Kosten. Der Informationsstrom fließt von oben nach unten. Offiziöse Verlautbarungen in Form von Presseerklärungen speisen zuallererst die Informationsquellen. In der Untersuchung wird weiter belegt, daß Handel und Industrie in den redaktionellen Ablauf eingreifen, wenn sie dies für angebracht halten. (vergl. zu dieser Expertise: Th. Rombach: Presse und Kommunale Öffentlichkeit in: Kommunalpolitik Baden-Württemberg, Landeszentrale für politische Bildung, S. 176-189)

Diese ermittelte Lokalpresse-Realität steht im krassen Widerspruch zu den Aufgaben der Presse, wie sie im Landespressegesetz im § 3 niedergelegt sind: „Die Presse erfüllt eine öffentliche Aufgabe, wenn sie in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse Nachrichten beschafft und verbreitet, Stellung nimmt, Kritik übt oder auf andere Weise an der Meinungsbildung mitwirkt.

Das Geschäft mit dem Rundfunk

Die Expertenkommission sollte 1981 Grundlagenmaterial für eine Neuordnung der Medienlandschaft liefern. Allerorts wurden mehr Meinungsvielfalt und Bürgerbeteiligung für notwendige Änderungen im Medienrecht ins Feld geführt. Seit dem 1.1.86 ist in Baden-Württemberg auch ein neues Landesmediengesetz rechtskräftig.

Dieses Gesetz regelt einmal die privatwirtschaftliche Nutzung des Rundfunks und liefert auf der anderen Seite die rechtlichen Grundlagen zur intensiven Einführung und Nutzung der „Neuen Informations- und Kommunikationstechnologien". Obwohl für Späth's Wirtschaft und Sozialpolitik die Regelungen für „Rundfunkähnliche Kommunikationsdienste" ein zentraler Punkt im Gesetz sind (vom Kabel bis zum Bigfon), ging die politische Kontroverse fast ausschließlich um den Rundfunk (Radio- und Fernsehen). Allerdings haben es da alle auch mit knallharter CDU-Machtpolitik zu tun. Seien es die Empfehlungen der regierungsamtlichen Expertenkommission, die Kirchen oder Gewerkschaften, der SWF oder SDR, die Opposition im Landtag und draußen; unbeeindruckt drückte die CDU ein Mediengesetz durch, das alle Voraussetzungen schafft, dem CDU-Klientel in Industrie und Großverlagen die Rundfunkfrequenzen zur kommerziellen Ausbeutung zuzuschanzen. Sogenannte Pilotgesetze zur Erprobung lokalen Rundfunks zeigten diesen Weg schon auf. Z.B. ließ die CDU-Regierung in Freiburg den SWF finanziell und juristisch ein Lokalradio verantworten, das mit der konkreten Trägerschaft der örtlichen Monopolzeitung „Badische Zeitung" und ein paar kleinen Zeitungsverlegern dieser Interessensgruppe erste Lokalradio-Gehversuche ermöglichte. Einziges Versuchsziel: Inwieweit läßt sich mit Lokalradios genug Profit über Werbung einspielen. Beispielhaft entstand schon bei diesem Pilotprojekt ein Meinungsdoppelmonopol. Tragischerweise erlaubt jetzt das neue Gesetz dem SWF gar keinen Lokalfunk. Er dürfte einem privaten Sender nur Programme liefern. Der Süddeutsche Rundfunk kündigte als Reaktion auf das Mediengesetz immerhin seine Kooperation mit den südwestdeutschen Zeitungsverlegern im gemeinsamen Lokal-Radio-Versuch Ulm auf. Der SDR will nun nicht mehr als eigener Totengräber mitspielen, bzw. mit den Verlegern kostenlos die eigene Konkurrenz ausbilden. Im Gegensatz zu seinem SWF-Intendantenkollegen Hilf findet der SDR-Intendant Bausch auch noch recht eindeutige Einschätzungen zur Medienpolitik:

„Doch nun ist der Kampf voll entfacht um geschäftliche Konkurrenz, und ich nenne jeden einen Heuchler, der mir erzählen will, daß es bei der Neugestaltung der sogenannten Medienlandschaft um etwas anderes geht als um Geschäfte und Marktanteile und Verteilungskämpfe um die nationalen Werbeaufwendungen in Höhe von rund 15 Milliarden DM jährlich". (Bausch: Zur Medienpolitischen Lage in: Südfunk-Hefte 11/85).

Was sich in der öffentlichen Diskussion immer wieder als Kontroverse zwischen CDU/Großverlegern/Industrie auf der einen Seite und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit der SPD und Gewerkschaften auf der anderen Seite um Pluralismus und Meinungs- und Rundfunkfreiheit darstellt, ist in erster Linie eben ein Kampf um den Werbekuchen. Ohne private Rundfunkkonkurrenz konnten sich die öffentlich-rechtlichen Anstalten bisher eine Milliarde DM davon sichern.

Ein maßgeschneidertes Mediengesetz

Mit dem neuen Mediengesetz hat die CDU diesen Streit erstmal beendet. Der SWF und der SDR werden auf ihrem IST-Zustand praktisch eingefroren. Sie dürfen sich regional kaum und lokal gar nicht weiter entwickeln und in diesen Bereichen keine Werbung betreiben. Dieses Terrain wird mit einer flächendekkenden Rundfunkkette für landesweite Rundfunkanbieter und einem Frequenznetz für Lokalstationen zur privatwirtschaftlichen Nutzung reserviert. Und daß dabei nicht „unbeliebte" Bewerber zum Zug kommen, dafür hat die CDU im Gesetz auch vorgesorgt.

So bestimmt die Landesanstalt für Kommunikation bei mehreren Bewerbern für eine Frequenz, wer zum Zug kommt. Im §18.3 sind Auswahlkriterien genannt: Z.B. die zu erwartende Finanzierbarkeit und die zu erwartende Akzeptanz des Programms eines Bewerbers. Selbstverständlich steht im Gesetz die willkürlich interpretierbare Zulassungsvoraussetzung: „wer die Gewähr dafür bietet, daß er das Programm entsprechend der Zulassung ..... verbreiten wird". Die Landesanstalt für Kommunikation und der Medienbeirat, die künftige Frequenzen vergibt und kontrolliert, ist in der Hand der CDU. So wurde sogar kurzfristig noch der Medienbeirat verändert. Die Verbraucherzentrale fiel raus, dafür bekam der Bundeswehrverband einen Sitz. Als Gegengewicht zum DGB-Sitz bekamen jeweils die DAG, der Christliche Gewerkschaftsbund und der Beamtenbund einen Beiratssitz. Der Bund für Vertriebene bekam einen Sitz, dafür wurde der Schriftstellerverband mit zwei anderen Gruppen auf einen Sitz beschränkt. Schlitzohrig sind auch die Regelungen zur „Sicherung der Meinungsvielfalt".

Einmal wird durch die vorhandenen öffentlich-rechtlichen Programme die im §21 gegebene Meinungsvielfalt vorausgesetzt. Kann in einem Gebiet nur ein Bewerber zugelassen werden, geht dies okay, wenn ein irgendwie gestalteter offener Kanal eingerichtet wird (§22.3). Werbung mit einem Anteil von 20% der täglichen Sendezeit wird erlaubt. Fürs Fernsehen auch Unterbrecherwerbung.

Der SDR hat gegen das Gesetz inzwischen eine einstweilige Anordnung beim Verfassungsgericht erwirkt. Er darf vorläufig sein Stuttgarter Lokalradio weiter ausstrahlen.

Was nun mit freiem Rundfunk?

Freie Radios oder auch nur nichtkommerzielle Radios sieht das Gesetz nicht vor. Auf Frequenzbewerber aus diesem Spektrum kommen nicht nur die eingebauten Gesetzeshürden, sondern auch die finanziell hohen Anforderungen der Post (Senderabnahme, Miete, Richtfunk) und die GEMA (die ja gerade als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft Radio Dreyeckland mit horrenden Gebührenforderungen verfolgt) hinzu. Deshalb ändert sich mit diesem Gesetz auch nichts an der Grundaussage von Radio Dreyeckland: Freies Radio muß erkämpft werden. Eine Lizenz für eine Frequenz und auch ein legalisierter Sendebetrieb wird bei einem Freien Sender immer vom Staat bedroht sein. Nur entschiedener politischer Widerstand vor Ort, wird legale Sendebedingungen erkämpfen und für längerfristigen Erhalt sorgen können. Den Geldsäcken und Meinungsmonopolisten müssen die Frequenzen vor Ort streitig gemacht werden. Immerhin sind jetzt in Heilbronn und Tübingen Initiativen für ein Freies Lokalradio entstanden. Eine zarte kritische Mediendiskussion deutet sich auch in Stuttgart an.

Immerhin offenbaren sich jetzt nach der Verabschiedung des Mediengesetzes die Lizenzbewerber. Und da zeichnen sich vor Ort schnell Meinungsmonopolisten ab.

Würden als Widerspruch zu diesem Gesetzt jetzt mehrere Lokale Freie-Radio-Inis entstehen, würde selbstverständlich landesweit politischer Gegendruck und Handlungsfähigkeit für Freie Radios entstehen. Konkrete Gesetzesvorschriften, Verhandlungen mit Post und GEMA richten sich konkret in der Praxis dann immer noch nach den vorhandenen Kräfteverhältnissen. Und diese sind zu gestalten.

Rund 11000 Menschen aus Freiburg und Umgebung haben in einer Unterschriftenkampagne Ende 1985 eine Frequenz für RDL und ein Ende der Kriminalisierung gefordert. Seit dem 17. Nov. 1985 strahlt RDL aus Freiburg kontinuierlich ein Sechs-Stunden-Rundfunk-Programm aus. In der BRD wohl ein toller Freier-Radio-Rekord! Trotz juristischer Bedrohung (drei Schöffengerichtsprozesse stehen schon an), brutalen Polizeieinsätzen und enormen Zeit-, Geld und Arbeitseinsätzen machen hunderte aus dem politisch aktiven Spektrum der Region konkret Freies Radio. RDL ist in Freiburg politische Realität. Mit dem bestehenden politischen Druck und der Unterstützung wird der Freundeskreis Radio Dreyeckland e.V. auch den Kampf um eine Lizenz für Radio Dreyeckland in Freiburg führen. Trotz des momentanen Sendebetriebes kann sich das Freie Radio durch die Verfolgung nur beschränkt weiterentwickeln. Offener Zugang zum Sender, offenes Telefon im Live-Betrieb u.a. lassen sich mit polizeilicher Verfolgung nicht umsetzen. Trotz anderer Probleme würde ein legalisierter Sendebetrieb erst weitere Entwicklungsschritte zum Freien Rundfunk ermöglichen.

Karlheinz Grieger

Wilfried Heidt

Die Perspektiven einer anderen Republik

Die gesellschaftliche Gesamtentwicklung

Zurück zum Kern der Sache: Es ist heute für die Lösung aller Probleme, vor allem auch für die großen und jedermann gleichermaßen bedrängenden (wie Arbeitslosigkeit, Rüstungswettlauf, Umweltzerstörung usw.), von ganz entscheidender Bedeutung, daß die Bürger ein Mittel und eine Methode in die Hand bekommen, durch welche die Gesamtvernunft und der Mehrheitswille in der Gesellschaft an konkreten Sachfragen sich dadurch ausdrücken können, daß erstens für jeden einzelnen optimale Bedingungen geschaffen werden, durch alternative Information und kontroverse Diskussion über die jeweiligen Sachthemen (insbesondere auch in den Massenmedien) sich ein differenziertes Urteil zu bilden und zweitens die abstimmungsberechtigte Bevölkerung schließlich auch in eigener Verantwortung beschließen kann, was geschehen soll. *Die direkte Demokratie ist schon eine unabdingbare Notwendigkeit, die sich ein Volk erkämpfen muß, wenn es insbesondere die lebensentscheidenden Fragen seines Schicksals in die eigenen Hände nehmen will.*

Freilich muß noch ein anderes Element von ebenso grundsätzlicher Bedeutung hinzutreten, ein Element, durch welches dann auch alle ernsten wie insbesondere alle heuchlerischen Einwände gegen die direkte oder plebiszitäre Demokratie entkräftet sind. Direkte Demokratie ohne – wie bereits angedeutet – freie und gleichberechtigte Möglichkeiten der Information über die abzustimmenden Alternativen in den Massenmedien (Radio/Fernsehen/Massenpresse) wäre in der Tat bedroht durch die dann große Gefahr der manipulativen Beeinflussung des Urteils der Bevölkerung. Daher gilt: *Ohne die freie und gleichberechtigte Information keine verantwortbare direkte Demokratie, ohne direkte Demokratie keine konkreten Konsequenzen für die politische Urteilsrichtung der Betroffenen.*

Es gehört in unseren Augen zu den vordringlichsten Aufgaben einer wahrhaft alternativen Partei, sobald sie ins Parlament gewählt ist, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der diese beiden Elemente in ihrer wechselseitigen Bedingtheit in den Rang eines neuen demokratischen Grundrechtes erhebt. Es würde diese Initiative ein Prüfstein sein für die anderen Parteien, wie ernst sie es meinen mit ihren Parolen wie „mehr Demokratie wagen" und „Souverän ist der Wähler".

Aber werden die heute Herrschenden den grundlegenden Wandel, der ja auch eine völlige Veränderung der Machtverhältnisse in Staat und Wirtschaft bedeuten wird, akzeptieren, wenn in die Mehrheit will? Viele denken an diese Frage mit großer Sorge. Wird man nicht, wie bisher immer in der Geschichte, versuchen, die Heraufkunft des Neuen mit Gewalt zu unterdrücken? Ist doch Gewalt und Unterdrückung seit eh und je das Geschäft der Mächtigen – auch in diesen unseren angeblich so demokratischen Zeiten. Trotzdem: Es gibt keine Alternative zum Prinzip des gewaltfreien Kampfes.

Obwohl auch hierzulande wegen mangelnder Gesprächsbereitschaft der führenden Kreise die Tendenz zu immer härteren Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen politisch-gesellschaftlichen Standpunkten, Interessen und Kräften wächst, darf man die Hoffnung nie aufgeben, daß der Appell zu aktiver Toleranz auf allen Seiten noch Gehör findet.

Wenn wir verhindern wollen, daß es zu einer fortschreitenden Chaotisierung der Verhältnisse und vielleicht schon bald wieder zum Ruf nach dem „starken Mann" und zu einem neuen Totalitarismus kommt, dann müssen wir jetzt auf allen Seiten die Fähigkeit entwickeln, einen neuen Stil des öffentlichen Umgangs miteinander zu pflegen, d.h. uns gegenseitig zuzuhören. Auch wenn das nicht auf Anhieb klappt – wir müssen uns in dieser Richtung beharrlich bemühen. Die große Chance, die darin liegt, wird jedoch nur zum Tragen kommen, wenn im Dialog die volle Gleichberechtigung der Partner gewahrt ist. Nur der *machtfreie Dialog* in diesem Sinne wird uns weiterhelfen.

An der Tatsache, daß z.B. die Massenmedien, fest in der Hand der Etablierten, den Bürgern bisher keine auch nur annähernd realistische Möglichkeit zur gesellschaftlichen Selbstbesinnung und Kommunikation einräumen, sondern ganz im Gegenteil die Mächtigen in Wirtschaft und Politik alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel (des Geldes und der Medien) benutzen, um zu verhindern, daß die Bürger selbst zu einer freien Darstellung und zu einem freien Austausch ihrer wirklichen Interessen, ihrer Fragen, Probleme, Nöte, Ängste und Hoffnungen kommen, läßt sich ablesen, wie weit wir noch entfernt sind von einer DIALOGISCHEN DEMOKRATIE.

Dennoch: Wir müssen offen, ehrlich und wahrhaftig – ohne „falsch Zeugnis wider unseren Nächsten" – miteinander sprechen. Wir erwarten von den Repräsentanten und Verteidigern des Bestehenden Argumente, warum sie meinen, trotz wachsender Probleme und Schwierigkeiten im Prinzip an der bisherigen Politik festhalten zu müssen, zu sollen, zu wollen. Wir erwarten ihre ARGUMENTE zu oder auch gegen unsere Alternativen – nicht die bekannten demagogischen Diskriminierungen (grün/alternativ = Chaos = Gewalt = kein Verhältnis zur Demokratie = kommunistisch usw.). Und wir erwarten ihre Bereitschaft zum *gleichberechtigten Gespräch* – insbesondere auch auf dem Forum der Massenmedien. Wir schließen eine Verständigung mit ihnen nicht a priori und prinzipiell aus. Auch wenn wir klar und nüchtern die Interessengegensätze sehen: Jeder Mensch ist ein des Sinnenwandels fähiges Wesen! Letztlich kann doch nur aus wechselseitigem – sozialem – Vertrauen für die Zukunft etwas Fruchtbares entstehen. Wir sagen dies nicht aus blauäugiger Naivität, sondern wir wissen, daß dies nicht leicht fällt. Doch wir werden uns trotz aller berechtigten Empörung und trotz unseres gewiß notwendigen Protestes und Widerstands gegen die zerstörerischen Mechanismen des herrschenden Systems stets darum bemühen.

Wilfried Heidt

Die Serie wird hiermit abgebrochen. Der Teil *Ziele des Wandels* mit den folgenden Darstellungen der Alternativen für das *wirtschaftliche* Leben, das *staatlich-politische* Leben und das *kulturelle* Leben entfallen damit vorerst, ebenso die Praxisfelder *Unternehmensverband der Aktion Dritter Weg* und *Aktion Volksentscheid* sowie ein zusammenfassender Schluß.

Anfragen und Bestellungen:
Aktion Dritter Weg e.V.
Jochen Abeling
Schwanenwik 32
2000 Hamburg 76

11.-13.4.1986 in Frankfurt/M. (FHS)

Bildungstag

Die Idee, einen Bildungstag zu machen, ist sicherlich auf dem Hintergrund der Gesundheitstage zu sehen.

„Als ich vor 1 1/2 Jahren im Rundbrief des von mir mitverantworteten Forschungsprojekts Soziale Innovation neben 20 weiteren ... auch einen Bildungstag vorschlug, hatte dies Gründe, die fortwirkend aktuell geblieben sind. Nicht wissen konnte ich, daß dieser Vorschlag bei weitem das meiste Feed-Back erhalten würde, in evangelischen und ökologischen Kreisen, wie auch in der „Widersprüche"-Redaktion und im Sozialistischen Büro diskutiert, und schließlich konkret geplant ..." schreibt Rolf Schwendter in der Vorbereitungsbroschüre zum Bildungstag 86.

In der Zwischenzeit fanden einige Vorbereitungstreffen statt, auf denen die jetzige Struktur, nicht ohne Konflikte, herausgearbeitet wurde.
Die Notwendigkeit, jetzt einen Bildungstag zu machen, wird so gesehen:

Im Pädagogischen Alltag wird mit Phantasie und Energie gearbeitet. Es gibt aber einen Mangel an Diskussionen zwischen verschiedenen Praxisfeldern und Projekten. Die Utopien eines freien, selbstbestimmten Lernens haben im Alltag an Attraktion und Klarheit verloren.
Auf dem Bildungstag wird es darum gehen, Versuche zur theoretischen Standortbestimmung in unserer aktuellen Situation zu unternehmen.

Als Problemfelder dienen dazu:
- Die Strukturkrise: was bedeutet Bildung angesichts der tiefgreifenden Veränderungen, insbes. wenn wir die neuen Technologien betrachten,
- Kulturelle Modernisierung: womit die Veränderung des gesamten Reproduktionsbereichs gemeint ist
- Subjektivität: also unser „individueller" Anteil: welche Bildung wollen **wir**?
  Was verstehen **wir** unter selbstbestimmtem Lernen? Mit diesem Fragen wollen wir unseren Blick auf die Neuformulierung eines utopischen Begriffs von Selbstentfaltung richten, und auch nach Maßstäben suchen, die für die alltägliche Arbeit Orientierung geben können, ohne, daß wir daran zerbrechen.

Zur Notwendigkeit, selbst einen Bildungstag zu machen, gehört auch wohl die Kenntnis davon, daß konservative Bildungspolitik über einfache anti-sozialdemokratische und anti-sozialistische Polemik weit hinausgegangen ist. Sie ist lernfähig und auch bereit, mit „alternativen Projekten" im Bildungsbereich zu kooperieren – wenn es in ihrem Sinne „sinnvoll" ist.

Lange Zeit sind die Diskussionsfäden zwischen den „Bildungsinteressierten" abgerissen und Kontakte verlorengegangen ... Somit wird der Bildungstag auch sowas wie eine „Spurensicherung" sein, um nicht automatisch auf alte Begriffe unkritisch zurückzugreifen.

Das vorläufige Programm sieht so aus:

Bildungstag '86

Programm (vorläufig)

Freitag. 11. 4. 1986

Eröffnungsveranstaltung:

„Strukturkrise, kulturelle Modernisierung und Subjektivität"

Samstag, 12. 4. 1986

Forumsveranstaltungen und Arbeitsgruppen zu folgenden Themenbereichen:

1. **Bildungsprozesse im Zeichen von Erwerbslosigkeit**
2. **Ende der Bildung durch neue Technologien?**
3. **Antipädagogik/Alternativpädagogik/Institutionelle Bildung – Grenzen von Bildungsprozessen**
4. **Integration und Ausgrenzung im Bildungsbereich**
5. **Geschlechterverhältnis in der Bildung**
6. **Politische Bildung als Selbsterfahrung**
7. **Alphabetisierung Erwachsener**
8. **Geschichte: Lehren und Lernen**
9. **Pädagogik der Lernorte**

Abends: Fest

Sonntag,13. 4. 1986

Abschlußveranstaltung:
Bildungspolitische Perspektiven

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Im Forum 7 möchte die Hamburger Erwachsenenbildung (HEB) zu einer intensiven Beschäftigung mit dem Thema Erwachsenenalphabetisierung einladen:

Erwachsenenalphabetisierung
Informationen zum Bildungstag 1986
Lesen und Schreiben können ist keine Selbstverständlichkeit.
Seit wenigen Jahren dringt es an die Öffentlichkeit: In unserem „Sozialstaat" leben mindestens 1 Million Bundesbürger, die nicht oder kaum lesen und schreiben können.
Lese- und Schreibunkundige haben wegen ihrer Defizite oft Verachtung erlebt und versteckten aus diesem Grunde ihre Unkenntnisse. Da niemand sich das Lesen und Schreiben selbst beibringen kann, ist parteiliche Hilfe notwendig. Parteiliche Hilfe – engagierte Alphabetisierung – heißt: den Kreislauf von sozio-ökonomischer und sozio-kultureller Benachteiligung zu durchbrechen und dieses mit Mitteln, die eine tatsächliche Verbesserung der Situation zur Folge haben. Es geht nicht um eine **funktionale** Vermittlung von Kulturtechniken, sondern um die Erweiterung der Handlungskompetenzen – auch lesend und schreibend. Es geht nicht um eine Zweitauflage von Schule, sondern um lebensorientierte Themen, wobei der unmittelbare Praxisbezug und die Interessen der Analphabeten im Mittelpunkt stehen müssen. Wie dieses in der konkreten Arbeit aussehen kann, das wird ein Thema des Forums „Erwachsenenalphabetisierung" sein. Bekanntlicherweise gibt es in der Alphabetisierungsarbeit eine Tendenz, die meint, lesen und schreiben zu lernen sei eine neutrale Kulturtechnik, und es gibt eine andere Tendenz, die sagt, daß es um eine parteiliche Alphabetisierung gehen muß. Wir hoffen, daß es zu einer Diskussion über Theorie und Praxis mit unterschiedlichen Gesichtspunkten auf diesem Forum kommen wird.
Kontaktadresse:
Hamburger Erwachsenenbildung, Fruchtallee 7, 2000 Hamburg 20
AG SPAK (Arbeitskreis Pädagogik Paulo Freire), Kistlerstr. 1, 8000 München 90.

Vorbereitungsmaterial:
- Bildungstag 86 – Gedanken, Thesen, Entwürfe, Vorschläge – gibt es kostenlos
- Der Vorbereitungsreader kostet 10,-DM

Bezug und Kontakt:
SB, Postfach 102062, 6050 Offenbach 2

Spenden zur Finanzierung des Bildungstags sind höchst erwünscht: Kto: AFP – AB zur Förderung d. polit. Bildung e.V. PSch: FFM Nr. 16830 – 607 – Vermerk: Spende Bildg. Tag

- Interessant können auch die Thesen zu einer „grün-alternativen Bildungskonzeption" vom AK „bewußt päd" im Rundbrief des „AK Freire" c/o AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8 München 90 sein (bitte 1,00 DM in Briefm. beilegen)

Mitmach-Interesse zu den Foren und Arbeitsgruppen können an die AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8000 München 90 gerichtetet werden.

Donata v. Sigsfeld

Analphabetismus und politische Alphabetisierung – Nach Freire im Spiegel weltweiter Abhängigkeitsverhältnisse

„Wie ich im Laufe meines Studienaufenthaltes in Ecuador und der Untersuchung zur ecuadorianischen Alphabetisierungskampagne, als auch im Rahmen meiner muttersprachlichen Alphabetisierungsarbeit mit spanischen Gastarbeitern in Bielefeld feststellen konnte, stellt der Analphabetismus nicht nur eine individuelle Benachteiligung, sondern ebenfalls eine internationale Beeinträchtigung im internationalen Zusammenhang dar." (Donata v. Sigsfeld)

Die Autorin geht in dieser Arbeit auf die Tatsache ein, daß das Analphabetentum nicht länger trauriges Vorrecht der Entwicklungsländer ist. Die Landkarte des Analphabetismus ist vielmehr deckungsgleich mit der der Armut.

AUS DEM INHALT:
- Analphabetismus – ein internationales Problem – Hierarchische Verteilung/Das Bildungswesen als (Re)produzent hierarchischer Bildungsstrukturen/....
- Befreiende Erziehung und politische Alphabetisierung nach Paulo Freire – Die Dritte Welt in der Ersten Welt/Zum Zusammenhang von Erziehung und Gesellschaft/Freires Bewußtseinsmodell/....
- Die nationale Alphabetisierungskampagne in Ecuador – Sozio-politische sowie -ökonomische Situation in Ecuador/Zielsetzung, Organisation und Einschätzung der Kampagne/....

DIESE MATERIALMAPPE IST NICHT ÜBER DEN BUCHHANDEL ERHÄLTLICH.

Materialmappe Nr. XIX/85, DM 5,–, 225 Seiten (verkleinert)

Bestellungen an:
AG SPAK (Arbeitsgemeinschaft sozialpolit. Arbeitskreise)
Kistlerstraße 1, 8000 München 90

SCHWARZER FADEN
Vierteljahresschrift für außerparlamentarische Opposition

Der »Schwarze Faden« soll ein Diskussionsforum all derjenigen aktuellen Entwicklungen, Analyseansätze und Theoriebeiträge sein, die auf eine freie Gesellschaft zielen ohne sich der Institutionen und Strukturen des Systems zu bedienen.
Inhalt von Nr. 19 (3/85), 64 Seiten:

Thesen zum libertären Kommunalismus
von Murray Bookchin

★ **Was bleibt ...** – kritische Gedanken zur Subkultur: Punk oder Ökobank? von Wolfgang Haug.
★ **Anarchismus und Mystik** – gegen den regressiven Gebrauch eines neuen Naturverständnisses von Gerhard Kern.
★ **Unruhen im eurosozialistischen Griechenland** – Eine Chronologie der Straßenkämpfe, eine Einschätzung der PASOK seitens des A-Zeitungs-Kollektivs Arena aus Athen.
★ **Raus aus der NATO?** – über die Rückzugsgefechte der Friedensbewegung.
★ **Frauenpolitik der FAUD 1919–1933** – über den Umgang mit einer organisatorischen Minderheitsposition von Ulrich Klan.
★ **»Liebe und Anarchie«** – Filmbesprechung von Jörg Auberg
★ **Im Inneren des Hais** – 2. Bericht von einer Reise zu Genossen in irischen Knästen von Winand Ehls.
★ Außerdem: BTX, Toffler-Diskussion, Einstellung der Zeitschrift »Anschläge«, Carl Einstein, Rezensionen, A-Szene.

Einzelnummer: DM 5,–
Abonnement: DM 15,–/ 4 Nummern
Probehefte nur gegen Rückporto
Postscheckkonto Stgt, F. Kamann
Kontonummer: 57463–703
Redaktion Schwarzer Faden
Postfach
7031 Grafenau-1

Notizen aus der Kulturszene

Meldungen aus Baden-Württemberg

Politisches Sperrfeuer gegen eine Förderung der soziokulturellen Zentren kommt von Dr.Scheuer, einem Hinterbänkler der CDU-Landtagsfraktion. Er hat termingerecht zum Landtagshearing eine 14-seitige „Dokumentation" vorgelegt, die die These belegen soll, es handle sich bei den soziokulturellen Zentren um „kommunistische Kampfgemeinschaften", die die „kommunistische Revolution" vorbereiten wollen. Zu seinem sensationellen Ergebnis kommt Dr.Scheuer vor allem durch eine ausführliche Analyse der Club-Voltaire-Zeitung, die über die Hälfte seiner „Dokumentation" umfaßt.

Einen besonderen Stellenwert hat übrigens der in der Nr5/Mai 1985 abgedruckte Aufsatz von Andre Breton und Diego Rivera „Für eine unabhängige revolutionäre Kunst", der 1938 entstand und eigentlich von Trotzki stammt. Als sehr verdächtig wird von Dr.Scheuer auch die Berufung des Club Voltaire auf den Widerstand der Geschwister Scholl oder unser solidarisches Interesse an der Situation der Indianer in den USA bewertet.

Die 14-seitige „Dokumentation" über „Soziokulturelle Zentren – Wer sind sie? Was wollen sie?" ist zu beziehen bei:
Dr.Gerhart Scheuer, Schlittweg 25, 6905 Schriesheim, Tel. 06203/61511 oder Haus des Landtags, 7000 Stuttgart

Waltraud Ulshöfer MdL (Grüne) hat in einem offenen Brief die „Dokumentation" von Dr.Scheuer ironisiert und ihren Verfasser für „das schwarze Landesverdienstkreuz für verhinderte Kommunisten-Spürnasen" vorgeschlagen.

Die landespolitische Diskussion über die Anerkennung der soziokulturellen Zentren fand in einem 8-stündigen Hearing des Landtags von Baden-Württemberg am 24.10.1985 in Stuttgart ihren vorläufigen Höhepunkt. Das Protokoll des Hearings, das jetzt herausgekommen ist, umfaßt beachtliche 201 Seiten. Ob sich künftig für die sehr aktiven, aber von öffentlicher Forderung meist ausgeschlossenen Kultureinrichtungen etwas ändern wird, ist trotz des Hearings voch völlig offen.

Wer sich für die Ergebnisse des Hearings interessiert, kann das 201 Seiten-Protokoll bei folgender Adresse kostenlos bestellen:
Landtag von Baden-Württemberg
Landtagsverwaltung
Konrad-Adenauer-Str. 3
7000 Stuttgart

Ein Bericht von der Tübinger Wochenendtagung zum Thema:

Kulturarbeit und Ästhetik

Die Tübinger Wochenendtagung, die im Oktober 1985 stattfand, markiert eine neue Phase im Kampf alternativer Kultureinrichtungen um öffentliche Anerkennung und Mittel. Nach hart erarbeiteten Erfolgen auf kommunaler Ebene wird die Diskussion um einen neuen, erweiterten Kulturbegriff nun verstärkt auch auf Landes- und Bundesebene geführt. Die Kulturzentren und Initiativen sind dabei massiven Angriffen konservativer Kulturideologen ausgesetzt, die die Pfründe der hochsubventionierten Elitekultur verteidigen und den kulturellen Wert der alternativen Praxis bestreiten. Wie Eckard Holler (Tübingen) im Einleitungsreferat erläuterte, ist der äußere Zwang zur Profilierung nicht der einzige Grund für das Interesse der alternativen Kulturarbeiter am Themenkomplex Ästhetik/Kulturtheorie. Auch weil nach innen hin (z.B. bei der Veranstaltungsplanung und Nachwuchsförderung) anspruchsvoller gearbeitet werden soll, werden ästhetische Qualitätskriterien relevant. Wieweit eine „alternative Ästhetik" ausführbar ist und wie sie kulturtheoretisch fundiert werden kann (Holler erteilte gleich zu Anfang der Kritischen Theorie und ihrem „elitären Kunstbegriff" eine Absage), war die zentrale Frage der Tagung, an der auf Einladung des Club Voltaire, der LAKS Baden-Württemberg und der Gesellschaft für politische Ökologie rund fünfzig Kulturarbeiter, Kulturpolitiker und Wissenschaftler aus Baden-Württemberg, dem Bundesgebiet und Westberlin teilnahmen.

Dieter Kramer (Marburg) steckte in seinem Beitrag das Feld der Diskussion um die „künstlerische Qualität" ab. Er wandte sich sowohl gegen den bürgerlichen Agnostizismus, der ästhetische Qualität zur individuellen „Geschmackssache" erklärt, wie auch gegen Versuche, die Qualität künstlerischer Produkte in außerästhetische Kategorien (z. B. politische) aufzulösen. Kramer warnte weiter davor, in der Auseinandersetzung mit der offiziellen Kulturpolitik auf „kulturellen Pluralismus" abzuheben und sich mit einem „Homeland" für die alternative Kultur abspeisen zu lassen. Er insistierte auf einer Kulturtheorie, welche die Gesamtheit der Gesellschaft und „relative Einheit der Kultur" in den Blick nimmt.

In didaktisch vorbildlicher Weise referierte anschließend Karin Priester (Münster) über die Kulturkonzeption Antonio Gramscis. Gramscis bekannte These, daß sich der westeuropäische Kapitalismus nur überwinden läßt, wenn zuvor im mühsamen „Stellungskrieg" die „kulturelle Hegemonie" errungen ist, verleiht der Arbeit der soziokulturellen Zentren eine eminent politische Bedeutung. Priester hob Gramscis Festhalten am Leninismus hervor und wandte sich gegen die Vereinnahmung seiner Ideen durch die Sozialdemokratie (s. Glotz auf der Volksuni Westberlin und dem Gramsci/Luxemburg Kongreß in Hamburg).

Während es Karin Priester mit Gramsci noch einigermaßen gelang, Bezüge zur Praxis der alternativen Kultureinrichtungen herzustellen, waren die beiden folgenden Beiträge von Klaus Scherpe (Berlin) und Karl-Heinz Götze (Bremen/Nizza) über die „Ästhetik des Widerstands" von Peter Weiss diesbezüglich äußerst hermetisch. Beide Referenten mochten den Roman nicht vorschnell für praktische Fragestellungen ausgeschlachtet sehen und weigerten sich, die „Ästhetik des Widerstands" auf ein Strategiepapier linker Kulturpraxis zu reduzieren. Peter Schmandt (Tübingen), der am Abend mit einer Arbeitsgruppe von Kunststudenten anhand von Lichtbildern Peter Weiss Interpretation des „Floß der Medusa" erläuterte, sah in dieser Haltung die Gefahr, daß Peter Weiss als eine Art „Goethe des Argument-Verlags" aufs Piedestal gehoben und die wünschenswerte „respektlose Auseinandersetzung" erschwert wird.

Dieter Dehm-Lerryn (Frankfurt) beklagte in mehreren Thesen die Distanz der Linken zur populären Unterhaltungskunst und plädierte für eine neue „Populärästhetik", die freilich zu unterscheiden sei von einem opportunistischen Populismus. In der sich anschließenden Diskussion trat der Dissens klar hervor, der sich bereits bei den Weiss-Vorträgen angedeutet hatte und die Frage betrifft, welche Bedeutung der Volkskultur (die bei Weiss weitgehend ausgeklammert ist, aber bei Gramsci eine zentrale Rolle spielt) als Anknüpfungspunkt für eine fortschrittliche Kulturkonzeption zukommt. Besonders die anwesenden Hochschulvertreter versuchten (u.a. mit der These vom „gesunkenen Kulturgut"), die Bedeutung der Volkskultur zu relativieren. Mit dem Togliatti-Zitat „um die bürgerliche Kultur zu zerstören, müssen wir erst einmal auf ihrer Höhe gestanden haben" machte auch Karin Priester deutlich, daß sie in der kritischen Aneignung des bürgerlichen Kulturerbes den primären Anknüpfungspunkt sieht.

Wie vor ihm Dieter Dehm analysierte auch Dieter Herms (Bremen) aktuelles Kulturgeschehen. Am Beispiel eines Gedichts des Chicanopoeten Alurista und Produktionen der San Franciso Mime Troup versuchte Herms, Elemente der „Zweiten Kultur" im Sinne Lenins herauszuarbeiten. Die Brauchbarkeit der „Zwei-Kulturen-Theorie" blieb auf der Tagung umstritten. Vor allem von den Kulturtheoretikern aus dem Umfeld der Sozialdemokratie wurde ihr Wert bezweifelt. Der Begriff der „Zweiten Kultur" sei zu eng für die Komplexität der bürgerlichen Kulturgesellschaft (Lerryn) und verfehlte gerade das Moment der relativen Einheit der Kultur (Kramer).

Mit Interesse erwartet wurde der Beitrag von Joachim Lux vom Schauspielhaus Köln. Solange in den öffentlichen Haushalten nicht die Mittel für Kultur allgemein erhöht werden, bedeutet jede Forderung der alternativen Kultureinrichtungen einen Angriff auf den Fördertopf der etablierten Einrichtungen wie Theater und Oper. Lux wich dieser Diskussion jedoch aus und erging sich stattdessen in einer Kritik der freien Theaterarbeit. Ohne die Produktionsbedingungen alternativer Theatergruppen zu würdigen, beklagte er den Mangel an kritischen Experimenten und provokanten Stoffen. „Lust an Veränderung", „Konfliktbereitschaft" und „Selbstkritik" sei vor allem bei den Etablierten zu finden, so seine These.

Zuletzt informierte Thomas Vogel vom Südwestfunk Tübingen über „Die Alternativkultur aus der Sicht des Medienmannes". Wie gering die Resonanz alternativer Kulturarbeit in der Medienszene bislang noch ist, wird daran deutlich, daß von zwanzig eingeladenen Medienleuten nur dieser eine den Weg in den Club Voltaire fand. Vogel wollte dies freilich nicht allein den politischen Vorbehalten zugeschrieben wissen, sondern vermißte bei den alternativen Kultureinrichtungen die „offensive Auseinandersetzung" mit den Medien. Die alternative Kultur lasse „ihre" Rundfunkleute vielfach „im Regen stehen" und verzichte auf die vielen Möglichkeiten der Einflußnahme (von der „organisierten Resonanz" auf bestimmte Sendungen durch Schreibeclubs bis hin zur Wahl der Rundfunkräte), die die etablierte Kultur zu ihrer Absicherung nutze.

Abschließend sei bemerkt: Der Wert der Tübinger Tagung lag nicht darin, daß eine Antwort auf die eingangs gestellte Frage gefunden wurde. Viel mehr als eine Terrainsondierung konnte ernsthaft niemand erwarten. Weitere Veranstaltungen dieser Art sind nötig, bevor es den Kulturpraktikern gelingen kann, zu ihrer Praxis eine schlüssige Theorie zu finden. Die professionellen Kulturtheoretiker, so mein Eindruck, müßten über die Praxis der alternativen Kultureinrichtungen noch viel mehr wissen, bevor sie sie im Licht ihrer Theorien zu interpretieren vermögen. Die Beiträge der Tagung sollen demnächst publiziert werden.

Zu beziehen über:
Club Voltaire e.V.
Haaggasse 26 b
7400 Tübingen

Fritz Fleischer (Berlin/West)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Buchbesprechungen

Gelungener Einstieg

Anders Arbeiten – Selbstverwaltung im Sozialismus

„Wir halten fest an Ideen und Werten, die im krassen Gegensatz zu unserer heutigen Gesellschaft stehen. Wir geben uns nicht zufrieden mit den alternativen Nischen. Wir wagen uns heran an die großen Entwürfe vom besseren Leben in ‚besserer Gesellschaft'". Dies ist die Intention der Ökonomie-Sondernr. der „graswurzelrevolution", einer bemerkenswerten Zeitschrift, die auch heute noch im Zeitalter von Massenanpassung an Konsum- und Wohlstandsterror noch den Ideen einer radikalen Gesellschaftsveränderung verpflichtet ist.

In diesem über 100seitigen Heft werden Analysen des Kapitalismus werden Schlaglichter auf ökonomische und politische Revolution. Thema verspielt?

Ökonomisierung der Ökologie – Ökologisierung der Ökonomie Schwerpunktheft der ÖKO-MITTEILUNGEN

Eine Gesellschaft, die in großem Maßstab Waren erzeugt, umsetzt und verschrottet, stößt rasch an die Grenzen ökologischer ‚Machbarkeit'. Naturzerstörung und Lebensausdünnung sind die unausweichlichen Folgen. Insofern wurden bereits in den 60er Jahren Modelle eines naturverträglichen Wirtschaftens entwikkelt. Jedoch scheint diese Diskussion erst in jüngster Zeit vor dem Hintergrund einer vermehrten Naturzerstörung auch in der alternativ-ökonomischen Szene wahrgenommen zu werden. Das Institut für angewandte Ökologie Freiburg machte es sich zur Aufgabe, diese Diskussion um ökologisches Arbeiten voranzubringen.

Die Dezember-Ausgabe der Öko-Mitteilungen will „den Stand der umweltökologischen Debatte nachzeichnen sowie kritisch erörtern und ihn auf seine Einbindung in der praktischen Umweltpolitik hin untersuchen". Im wesentlichen beziehen sich die Artikel auf technische Aspekte eines ökologisch-ökonomischen Krisenmanagements und lassen deshalb wenig Raum für Entwürfe eines „alternativen Arbeitens". Auch bleibt fraglich, ob die Diskussion um Schadstoffzertifikate und/oder strengere Gesetzgebung, Impulse für eine alternative Ökonomie zu geben vermag. Auch nach diesem Schwerpunktheft bleibt das Thema Ökologisierung der Ökonomie die Grundbedingung für jedes ökonomische Handeln, wollen wir überleben – und das wollen wir.

ÖKO - MITTEILUNGEN, Ökonomisierung der Ökologie – Ökologisierung der Ökonomie, Heft Nr. 5, Dezember 1985, Freiburg, 38 Seiten, DM 4,50, ISBN 0173-7961

Kerstin Schmidt

Wer Bilder liebt

Klaus Novy/Michael Prinz
Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft

Wer sich mit der Geschichte der Alternativbewegung auseinandersetzt, wird nicht um die Selbsthilfeunternehmungen der Arbeiterbewegung herumkommen. Nach nahezu 50 Jahren Vergessenheit erleben die Ideen der Genossenschaften plötzlich wieder lebhaftes Interesse. Kein Wunder, wenn sich immer mehr Autoren um die Aufarbeitung dieses wichtigen und extrem kreativen Abschnitts aktiver Gesellschaftsveränderung kümmern.

So kommt der Text/Bild-Band von Klaus Novy und Michael Prinz, „Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft", genau zur richtigen Zeit. Dieses reich illustrierte Werk ist eine Entdeckungsreise in die Vielfalt von Produktiv- und Konsumgenossenschaften, von ‚alternativen' Versicherungen und Banken, von Buchverlagen und Reiseunternehmen der Zeit vor 1933. Das Buch läßt den Leser aber auch nachvollziehen, wie sich die Genossenschaften, deren Vernetzungsorganisationen zum Teil mehrere Millionen Mitglieder zählten, allmählich dem Zwang der Zentralisierung und Rationalisierung beugen mußten. Das Aus für diese breite gesellschaftliche Bewegung kam dann mit dem Nationalsozialismus, der ohne größeren Widerstand die Genossenschaften in sein System integrieren konnte.

Zwar geht es in dieser chronologischen Darstellung der Geschichte der Selbsthilfeunternehmen von den 1858er Jahren bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges auch um theoretische Aspekte dieser Wirtschaftsform. Vor allem aber soll deutlich gemacht werden, daß Genossenschaften der praktizierte Ausdruck der Werte und Ideale der Arbeiterbewegung darstellen. Die Idee der Genossenschaft stand vielerorts für Gleichberechtigung, Mitsprache, Solidarität und Kampfwillen. Sie erschien vielen damit als Alternative zum vorherrschenden Kapitalismus. Oft spiegelte sich das wirtschaftsreformerische Anliegen auch in einer neuen Ästetik und Lebenskultur wieder, die für viele Städte der Weimarer Republik prägend wurden.

Beim Lesen dieses Bandes fällt die sachlich-beschreibende Darstellung angenehm auf, die nicht auf Heroisierung und Nostalgisierung der damals in die Tat umgesetzten Ideen aus ist, wie so viele andere Bücher über die Arbeiterbewegung, deren Ziele und Aktivitäten im Hinblick auf eine neue sozial und ökologisch ausgerichtete Gesellschaft noch nicht ganz gescheitert sind. Ein weiterer Band über die Gemeinwirtschaft von 1945 bis heute wäre sicherlich eine vielversprechende Weiterführung dieses Bandes.

Klaus Novy/Michael Prinz: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft – Wirtschaftliche Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945, 240 Seiten, 300 Abbildungen, H. H. W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn, DM 30,–, ISBN 3-8012-0111-2

Gunnar Seitz

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Direktkreditvermittlung

Nach einem Blick auf das Sparbuch und der Feststellung, daß sich dort doch ein kleines Vermögen angesammelt hat

oder

vor dem Blick in den Wirtschaftsteil auf der Suche nach einer Anlagemöglichkeit für die Erbschaft

oder den abgelösten Bausparvertrag...

oder den Lottogewinn...

...oder...

sollte sich jede(r) mal kurz überlegen, was mit diesem Geld – in der Regel – geschieht. Über das Engagement von Großbanken oder staatlicher Institutionen (als Herausgeber von Bundesanleihen etc.) bei AKW's, Rüstungsproduktion und anderen kommunalen und industriellen Wahnprojekten braucht wohl nicht viel gesagt werden. Auch die Rolle der Banken auf dem Weltmarkt ist hinreichend durchleutet. Kurz und gut: **Viel Geld für wenig Sinnvolles!**

Darauf sollte ein Nachdenken über mögliche Alternativen folgen:
- zurück zum Sparstrumpf?
- auf Konsumtrip gehen?
- das Geld für nützliche und sinnvolle Dinge – zeitlich befristet – **zur Verfügung** stellen?

Wer sich für die letzte Alternative entscheidet, wird sich nun fragen, was nützlich und sinnvoll ist.

Nützlich und sinnvoll ist sicherlich die politische, soziale und pädagogische Arbeit vieler Initiativgruppen in dieser Stadt.

Nützlich und sinnvoll ist auch die Arbeit **in und von** selbstverwalteten Betrieben. Dort geht es nicht darum, Gewinne zu erwirtschaften, sondern ein selbstbestimmtes Arbeiten zu ermöglichen.

Beide Möglichkeiten konkurrieren nicht miteinander, vielmehr bestehen dort unterschiedliche finanzielle Bedürfnisse. Während erstere auf Zuschüsse/Spenden angewiesen sind, benötigen letztere das Geld für den Kauf von Maschinen, zur Vorfinanzierung bestimmter Aufträge u.ä., d.h. sie brauchen das Geld für einen bestimmten Zeitraum – also als Darlehen.

Dafür können wir nun – als Alternative zum Sparbuch – folgende Variante anbieten: **Kollektivbetriebskredit (KBK)**

Der KBK (Kollektivbetriebskredit) ist ein ganz normaler Kredit, wobei die Laufzeit und der Zinssatz zwischen dem Kreditgeber und dem Kollektiv ausgehandelt wird. Als Richtsatz empfehlen wir die Inflationsrate bzw. bei Krediten mit längeren Laufzeiten die Habenzinsen bei Sparbüchern.

Auf jeden Fall wird die Kreditvermittlung mit einer intensiven Beratung von Darlehensgeber und -nehmer (Kollektiv) verbunden sein. Auch über die notwendigen Sicherheiten muß hierbei geredet werden – als ein zentraler Punkt in der Kreditvermittlung.

Sicherlich sind viele Menschen daran interessiert, Kollektivbetriebe bei der Finanzierung materiell zu unterstützen. Doch das Engagement wird selten so hoch sein, daß die Frage der Rückzahlung nicht gestellt wird. Neben der bereits erwähnten fachlichen Beratung sollen die Sicherheitsübereignung von Maschinen und die selbstschuldnerische Bürgschaft (unabhängig von der Rechtsform) der Kollektivmitglieder angeboten werden.

Die Bürgschaft
Zu Dionys, dem Tyrannen,
schlich Damon,
den Dolch im Gewande:
....

Der nächste Schritt ist dann die Kontaktaufnahme mit der

Kreditvermittlung
STATTwerke
Tel.: 030/611 59 04

Hier werden dann nochmals die einzelnen Varianten durchgehechelt oder -geplauscht. Wenn klar ist, wie das Geld angelegt werden soll, geht es an die Projektkartei, um herauszufinden, wo das Geld angelegt werden soll. Ist auch dort eine Entscheidung gefallen, kommt es zum ersten Kontakt mit dem Kollektiv:

Tel.: .....
oder

Liebes Kollektiv,
ich habe gerade ein paar „Mäuse" übrig und gehört, daß Ihr welche braucht. Von daher. ...

Das Kollektiv wird dann anhand von Wirtschafts- und Investitionsplänen die eigene ökonomische Situation und das Objekt ihrer finanziellen Begierde vorstellen. Dabei sollte weniger die finanzielle „Erstarkung" einiger weniger Kollektive im Vordergrund stehen, als vielmehr eine breite Streuung der eingebrachten Finanzmittel erreicht werden. Doch zurück zu dem angesprochenen Kollektiv, das seine wirtschaftliche Situation vorstellt:

Wirtschaftsplan

Soll	Haben
Alles	Nichts

Wenn es daran nichts auszusetzen gibt, eine Einigung über Zinsen und Laufzeit erzielt wird, steht dem Vertragsabschluß nichts mehr im Wege.

Tja – und dann braucht das Geld nur noch überwiesen werden

oder?

Kreditgeber gesucht!

CAFE-UNTERGRUND
Berlin-Moabit

Finanzierungssumme: 20.000 DM
bereits finanziert: – neu –

Cafe Untergrund ist nicht nur ein Cafe, sondern auch ein Veranstaltungsort für Literatur-, Künstler- und Informationsabende. Im Kollektiv arbeiten 12 Leute – ehemalige politische und soziale Gefangene und andere politisch interessierte Menschen. Durch dieses Cafe soll nicht nur die eigene Existenz einiger Kollektivist/inn/en aufgebaut werden, sondern auch mit anderen Gruppen und Einzelpersönlichkeiten Haftentlassenen Möglichkeiten vielfältiger Art geboten werden.

Mit Veranstaltungen, Seminaren und Ausstellungen soll die Problematik Knast wieder mehr in das Blickfeld der Öffentlichkeit rücken. Dieser Kredit wird zur Umfinanzierung von Privatkrediten verwendet, er wurde bereits von Netzwerk Berlin vorfinanziert und soll nun über Privatkredite abgelöst werden. Als Sicherheiten gelten private Bürgschaften. Die Laufzeit soll 3 Jahre betragen, an Zins kann 3% gezahlt werden.

EUROPÄISCHE COOPERATIVE
Verwaltungsbüro in Berlin

Finanzierungssumme: 100.000 DM
bereits finanziert: 28.000 DM

Es handelt sich um eine Initiative zur gemeinschaftlichen Nutzung von Ferien- und Tagungshäusern in verschiedenen Gegenden Europas.

Das Geld wird für die Übernahme, den Ausbau und die Renovierungsarbeiten des neuen Hauses in Italien benötigt.

Die Darlehen sollen Laufzeiten von 3-5 Jahren haben (ein Jahr tilgungsfrei) und der Zinsrahmen liegt zwischen 4 und 6%. Für die Gesamtsumme wird eine Grundschuld auf ein unbelastetes Haus in Frankreich zugunsten von Stattwerke eingetragen. Stattwerke übernimmt dann gegenüber den einzelnen Darlehensgebern eine selbstschuldnerische Bürgschaft.

SALATBAR
LEBENSWELTEN e.V.

Finanzierungssumme: 50.000 DM
bereits finanziert: 23.000 DM

Lebenswelten, ein Verein zur Förderung von Lebens- und Arbeitszusammenhängen von Psychiatriebetroffenen und sogenannten normalen Menschen, will nun – nach einer Biobäckerei und einem Naturkostladen – ein drittes Projekt (eben ein Salatrestaurant) angehen.

Die Laufzeiten der Darlehen sollten zwischen drei und fünf Jahren liegen, die Zinsforderungen nicht über 4%. Als Sicherheiten werden persönliche Sicherheiten gestellt.

Die finanziellen Mittel werden für den Ausbau der Räume benötigt.

SANDINO-DRÖHNUNG

Das Ökotopia-Projekt, Nicaragua-Kaffee direkt ohne Zwischenhandel zu importieren, ist nun zu einem „Dauerbrenner" in der Kreditvermittlung geworden, da die Berliner Kaffeegenossenschaft, der die Firma Ökotopia angehört, mit „Encafe" in Nicaragua einen Jahresvertrag über die Lieferung von 8x250 Sack Kaffee jährlich und bei Bedarf noch 4x250 Sack als Reserve abschließen konnte. Das bedeutet einerseits, daß die Lieferung des allseits begehrten, hochwertigen Kaffees gesichert werden konnte, andererseits aber auch, daß pro Lieferung ein Kapitalbedarf von 250 000DM entsteht, der durch möglichst viele Privatkredite gedeckt werden sollte.

Der Kaffeepreis an der internationalen Börse ist in den letzten 2 Monaten um ca. ein Drittel gestiegen. Dadurch gehen sowohl die Verbraucherpreise der Kaffekonzerne wie Tschibo usw. als auch von „Sandino-Dröhnung" in die Höhe.

Für uns, die wir den revolutionären Prozeß in Nicaragua unterstützen wollen, kann ein Trost sein, daß das Land damit seine dringend benötigten Deviseneinnahmen, die es zur Hälfte aus dem Kaffee-Export erzielt, kräftig erhöhen kann.

Gesucht werden laufend Kredite mit 6 oder 12 Monaten Laufzeit, die mit 3% verzinst werden.

Suchen und finden

Stellenanzeigen

Wir sind als selbstverwalteter Betrieb Mitglied im Unternehmensverband der Aktion Dritter Weg und produzieren Datenspeichergeräte für Aufgaben in der Steuertechnik. Wir suchen eine(n)

Mitarbeiter(in)
Für den Produktionsbereich

Er/Sie sollte aus den Berufsbereichen Elektromechanik, Nachrichtentechnik, Fernmeldetechnik stammen und Grundkenntnisse in der Elektronik besitzen.

Außerdem suchen wir eine(n)

Mitarbeiter(in)

mit Grundkenntnissen in Aufbau und Funktion von Mikroprozessorschaltungen und im Assemblerprogrammieren (Hochschulabschluß ist nicht Bedingung).

Wenn Sie die entsprechenden fachlichen Voraussetzungen und Interesse an einer Mitarbeit im Sinne einer Alternative zum herkömmlichen Wirtschaftsleben mitbringen, bewerben Sie sich bitte bei:

CCS-Sommer GmbH, Heinrich-Landerer-Str. 54, 7320 Göppingen
Tel.: 07161 – 71051/52

Selbstverwaltetes Unternehmen im Unternehmensverband der Aktion Dritter Weg sucht Mitarbeiter/in für

Verkauf und Akquisition

Kenntnisse der Mikroelektronik sind notwendig.

CCS Mikrotechnik GmbH, Flotowstraße 23, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040/229 58 17

LEUCHTTURM-DRUCKEREI
sucht ab März 86 Nachfolger/innen! Wir haben 2 Rotaprint R 30 S, H. Sixt Kamera (A3), Dr. Böger Duplomat (A2), ein Agfa-Copyrapid-Durchlaufgerät, Schneidemaschine Ideal (Schnittbreite 52 cm) und eine Falzmaschine. Das ist kein Ausverkauf! Es würde uns das (Drucker-)Herz brechen, wenn wir unsere Maschinen einzeln verkaufen müßten! Interessierte, linkshändige Autodidakt/inn/en oder Superdrucker/innen sind heiß begehrt! Meldet Euch!
Leuchtturm-Druckereikollektiv
Sieben-Höfe-Str. 38
7400 Tübingen
Tel.: 07071/76853

ASH-Krebsmühle
Das ASH-Küchenteam sucht eine Hauswirtschafterin mit Berufserfahrung oder Mann/Frau, der/die 5 Tage in der Woche für 80 Personen ein schmackhaftes Essen zubereiten kann.
Bitte melden im Büro (06171) 7 30 19 oder im Cafe bei Renate Rodriguez (06171) 7 34 96

Ausbildungsprojekt in Kassel sucht für die Ausbildung zum(r) Betriebsschlosser (in) erfahrene(n) Gesellen/Gesellin.
BuntStift e.V., Verein für lebensorientierte Ausbildung
Elfbuchenstr. 18
3500 Kassel
Tel.: 0561/104736

Wir suchen für unsere Geigenbauwerkstatt einen berufserfahrenen Mitarbeiter, der möglichst Erfahrung in einem selbstverwalteten Betrieb bzw. Interesse an Mitarbeit in diesem Sinne haben sollte. Arbeitsschwerpunkt wäre der Bereich Restauration, insofern wäre für Nicht-Geigenbauer Erfahrungen an antiken Holzobjekten (Restauration) Bedingung.
Martin Koch-Löbner
Alteburgstr. 53
7413 Gomaringen
Tel.: 07072/6181

Wir suchen für sofort oder später:
a) Bäckergeselle/in, -meister/in
b) Mitarbeiter/in mit kauffraulicher Erfahrung
c) Lebensmitteltechnologe/in oder Ernährungswissenschaftler/in
Kollegiales und eigenständiges Arbeiten im selbstverwalteten Betrieb. Erfahrung oder Interesse im Bereich Vollkorn erforderlich. Korrektes Einkommen.
Schriftliche Bewerbung an:
Hutzel Vollkorn-Bäckerei
Frank Althaus
Hattinger Str. 188
4630 Bochum 1

---

schreinermeister/in in freiburg gesucht. hauptsächlich für planung, AV, kalkulation etc. möbel- und bauschreinerei, einzelfertigungen, überwiegend massiv und naturgemäße oberflächen; drei schreiner, ein meister; beteiligung langfristig erwünscht. schreinerei, robert-bunsen-str. 6, 7800 freiburg.

Schreiner, 26 Jahre, sucht Arbeitsplatz in einem selbstverwalteten Schreinereibetrieb.
Stefan Fuchs
Untersteinbach 33
8544 Georgensgmünd
Tel.: 09172/433

Wir suchen eine gute DIN A2 Druckmaschine (keine Rotaprint, Preis um die 20.000 DM) sowie Reprokamera, Plattenkopier- und Durchlaufgerät (Copy Proof). Die Maschinen sind für ein Druckereiprojekt tamilischer Flüchtlinge in Indien bestimmt. Wer was weiß, bitte melden bei: Agit-Druck, Ahornstr. 26, 1000 Berlin 41, Tel.: 030/7918005

Wir verkaufen:
Papierrüttler Format DIN A2. VHB 500,– DM
Gestetner DT3 Durchlaufgerät. 800,– DM
Thomas Collator Halbautomat. 10 Sammelstationen DIN A4. 500,– DM
Planax Handsammler 24 Stationen. Format bis DIN A3. 600,– DM
Tel.: 06151/373986

Selbstverwaltete Druckerei (Offset bis Format A2) in Frankfurt sucht zwecks Kosten-Senkung bei gleichzeitiger Produktionsausweitung Kooperationspartner (freie Räume vorhanden) bzw. eine andere Druckerei aus Ffm, die sich vergrößern will. Tel.: 069/7072829

Rundbrief „Alternative Ökonomie"
Anfang Februar erscheint der Rundbrief „Alternative Ökonomie" Nr. 33 der AG SPAK. Aufgrund verteuerter Druckkosten beträgt der Einzelpreis 8 DM, das Abo für 4 Ausgaben 28 DM. Bestellungen werden nur noch nach Vorauszahlung, entweder bar, per Scheck oder Überweisung auf Postgiroamt Karlsruhe 1529 11 – 751 (Ingrid Wolschin) ausgeführt.
Folgende Themenbreiche erscheinen im Rundbrief Nr. 33:
Protokolle des Seminares in Bielefeld zur sozialen Absicherung und Altersversorgung
Vorbereitungsmaterialien zu dem Seminar 'Dortmunder Konsumgenossenschaften':
- Abstrakte Vorüberlegungen zur Entwicklung von Konsumgenossenschaften
- Zur historischen Entwicklung der Dortmunder Konsumgenossenschaft
- Die Situation nach dem 2. Weltkrieg
- Zur Werbe- und Marktstrategie der Konsumgenossenschaft
- eine aktuelle Kurzbeschreibung
- über die demokratische Struktur der Konsumgenossenschaft und deren kritische Reflexion
- Wege der meisten anderen Konsumgegenossenschaften in der BRD 'Altersversorgung über Gewinnanteile?'
- 'Die müde Mark von Vater Staat'. Zur Förderung von Selbsthilfeprojekten

Informationen und Bestellungen über:
Läufertsmühle, 6934 Neckargerach
Tel.: (06263) 16 43

Humanisierung, Demokratisierung, Selbstverwaltung.
Unter diesem Titel ist eine 68-seitige Broschüre erschienen. Sie wurde herausgegeben von der Projektgruppe Selbstverwaltete Betriebe im LAK Wirtschaft und Finanzen der GRÜNEN BaWü. Die Broschüre dokumentiert die Summe der bisherigen Arbeit der Projektgruppe.
Von der Aufarbeitung des Themas „Mitbestimmung" teilen sich die Ansätze in die Beschreibung einer einzelbetrieblichen Organisationsstruktur (Daimler) über eine Ist-Aufnahme der Selbstverwaltungswirtschaft in der Bundesrepublik sowie eine Darstellung der Netzwerke und ihrer Aktivitäten bis zur Aufarbeitung des Themas Alternative Ökonomie. Den Abschluß bildet ein Überblick über die fundamentale Gedankenskizze zur Wirtschaftsdemokratie des ehemaligen tschechischen Wirtschaftsministers Prof. Ota Sik, der 1968 eine maßgebliche Rolle im kurzen „Prager Frühling" spielte.

Zum Preis von DM 5,– zu beziehen über:
Die GRÜNEN im Landtag
Konrad-Adenauer-Str. 3
7000 Stuttgart 1

Betr.: Protokolle des Bundestreffens November 85
An alle Interessierten!
In der Dezemberausgabe von CONTRASTE haben wir einen längeren Bericht über das Netzwerkbundestreffen vom November 85 veröffentlicht. Ursprünglich war geplant, alle Protokolle der Arbeitsgruppen und der Diskussionen in der CONTRASTE zu veröffentlichen. Davon müssen wir leider Abstand nehmen, weil die Redaktion der Meinung ist, der bereits veröffentlichte Bericht sei ausreichend und alle Protokolle zu drucken, würde die Zeitung zur Bleiwüste machen. Die Argumente sind einleuchtend und außerdem sind bis heute nur die Protokolle aus Berlin und Aachen (vielen Dank für eure Mühe!) eingegangen.
Also wird wie folgt verfahren: Wen die Protokolle interessieren, kann sie bei mir anfordern:
Jürgen Sosna
c/o Netzwerk Bremen
Fehrfeld 60
2800 Bremen 1

Leserbriefe

Betr. „Olaf Sund, Präsident des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen", CONTRASTE 15/85

Ich habe mir gerade den Beitrag von Olaf Sund „Selbsthilfegruppen und Arbeitsmarkt – schwieriger denn je" (CONTRASTE, Dezember-Ausgabe) reingezogen und über rund 600 Zeilen die frohe Botschaft erfahren, daß „jedes Projekt, in dem Menschen tätig werden (seine) arbeitsmarktpolitische Relevanz (hat)".

Da die Ergüsse von Sund, die allgemeine sozialdemokratische Position wiedergeben (wie Genossenschaftsgesetz ändern, Sozialtransfers gemäß dem österreichischen Vorbild kapitalisieren usw.) und bezüglich einer kreativen Umgestaltung des ABM-Instrumentariums wenig originell sind, frage ich mich, welche Überlegungen Euch ausgerechnet dazu bewogen haben, dieses unverbindliche Politikgelaber nochmals abzudrucken (Originalbeitrag in Novy, u.a.: Anders Arbeiten, Bonn 85). Von unseren eigenen Leuten habe ich dazu schon wesentlich intelligentere Beiträge gelesen (z.B. Christel Steylaers-Eberhard: ABM – gut genutzt, in: Netzwerk-Rundbrief vom 25.8.85; Dieselbe: Möglichkeiten und Probleme des Einsatzes von ABM bei Trägern aus dem Bereich der sozialen Selbsthilfegruppen ...; Diethelm Damm/Georg Müller/Beate Rottman: Berufsausbildung selber organisieren, Reinheim 1985 usw.)

mit sundhaften Grüßen
Marlene Kück

Liebe Leute,
Ihr habt mir da zwei Probenummern geschickt.

Zunächst: ich bin alter Waldorflehrer, gehe also gern und viel mit Jugendlichen um.

Aber ich kann Euer Zeug nicht lesen. Der deutschähnliche Slang, in dem Ihr Euch gefallt, ist mir eine Zumutung. Und wenn ich von Selbstverwirklichung höre, kann ich nur den Kopf schütteln.

An unserer Schule tauchen auch immer mal wieder Leute auf, die hoffen, sich da selbstverwirklichen zu können. Sie scheitern natürlich.

Ich empfehle, im eigenen Haus erst den Unterschied zwischen Selbst und Ich klarzustellen. (Das Ich ist das, was übrig bleibt, wenn man alles weg tut, zu dem man mein sagen kann. Probierts. Es ist aufschlußreich.)

Was heute fällig ist, ist die Verwirklichung des Ich (sehr verkürzt und daher notgedrungen unverständlich.) Das Selbst war ein Ersatz-Ich und hat seine Rolle fast ausgespielt. Deswegen läßt es sich zu allem möglichen mißbrauchen und deswegen kommen die Beteiligten damit nicht mehr zurecht.

Ich-Verwirklichung fängt damit an, daß man fragt: wo werde ich gebraucht. (Die Frage: wo wird mein Selbst gebraucht, ist per se unsinnig.) Also: in den Dienst welcher Sache kann oder darf ich mich stellen? Und dann tut man das, was jeweils nötig ist, und zwar möglichst gut.

Dabei behindert einen das Selbst, das sich immer wichtig macht und in den Vordergrund drängt – und ganz überflüssig ist. Das heißt: Ich-Verwirklichung fängt mit Selbstlosigkeit an.

Das Reden darüber, was andere tun sollten, hört dann von selber auf.

U. Sauerbeck

PS: Das soll übrigens nicht heißen, daß ich Eure Zeitung für überflüssig halte. Nur: es ist nicht meine.

Rand-notiz

Aktivitäten für einen gemeinnützigen Verein helfen Steuern sparen
Im Leben der Deutschen spielt der Verein nicht erst seit den Zeiten eines Kurt Tucholsky eine wichtige Rolle. Auch viele Projekte der Neuen Sozialen Bewegungen haben aus den unterschiedlichsten Gründen die Rechstform eines eingetragenen Vereins (e.V.) gewählt. Viel zu wenige dieser Vereine sind allerdings gemeinnützig, über die Gründe kann man spekulieren. Die einen mißtrauen wahrscheinlich der Spendenbereitschaft der „Scene", andere haben vollstes Verständnis dafür, daß sie mit den Pöstchen natürlich in erster Linie ihre Eigentumswohnungen oder Fernreisen finanzieren müssen. Arbeitslose haben sicherlich das wenigste Geld zum Spenden übrig.

Im Interesse des Vereins/Projekts und zur Erfüllung seiner satzungsgemäßen Zwecke haben viele Vereinsmitglieder so manchen Kilometer zurückgelegt und andere Ausgaben gehabt, die ihnen niemand ersetzt hat.

Nach einem Urteil des Bundesfinanzhofes (vom 28.4.78 VI R 147/75) konnten diese Aufwendungen nur dann als steuerlich abzugsfähige Spenden betrachtet werden, wenn gegenüber dem Verein ein Rechtsanspruch auf Ersatz der Kosten bestand, auf den das Mitglied ausdrücklich verzichtete.

Nun haben ja viele Vereine/Projekte oft gar keine Mittel, um die Aufwendungen ihrer Mitglieder zu ersetzen.

Der Bundesfinanzhof hat nun mit einem Urteil vom 24.9.85 (Az. IX R 8/81) eine auch für uns sehr wichtige Änderung herbeigeführt, indem er entschied, daß dieser Rechtsanspruch auf Erstattung der Kosten nicht notwendig ist. Entscheidend ist allein, daß das Vereins-/Projektmitglied im Auftrage des Vereins und dessen satzungsgemäßen Zwecken handelt, eigenes Vermögen aufwendet und damit dem Verein Aufwendungen erspart. Dies können z.B. Kfz-Kosten sein, die bei Fahrten für den Verein entstehen.

Voraussetzung ist allerdings, der Verein muß gemeinnützig sein, Spenden entgegennehmen und dafür eine Spendenbescheinigung ausstellen können.

Bei Rückfragen wählt die Nummer 030/852 10 52.
Lothar Schubert –
pluspunkt wirtschaftsberatung

Anzeige

KOLLEKTIVE VERSICHERUNGSAGENTUR
ALFRED & KLAUS

Altersversorgung
für selbstverwaltete Betriebe:
Direktversicherung – steuersparend!
Bitte anrufen!

Wir versichern Personen, Gruppen, Betriebe, Sachen, Projekte und vieles mehr.
Märkische Straße 53 4000 Düsseldorf
0211 – 281091 (10 – 15 Uhr)

ANTIK
Großhandel

in der
Krebsmühle

z.B.
Gründerzeitschränke
von DM 350,– bis 690,–
Weichholzschränke
ab DM 280,–
Tel. 06171/79572

Anzeige

AN ALLE BETRIEBE!
Schon 'mal die Energiekostenrechnung bewußt studiert?
Schon 'mal die Energiekosten analysiert?
Schon 'mal den Wärmeerzeuger untersucht?
Schon 'mal die Bausubstanz untersucht?
Schon 'mal über Sparmaßnahmen nachgedacht?
Schon 'mal mögliche Alternativen zur Energieversorgung durchdacht?
Schon 'mal etwas von **unabhängiger Energieberatung** gehört?
Info anfordern!
Uwe Ringleb – Energieberatung
Ringstr. 25, 5429 Holzhausen/H., Tel.: 06772/7196

Weil wir gegen die Ausbeutung von Natur und Mensch sind und Leben und Arbeiten nicht getrennt erfahren wollen, werden wir eine Gemeinschaft mit gemeinsamer Ökonomie bilden und uns selbst sinnvolle, an ökologischen Produktionsweisen orientierte Arbeitsbereiche schaffen. Wir wollen uns nicht nur selbst versorgen, sondern auch für den Großraum Hamburg produzieren, weil auch das eine Region ist, die eine bessere Versorgung nötig hat. Wichtige Entscheidungen sollen gemeinsam getroffen werden. Die Kinder sollen in gemeinsamer Verantwortung aufwachsen.

Auf dem Weg zu diesem Ziel haben wir schon ein gutes Stück zurückgelegt:
- Seit Februar 1984 haben wir uns regelmäßig getroffen.
- Seit April 1984 sind immer mehr Leute nach Hamburg gezogen, um dort in kleineren Gruppen zusammenzuleben.
- Seit November 1984 sind einige Arbeitsbereiche im Aufbau.
- Im August 1985 haben wir als Übergang eine alte Brauerei in Uetersen/b. Hamburg gemietet. Dort versuchen 28 Erwachsene und 9 Kinder schon jetzt nach unseren Vorstellungen zu leben und zu arbeiten. Außerdem haben wir in der Nähe von Uetersen noch zwei Häuser angemietet, in denen z.Z. 11 Erwachsene und 4 Kinder leben.

Jetzt haben wir ein Objekt 80 km südlich von Hamburg gefunden, das wir finanzieren können. Wir wollen einmal 100 Menschen sein. Deshalb suchen wir Menschen – möglichst Frauen, da sie bei uns noch in der Minderheit sind –, die
- politisch interessiert sind
- Mut zur langfristigen Bindung haben
- ihre Einzigartigkeit in der Gemeinschaft weiterentwickeln und entfalten wollen
- wissen, welche Arbeitsbereiche sie verwirklichen wollen, und die nach Möglichkeit Eigenkapital mitbringen
- bauhandwerklich ausgebildet bzw. erfahren sind, ebenso Menschen mit Ausbildung im Gesundheitsbereich, in der Landwirtschaft, im Gartenbau und in der Lebensmittelverarbeitung, außerdem Schlosser, Kfz-/Landmaschinenmechaniker, Ingenieure (sanfte Technologie)
- eine sinnvolle Arbeit im Raum Hamburg haben oder annehmen und mit uns zusammenleben wollen
- die Ideen haben, die wir bisher noch nicht hatten.

Wer sich für unser Vorhaben interessiert, schreibt an: **„Gesellschaft für ökologische Forschung und Entwicklung" e.V., Kuhlenstraße 9-11, 2082 Uetersen** (3,– DM Rückporto bitte beilegen!). Wir schicken dann genaueres Informationsmaterial und laden zu einem Treffen nach Hamburg ein, das Ende Februar stattfinden wird.

Wer unser Vorhaben unterstützten will, kann Mitglied bei den „Freunden der ökologischen Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft" e.V., Rosenhofstraße 11, 2000 Hamburg 6, werden.

Spenden an: „Verein der Freunde umweltfreundlichen Lebens und Arbeitens" e.V., Konto-Nr.: 6/132200, Hamburger Bank von 1861, BLZ 210 190 003 (Spendenquittung – steuerabzugsfähig – wird zugesandt).

Umwelt - Messe

Ja zum Leben — Mut zum Handeln
Einladung zur Beteiligung an der Umweltmesse '86 vom 3.-10. Juni in Würzburg

Aus dem Info der Veranstalter:
Die Umweltmesse '86 ist eine professionelle Verkaufs- und Informations-Ausstellung zu der mehr als 30.000 Besucher erwartet werden. Der paralell ebenfalls in Würzburg stattfindende Deutsche Umwelttag ist ein zusätzlicher Garant für den Erfolg der Umweltmesse '86...

Ziel der Umweltmesse '86 ist es, Hersteller umweltfreundlicher Produkte und Technologien zu unterstützen, Firmen zur Entdeckung des chancenreichen, breiten und zukunftsorientierten Umweltmarktes zu aktivieren und Verbraucher auf umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen aufmerksam zu machen und entsprechend aufzuklären...

Wer mehr über diese Messe wissen möchte (hier seien noch die Mindeststandmieten erwähnt: 1.200 DM) sollte an den Deutschen Umwelttag, Büro Würzburg, Bibrastr. 2, 8700 Würzburg schreiben.

Tagungen

Treffen von Frauen in Alternativprojekten und selbstverwalteten Betrieben
am 8. - 9. März, Samstag und Sonntag, 10.00 - 18.00 Uhr, Villa Ichon, Bremen.
Wie hat sich die Lebens- und Arbeitssituation der Frau durch ihren „alternativen" Arbeitsplatz geändert? Können Frauen nun ihre Interessen besser wahrnehmen und durchsetzen als anderswo in der Gesellschaft? Sind geschlechtsspezifische Rollenmerkmale und Arbeitsteilung verschwunden?

Wie sieht die Realität in Bremen und Umgebung aus? Wir möchten mit Frauen ins Gespräch kommen, die wie wir in Alternativbetrieben arbeiten/gearbeitet haben — vielleicht sogar mit der Perspektive einer weiteren Zusammenarbeit.

Kontakt über Brigitte Hasenjürgen (0421/374985) und Ulla Müller (0421/347465). Anmeldung über Volkshochschule Bremen (0421/3655), Anmeldegebühr 40,— DM.

Lokale und regionale Selbsthilfe im Elbe-Weser-Dreieck
als kommunale Gegenstrategie zur bundesstaatlichen Entsolidarisierungspolitik
Termin: 21. - 23.2.1986
Kosten: 50,— bzw. 30,— DM für Geringverdiener, incl. Übernachtung und Verpflegung.
Anmeldung:
Jochen Hertrampf
Raiffaisenstr. 8
2858 Wehdel
Tel.: (04749)497

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.

zum Osteresch 1,
tel. 05457/1513
4447 Hopsten-Schale,

1986 Zwei Ökokursreihen geplant für Baufachfrauen (Handwerkerinnen und Archtitektinnen) und Interessierte
Die Kursreihe des 1. Halbjahres beginnt mit einem Orientierungswochenende vom 7. — 9.2.86 und umfaßt folgende Themen: Elektroinstallation — Ökologische Baumaterialien — Ökoklo und Schilfkläranlage — Holzschutz und Biofarben — Probleme von Selbständigkeit — Solaranlagenbau — Buchführung — Kosten kalkulieren und finanzieren — Situation von Frauen in Handwerk und Architektur — Lehmbauweisen

Perspektiven am 'Bau'
Für die Bau-Fach-Frau
Einführung in die Öko-Kursreihe
Fr., 7.2. bis So., 9.2.1986
Kosten: 100 - 200 DM

Finanzierungsmöglichkeiten von Frauenprojekten
Die größte Schwierigkeit für die Arbeit der meisten Frauenprojekte besteht in der finanziellen Absicherung. In der Regel steht diese auf recht wackligem Boden — geänderte politische Verhältnisse oder auch eine kleine Bedingung mehr können diesen Boden entziehen. Zudem bekommen nach wie vor (und wieder mehr) Initiativen von Frauen keinerlei kommunale oder sonstige staatliche Zuwendungen — oder wollen diese auch nicht.

Welche Finanzierungsmöglichkeiten es über die 'Staatsknete' hinaus gibt und ob diese wirklich frei von Zwängen ist, werden wir im Kurs erarbeiten.
So., 2.3. bis Fr., 7.3.1986
Kosten: 200 - 300 DM

Vom Schneewittchen zur alten Hexe oder: von der Lust am Älterwerden
Für Frauen von 8 bis 80
So., 9.2. bis Mi., 12.2.1986

Selbstverteidigung
Fr., 14.2. bis So., 23.2.1986
Kosten: 70 DM
Anmeldung:
Frauenkulturhaus Bremen
Tel.: (0421)70 16 32

Menstruation — Fluch oder Segen?
So., 16.2. bis Fr., 21.2.1986
Kosten: 200 - 300 DM

Hexenverfolgung — zwischen Mythos und grausamer Realität
Fr., 21.2. bis So., 23.2.1986
Kosten: 100 - 200 DM

Wege zu meiner Lebendigkeit — Workshop für Lesben
So., 23.2. bis Fr., 28.2.1986
Kosten: 250 -350 DM

Die Geschichte in uns. Abschied und Aufbruch oder: der Nationalsozialismus lebt weiter, solange wir ihn in uns vergessen
Fr., 28.2. bis So., 2.3.1986
Kosten: 100 - 200 DM

In Ausnahmefällen ist auch die Teilnahme an Einzelveranstaltungen möglich. Außerdem besteht die Möglichkeit, das Kursprogramm als Abonnement zu buchen, wobei hier die Möglichkeit besteht, ein individuelles Kursprogramm zusammenzustellen. Nähere Informationen über Termine, Preise und Teilnahmemöglichkeiten (mit frankiertem Rückumschlag) auf Anfrage.
Frauenbildungshaus Osteresch
zum Osteresch 1
447 Hopsten-Schale
Tel.: 05457/1513

Bildungswerk Leben und Arbeit

Tagungen:

Wie verändere ich die Welt?
21. - 23. Febr. 86
Kosten: DM 30,— + Selbstverpflegung. Ermäßigung ist auf Anfrage möglich. Schlafsack ist mitzubringen.

Stoffmalerei als Entdeckung der eigenen Kreativität
21. - 23. Febr. 86
Kosten: DM 40,— + Selbstverpflegung. DM 20,— Materialkosten (Stoff, Farbe, Pinsel)
Ermäßigung für Nichtverdienende möglich!!!

Selbsthilfe in der Medizin. Symptome eines „kranken" Gesundheitssystems???
14. - 16. März 86
Kosten: DM 30,— + Selbstverpflegung. Ermäßigung ist auf Anfrage möglich. Schlafsack bitte mitbringen!

Anmeldung an:
Bildungswerk Leben und Arbeit
Alte Schule
3143 Fredelsloh
Tel.: 05555/ 522

Bessunger Forst

Jugendhof Bessunger Forst und Paritätisches Bildungswerk Hessen

Anwendung von Personal-Computern in selbstverwalteten Betrieben und Projekten
Tageskursreihe mit fünf Terminen. Termine nach Absprache, jeweils
Sa. 10 - 17 Uhr
Teilnahmegebühr: je 30,— DM
Anmeldung:
Jugendhof Bessunger Forst
Aschaffenburger Str. 185
6101 Roßdorf 1
Tel.: (06151)14 51 71

KOBI

Arbeit Bezahlt Machen
Dieser Kurs vermittelt Informaitonen über öffentliche Mittel bei der Personalkostenfinanzierung neuer Projekte und alternativer Betriebe (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Landesprogramm für Sozialhilfeempfänger, Wiedereingliederungsbeihilfe, EG-Sozialfonds...)
Ort: KOBI-Räume
Lange Str. 79a
4600 Dortmund 1
Kompaktkurs: Sa. 15.2., 14 - 19 Uhr
So. 16.2., 10 - 17.30 Uhr
Gebühren: 35,— DM
Anmeldung:
KOBI, Anschrift s.o.
Tel.: (0231)14 31 23
Der Kurs ist ohne Unterkunft und Verpflegung und nur für Teilnehmer aus dem Ruhrgebiet und Umgebung geeignet.

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

WOCHENENDSEMINARE — BILDUNGSURLAUB

Naturnahe Abwasserreinigung
(Wurzelraumentsorgung, Teichanlagen)
Termin: 14. - 16.2.1986
Wurzelraumentsorgung und Abwasserteiche; Stichworte, die zur Zeit völlig kontrovers zwischen „Ökofans" und „Betonliebhabern" diskutiert werden. Am geplanten Wochende will ein Team von Fachleuten vertiefte Information über detaillierte Bau- und Betriebserfahrungen mit naturnahen Klärverfahren geben. U.a. soll an Hand von Meßergebnissen an gebauten Anlagen geklärt werden, was diese Verfahren tatsächlich leisten. Angesprochen sind kommunalpolitisch interessierte und engagierte Leute und Mitarbeiter in Behörden.

Hautschutz + Naturkosmetik
Termin: 22. - 24.2.1986
Ökologische Erneuerung alter Häuser
Termin: 28.2. - 2.3.1986
Baumbeschneiden
Termin: 8. - 9.3.1986

Detailprogramm und Anmeldungsunterlagen sowie ein Programm mit ca. 30 weiteren Kursen im Energie- und Umweltbereich bitte anfordern bei:
Energie- und Umweltzentrum am Deister, Am Elmschenbruch 9, 3257 Springe 3

AG SPAK

SEMINARE

Behindertenarbeit

Öffentlicher Nahverkehr
Termin: 7. bis 9.2.1986
Ort: Worpswede
Anmeldung und Information:
AG SPAK Bundesgeschäftsstelle
Anneliese Mayer
Kistlerstr. 1, 8000 München 90
Tel.: 089/691 78 21

Koordinierungsstelle für Wohngemeinschaften

Regionaltagung Süd
Termin: 18. bis 21.2.1986
Ort: Simmersfeld/Schwarzwald
Anmeldung und Information:
KOST
Postfach 150 548, 2800 Bremen 15

Alphabetisierung

Schreibwochenende als ergänzende Maßnahme für Alphabetisierungskurse deutschsprachiger Analphabeten
Termin: 14. bis 16.2.1986
Ort: Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde
Anmeldung und Information:
Hannelore Wittkowski
Fettstr. 22, 2000 Hamburg 6

Kriminalpolitischer Arbeitskreis

1. Treffen 1986
Termin: 21. bis 23.2.1986
Ort: „Altes Amtsgericht", Fronhausen/Lahn
Anmeldung und Information:
AG SPAK Bundesgeschäftsstelle
Marga Mitterhuber
Kistlerstr. 1, 8000 München 90
Tel.: 089/691 78 21

Alternative Ökonomie

Zwischen Demokratie und Marketing. Die Dortmunder Konsumgenossenschaft e.G.
Wochenendseminar des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie.
Termin: 14. - 16.2.1986
Kosten: 30,— DM
Bei diesem Wochenendseminar geht es darum, ein Unternehmen der traditionellen Genossenschaftsbewegung, die Dortmunder Konsumgenossenschaft e.G., intensiver kennenzulernen. Bei der Wahl des Themas und speziell dieser Genossenschaft fließen verschiedene Überlegungen mit ein. In der Diskussion und Auseinandersetzung über Alternative Ökonomie und selbstverwaltete Betriebe wird oft auf Geschichte und Tradition früherer Genossenschaftsbewegungen verwiesen, meist mit zwiespältigen Gefühlen. Die Dortmunder Konsumgenossenschaft ist ein Unternehmen dieser früheren Genossenschaftsbewegungen. Sie ist die größte noch existierende Verbrauchergenossenschaft in der Bundesrepublik. Durch ihre Größe und die Zugehörigkeit in der co op Gruppe entspricht sie in vieler Hinsicht dem in der Alternativszene verbreiteten negativen Stigma traditioneller Genossenschaften. Aus der co op Gruppe hebt sie sich allerdings nicht nur durch ihre Umsatzstärke und ihren wirtschaftlichen Erfolg hervor. Von anderen Unternehmen dieses Zusammenschlusses unterscheidet sie sich besonders durch die Beibehaltung der genossenschaftlichen Rechtsform und die aktive Mitgliederarbeit als Genossenschaft. Sie gewinnt auch ständig weitere Mitglieder hinzu und praktiziert als einzige traditionelle Genossenschaft noch das Rückvergütungsprinzip. Die Verwobenheit dieses Unternehmens mit der alten Genossenschaftsgeschichte, der darin liegende Erfahrungsschatz, das aktuelle Selbstverständnis als Teil der Arbeiterbewegung und eine gewisse Neugierde und Offenheit gegenüber neuen, kooperativen Ansätzen macht einen tieferen Einblick in diese Verbrauchergenossenschaft besonders spannend. Neben dem Kennenlernen eines alten Genossenschaftsunternehmens von innen, diese Intention steht eindeutig im Vordergrund, kann das Treffen auch als Versuch gewertet werden, einen Annäherungsprozeß zwischen alter und neuer Genossenschaftsbewegung in Gang zu setzen. Denn nach meiner persönlichen Einschätzung könnte die soziale Innovationsfähigkeit der „Neuen" und die ökonomische Professionalität der „Alten" eine fruchtbare Verbindung ergeben. Ein gehäuftes Erscheinen von Vertretern aus neuen genossenschaftlichen Projekten aus dem Konsum-, Handels- und Lebensmittelbereich würde die zweite Absicht dieses Treffens — Beginn eines Annäherungsprozesses — wahrscheinlicher machen. Sie sind deshalb besonders ausdrücklich eingeladen!!!

Burghard

Anmeldung:
Burghard Flieger
Erwinstr. 29
7800 Freiburg
Tel.: (0761)70 90 23

CONTRASTE action

Ich habe als ABONNENT/IN geworben

Name: .....

Adresse .....

Die Überweisung von 24 DM/36 DM ist auf das
Postscheckkonto 383687-607
Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60 (Jutta Gelbrich) erfolgt.
Als Werbegeschenk möchte ich

O Umweltfreundliches Schreibset
O Projektmesse-Reader 1984, herausgegeben vom Hessischen Verband der selbstverwalteten Betriebe
O zum CONTRASTE-Spezialpreis von nur 7,— DM (statt 14,— DM) „Schatz im Silbersee". Ein Finanzierungsleitfaden für selbstverwaltete Betriebe und Projekte
O Unser Geldrausch — neue Wege zur Finanzierung kollektiver Produktionsmittel
O zum CONTRASTE-Spezialpreis von nur 3.— DM (statt 18.— DM) den „Provinz-Film-Katalog", 220 Seiten, mit Zusammenstellung von ca. 100 Provinz-Filmen, Filmarbeit in der Provinz-Modelle von Programm-Kinos in der Provinz und einer Bestandsaufnahme der Kinos in der Provinz

Name des Werbers/der Werberin: .....

Adresse: .....

Datum, Unterschrift .....

AUFRUF

Als typisches Alternativprojekt (viel Chaos, viel Idealismus, wenig Geld) ist jetzt auch bei uns der Zeitpunkt gekommen, wo wir G E L D brauchen. Keine Spenden natürlich, sondern nur leihweise, als Kredit. Das Projekt hat zwar eine glänzende Zukunft, wie jeder leicht einsehen wird (es kann nur noch besser werden), steht zur Zeit jedoch noch etwas auf tönernen Füßen. Deshalb wollen wir möglichst kleine und viele Kreditbeträge. Und damit das mit den Zinszahlungen nicht so umständlich wird, wollen wir anstelle von Zinsen die CONTRASTE kostenlos anbieten. Bezogen auf 200 DM bedeutet die kostenlose Überlassung der CONTRASTE eine 12%ige Verzinsung im Jahr (= 24 DM eingespart). Dabei denken wir an 2-4jährige Laufzeiten — solange gibt es dann auch die CONTRASTE umsonst (für schon bestehende Abos gibt es eine entsprechende Aboverlängerung).

Sicherheiten gibt es keine — d.h. die 200 DM sind echtes Risikokapital. Also: Noch heute den Darlehensvertrag anfordern!

.....

Hiermit möchte ich Euch einen 200-DM-Kredit anbieten und bekomme dafür die CONTRASTE während der Laufzeit des Kredits umsonst.

Ich habe schon abonniert.
Meine Adressaufkleber-Nr. .....

.....

Name, Adresse

Datum, Unterschrift: .....

Kreditcoupon einsenden an:
STATTwerke e.V.,
Michael Makowski, Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36